



Was macht Europa aus?

mit Daniel Cohn-Bendit, Susan Neiman, Hans-Olaf Henkel, Martin Pollack

OPEN CAMPUS

Sonntag, 25. Mai, 12-18 Uhr
Klosterneuburg
www.ist.ac.at



Bezahlte Anzeige



⊙ Pegasusbrücke nahe Mulberry-Hafen, Ranville, Frankreich

HEUTE

Weniger Entwicklungshilfe

Die Regierung schmettert die Kritik ab: Die Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) im Budget bleiben. **Seite 15**

Pisa: Österreich nimmt teil

Österreich wird nun doch an der Pisa-Studie 2015 teilnehmen. Sie wird – wie bisher – vom Bifie durchgeführt. **Seite 15**

Teure Umstrukturierung
Ständige Veränderung im Betrieb laugt Mitarbeiter aus
MANAGEMENTSTANDARD
Seiten M 1 – M 6
KARRIERESTANDARD
Seiten K 1 – K 16

Zitat des Tages

„Eine Straftat ist vorerst ein psychologisches Phänomen, kein juristisches.“
Patrick Frottier, langjähriger ärztlicher Leiter der Sonder-Haftanstalt am Mittersteig in Wien **S. 21**

STANDARDS

Sport **22, 23**
Kommunikation, Blattsalat . . **36**
TV, Switchlist **44, 45**
Kunstmarkt, Reise, Rätsel **A 5 – A 8**
Sudoku **K 14**
Wetter, Szenario, Kino . . . **42, 43**

Westen: ☀ 11 bis 22°
Süden: ☀ 13 bis 26°
Osten: ☁ 19 bis 25°

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at



9 025200 025067

Nach der Krise, vor der Wahl: Reise durch Europa

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den 28 EU-Mitgliedsländern haben bis Sonntag die Wahl: Es wird die Zusammensetzung des EU-Parlaments bestimmt, erstmals auch die Besetzung des Kommissionspräsidenten mitentschieden. Aber Europa ist mehr als die EU-Institutionen: Was macht Europa aus? Wo endet es? Nicht nur am Beispiel der Ukraine zeigen sich aktuell die Flieh- und Anziehungskräfte, die in Europa wirken. Wir sind diesen Fragen in dieser Schwerpunktausgabe nachgegangen, die von **Lisa Nimmervoll** koordiniert und von **Simon Klausner** gestaltet wurde.



Die Bilder stammen vom Fotografen **Frank Schirmermeister**, der in verschiedenen Ländern Alltag in Europa jenseits der Krise dokumentiert hat. Seine Serie „Beyond Crisis“ ist ein europäischer Roadtrip, zu dem wir Sie mitnehmen möchten.
Alexandra Föderl-Schmid
Chefredakteurin

Next Stop: Avignon / Seite 2

Allgemeingut in Europa

Großvater Rau väterlicherseits, noch in der Monarchie geboren, war einmal in seinem langen Leben in einem anderen Land: im Ersten Weltkrieg, während der letzten k. u. k. Offensive in Oberitalien. Dann nie wieder. Die Großmütter blieben sowieso zu Hause.

Vater Rau kam in sehr jungen Jahren sehr weit: bis in die Kalmückensteppe. Tourveranstalter war die Deutsche Wehrmacht. Als dann in den 1950er-Jahren die Frage eines Urlaubs außerhalb Österreichs auftauchte, wagte sich das Ehepaar zögernd nach Italien. Dann vergingen 20 Jahre, bis man wieder so weit war. Wieder Italien. In der Pension dann ein wenig Abwechslung: Slowenien, einmal nach Prag, einmal sogar ins exotische Amsterdam. Das war's.

RAU

Die Nachfolgegeneration und noch viel mehr deren Nachfolgegeneration bewegen sich ganz selbstverständlich durch Europa. Auch durch die ganze Welt, aber für die meisten ist Europa noch ein einiges selbstverständlicher.

Man ist fasziniert von den USA, von China, Afrika, Südamerika – aber in Europa gibt es ein gemeinsames Grundgefühl. (Fast) niemand hat noch ein ungutes Gefühl, wenn er in ein anderes, fremdes europäisches Land reist. Die meisten wissen nicht genau, was Belgier, Litauer, Kroaten oder Spanier jetzt genau denken. Aber sie wissen, dass die wichtigsten Werte – Frieden, Rechtsstaat, Demokratie, soziales Denken – in Europa Allgemeingut sind. Das beruhigt irgendetwas.

80 Prozent sagen: Politiker reden sich viel zu oft auf EU aus

Umfrage: Mehrheit will den Euro für ganz Europa, ein Drittel hält Beitritt für Fehler

Linz/Wien – 80 Prozent der Österreicher beklagen, dass sich österreichische Politiker viel zu oft auf die EU ausreden. Das geht aus einer aktuellen Market-Umfrage für den STANDARD hervor. In derselben Umfrage sprechen sich 55 Prozent dafür aus, dass der Euro die Gemeinschaftswährung für ganz Europa werden soll – nur 37 Prozent sind dagegen. Jeder Dritte zählt zum harten Kern von Euro-Gegnern und meint, Österreich wäre besser mit dem Schilling dran. 36 bis 37 Prozent halten Österreichs EU-Beitritt vor 20 Jahren und die Einführung des Euro vor 15 Jahren für einen Fehler.

Junge, höher gebildete und in Städten lebende Befragte zeigen

eine deutlich positivere Haltung zu Euro und EU als andere.

Was die Umfrage ebenfalls ergibt: Es sind besonders die Jüngeren, die im EU-Beitritt persönliche Vorteile sehen. Der Anteil derjenigen, die sich als Gewinner der EU-Mitgliedschaft sehen, ist in den vergangenen zehn Jahren um 16 Prozentpunkte gestiegen. Er hält sich nun mit denen, die Nachteile sehen, die Waage.

Die Daten wurden vor Beginn der EU-Wahl, die in Österreich und anderen Staaten am Sonntag abgeschlossen wird, erhoben. Die Parteien warben bis zuletzt um Stimmen. (red)

Umfrage Seite 3
Europa-Wahlkampf Seiten 10 und 11
Kommentar und Kopf des Tages Seite 48

Putin will Wahl „respektieren“

Moskau sieht Eskalation in Ukraine als „Bürgerkrieg“

St. Petersburg / Kiew – Vor der Präsidentschaftswahl in der Ukraine am Sonntag hat Wladimir Putin angekündigt, den Ausgang des Votums „respektieren“ zu wollen. Russlands Präsident betonte aber, dass nach seiner Sicht weiter der im Februar gestürzte Wiktor Janukowitsch legitimer Staatschef sei.

Die Eskalation in der Ostukraine bezeichnete der Kremlchef als „Bürgerkrieg“. Mitverantwortlich für die Gewalt sei der Westen. Viele hätten dort noch nicht das Scheitern einer „unipolaren Welt-

sicht“ der USA erkannt. Der stellvertretende russische Verteidigungsminister Anatoli Antonow kündigte dennoch am Freitag an, sein Land werde „innerhalb weniger Tage“ alle Soldaten von der ukrainischen Grenze abziehen.

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in Lugansk und Donezk gab es laut Meldungen auch am Freitag wieder mehrere Tote. In anderen Teilen des Landes, so auch im mehrheitlich russischsprachigen Odessa, lief das Finale des Wahlkampfs. (red) **Seite 9**

Der Streifzug des Zebras.

Die Kuh läuft auf die Straße, weil sie schlichtweg blöde ist. Affen tun es der Hitze wegen. Bären aus Hunger. Und das schwarze Zebra, weil es seit Dekaden seine Streifen sucht. Jedes Tier, das die Fahrbahn quert, tut das nicht einfach nur so, sondern aus einem ganz bestimmten Grund. Pferde tun es, weil sie hysterisch fürchten, jemand könnte sie stehlen. Die Katze steht auf der Straße, weil der Sack, aus dem sie gelassen wurde, auf der Straße steht. Das Wiesel ist zu flink und das Lamm zu fromm, um ernsthaft zu bängen, überfahren zu werden. Schäfchen sind damit beschäftigt, sich selbst zu zählen, und merken gar nicht, wenn sie über die Fahrbahn gehen. Ein blindes Huhn glaubt, auf dem Asphalt ein Korn zu finden. Ein Schwan hofft sterbend auf einen Krankenwagen. Ein Fuchs auf ein Fluchtauto; er hat die Gans gestohlen. Und dann ist da noch ein Fuchs, ein ganz ein schlauer. Dieser fährt eine C-Klasse mit PRE-SAFE® Bremse, damit er ja niemals auf den Hund kommt – weder mit Rad, noch mit Stoßstange oder Kotflügel.



Ein Leben im Spiegel der Geschichte Europas



Foto: Frank Schirrmeister



● Ziel:
Avignon
Frankreich



Einsteigen bitte!

Reisen Sie mit uns von Seite zu Seite an einige Orte, die der Berliner Fotograf Frank Schirrmeister bei seiner „European Journey“ besucht hat.



Next Stop: Montelimar / S. 4

Vom europäischen Trauma zum Traum

Die Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte in Europa hinterließen im Leben meiner Oma tiefe Spuren. Sie erlebte Vertreibung und Flucht, baute sich ein neues Heim auf. Den Fall des Eisernen Vorhangs erlebte sie als Wunder.

Alexandra Föderl-Schmid

Ihr jüngster Bruder war fünf Jahre alt, er lief ihr noch ein Stück weit nach, den Berg hinauf. Sie sah ihn erst wieder, als er 27 Jahre alt und ein verheirateter Familienvater war. Denn mit 18 Jahren entschloss sich meine Oma, *hinüberzugehen*: von Südböhmen nach Oberösterreich. Das war am 11. November 1945. „Nach der Schule arbeitete ich in der elterlichen Landwirtschaft bis zum Umbruch der kriegerischen Wirren zwischen Tschechen und Deutschen. So wurden viele Jugendliche zur Zwangsarbeit ins Innere der Tschechei verschleppt. Da ich kein Wort Tschechisch konnte, flüchtete ich nach Österreich. Da es keine andere Möglichkeit gab, arbeitete ich wieder in der Landwirtschaft.“

So stand es auf einem handgeschriebenen Zettel, den mein Onkel zwei Tage vor ihrem Tod am 5. Februar 2014 in einer kleinen Pappschachtel fand. Die 86-Jährige hatte alles für ihren letzten Weg vorbereitet. Das Fazit ihres Lebens fasste sie in gestochener Handschrift auf 15 Zeilen zusammen.

Es war ein Leben, in dem sich die großen Umwälzungen in der europäischen Geschichte im Kleinen widerspiegelten. Nie hätte sie gedacht, dass Entscheidungen „einer Großer, von denen man annimmt, dass sie auch gescheit sind“, sich so auswirken, dass sich der Bogen vom Welt- über den Kalten Krieg zu einem gemeinsamen Europa in Frieden spannt.

Ihre Eltern und die sechs Geschwister, die später von Südböhmen mehrere hundert Kilometer weiter ins Erzgebirge ausgesiedelt

wurden, ließ sie zurück. Ihr Bruder Ernst brachte in mehreren dunklen Nächten sechsstündige Fußmärsche hinter sich, um einen zerlegten Kasten und Geschirr über den Hochficht zu bringen, damit die Schwester auf der anderen Seite des Böhmerwalds in Klaffer nicht bei null anfangen musste.

Dass sie bis zu ihrer Heirat 1950 staatenlos war, erzählte sie erst in einem unserer letzten Gespräche. Und wie das war, als sie in die Bezirkshauptmannschaft Rohrbach musste, um sich ihre Papiere abzuholen: auf der anderen Straßenseite fast die ganze 20 Kilometer lange Strecke durchgehend eine Kolonne russischer Soldaten. Das Mühlviertel war bis 1955 russische Besatzungszone. Welche Ängste sie damals ausgestanden hat, darüber wollte sie auch mehr als ein halbes Jahrhundert später nicht reden.

Für Sudetendeutsche war es nicht leicht, in der neuen Heimat akzeptiert zu werden. Der Wunsch, wieder einmal nach Hause zu kommen, verließ sie nie. Daheim war nur zehn Kilometer Luftlinie weg, aber unerreichbar. Dazwischen war der Eiserne Vorhang. Ihr blieben jahrzehntelang nur Fotos und Erinnerungen, die alljährlich beim Treffen der Böhmerwäldler ausgetauscht wurden.

Im Jahr 1988 war es dann so weit: Wir – Oma, Opa, ihre Kinder, deren Partner und ich – bekamen Visa zur Einreise in die Tschechoslowakei. Der nächste Grenzübergang war rund fünfzig Kilometer entfernt. Wir mussten also einen Umweg von mehr als hundert Kilometern machen, um auf die andere Bergseite zu kommen, um

endlich *drüben* zu sein. Wir fuhren ins Sperrgebiet, in den Grenzstreifen. Das Hundegebell ignorierten wir, von Wachtposten fühlten wir uns beobachtet, aber keiner hielt uns auf. Wir suchten ihr Heimatdorf und vor allem ihr Zuhause. Es standen aber nur noch wenige Häuser, wo einst eine große Ortschaft war.

Oma orientierte sich an Obstbäume und an einen Bach, denn ihr Elternhaus war einst die Hammerschmiede. Und durch diesen Bach marschierte sie, die sonst so auf ihr „gutes Gewand“ achtete, in ihren Sonntagsschuhen – magisch angezogen von etwas, das für mich 17-Jährige nur ein Haufen Steine war – für sie ihre Heimat. Damals habe ich kapiert, dass Heimat unverrückbar ist, das Zuhause kann man wechseln.

Mit weitausladenden Gesten erzählte sie sprudelnd, wer wo gelebt hatte: Da stand jenes Haus und dort dieses. So erschien auf diesem Fleckchen Land, auf dem die Natur fast alle Zeichen der Besiedelung überwuchert hatte, für uns plötzlich wieder ein Dorfleben. Im Gestrüpp und in den von Unkraut überwucherten Hausresten suchten wir noch nach etwas, das in der neuen Heimat an die alte erinnern sollte.

Dass es nur ein Jahr dauern würde, bis der Eiserne Vorhang tatsächlich fiel, wussten wir damals nicht. Und wir glaubten es auch lange nicht. Der Tag, an dem in

ORF Oberösterreich verkündet wurde, der Zaun sei offen, machten wir – mein Vater, meine Mutter, mein Bruder und ich – uns auf den Weg – auf Langlaufskiern. Kilometerweit: nicht einmal ein winziges Loch. Enttäuscht kehrten wir an dem Tag zurück.

Wenige Wochen später wurde tatsächlich mit dem Abbau des Stacheldrahts begonnen, mit dem, was meine Oma immer wieder als „Wunder“ bezeichnete. Dass man wirklich plötzlich *hinüberkonnte* – auch wenn das in der Realität noch immer weit weg war. Es gab nun die grüne Grenze. Über die Eröffnung des ersten Übergangs für Fußgänger zwischen Oberösterreich und der Tschechoslowakei, die es damals noch gab, erschien mein erster Bericht für den STANDARD am 6. Juni 1990.

Einen nahen Straßenübergang für Autos gab es noch jahrelang nicht. Trotz des Umwegs machten viele Ausflüge nach *drüben*, weil sie neugierig waren – und weil es billig Torten zu kaufen gab. Der Moldaustausee wurde zum Naherholungsgebiet. Umgekehrt wurde auf die Tschechen mit ihren „stinkenden Autos“ geschimpft, und die Gefahr von Einbrüchen wurde an Stammtischen diskutiert. Inzwischen haben viele Tschechen schickere Autos als ihre Nachbarn, wenn sie über Schöneben ins Skigebiet Hochficht anreisen.



Bei seiner STANDARD-Tour entlang der Grenze zu Österreichs neuen EU-Nachbarn fotografierte Rudolf Semotan 2007 auch in Schöneben: den Weg zum Grenzübergang und die Kirche der Heimatvertriebenen.



Zu echten EU-Nachbarn wurden die Tschechen mit dem Beitritt am 1. Mai 2004. Das wurde in Schöneben, wo sich jahrzehntelang Heimatvertriebene getroffen haben, gefeiert: mit Blasmusik, auf Bierbänken sitzend, mitten auf der grünen Wiese. Die Kommunikation klappt damals wie heute, weil viele Tschechen zumindest einige Worte Deutsch kennen.

Mit einem riesigen Feuerwerk war hingegen in der Nacht zuvor zwischen Frankfurt/Oder und dem polnischen Nachbarort Slubice die EU-Erweiterung gefeiert worden. Über den Kontrast der beiden Veranstaltungen an 577 Kilometer entfernt liegenden Orten berichtete ich für den STANDARD. Damals, 2004, war ich noch Deutschland-Korrespondentin, und Berlin war mein Zuhause geworden. 2005 wechselte ich nach Brüssel als EU-Korrespondentin, dorthin, wo nach Meinung meiner Oma „wirklich etwas entschieden wird“, aber „alles sehr kompliziert ist“. Sie hatte recht. Die EU ist ein Projekt im Werden.

Als am 21. Dezember 2007 der Schengenraum erweitert wurde und die Schlagbäume fielen, fuhr ich wieder nach Schöneben – allein schon wegen meiner Oma. Damit, dass sie einfach so *hinüberfahren* konnte ohne intensive Kontrollen, es keinen Zaun und keinen Schlagbaum gab, ist ein Traum für meine Oma in Erfüllung gegangen. Nicht nur für sie.

Ein Kontinent im Spiegel der Meinungsforschung

Freiheit prägt Europa stärker als Kunst und Politik

Die EU bekommt in der jüngsten Umfrage bessere Noten – die Politiker schlechtere. Politische Ideale werden dagegen von den Österreichern als wichtiger für Europas Kultur erachtet als die klassische Kunst.

Conrad Seidl

Was die europäische Kultur ausmacht? Nein, es sind nicht die Opern und schon gar nicht die Werke der großen Maler. In den Augen der Österreicher sind die Menschenrechte das konstituierende Element der europäischen Kultur.

Das geht aus einer Market-Umfrage für den STANDARD hervor. In zwei Umfragerwellen wurde Mitte Mai erhoben, was die Österreicher von der EU halten – und was den weiter gefassten Begriff Europas ausmacht. Dazu wurde die Frage gestellt: „Ich möchte mich heute mit Ihnen kurz über Europa und die europäische Kultur unterhalten. Ich lese Ihnen nun ein paar kulturelle Einflüsse und Erfahrungen vor und würde Sie bitten, mir jeweils zu sagen, ob das für die Entwicklung der europäischen Kultur bedeutsam war oder ob das für die europäische Kultur eher weniger bedeutsam war.“

Und so sieht die Reihung aus: ■ „Die Freiheit der Menschen, die Menschenrechte“ – sie erscheinen 79 Prozent als bedeutsam, besonders den höher Gebildeten; aber

auch in der bildungsfernen Schicht sagt nur jeder Dritte, dass die Freiheit der Menschen weniger bedeutend für die europäische Kultur wäre.

■ Die **allen zugängliche Bildung**, ein wesentlicher Unterschied zur amerikanischen Kultur, rangiert mit 76 Prozent gleich dahinter.

■ Das **Wahlrecht für alle Europäer** wirkt ebenfalls für 76 Prozent als identitätsstiftend.

■ **Wissenschaft und Forschung** halten 75 Prozent für wichtig für Europas Kultur, ebenso viele das **hoch entwickelte Gesundheitswesen**.

■ In engem Zusammenhang damit – und als scharfer Gegensatz zu allen anderen Gesellschaftssystemen – rangiert die **soziale Sicherheit** mit 72 Prozent ebenfalls in den Top-Rängen.

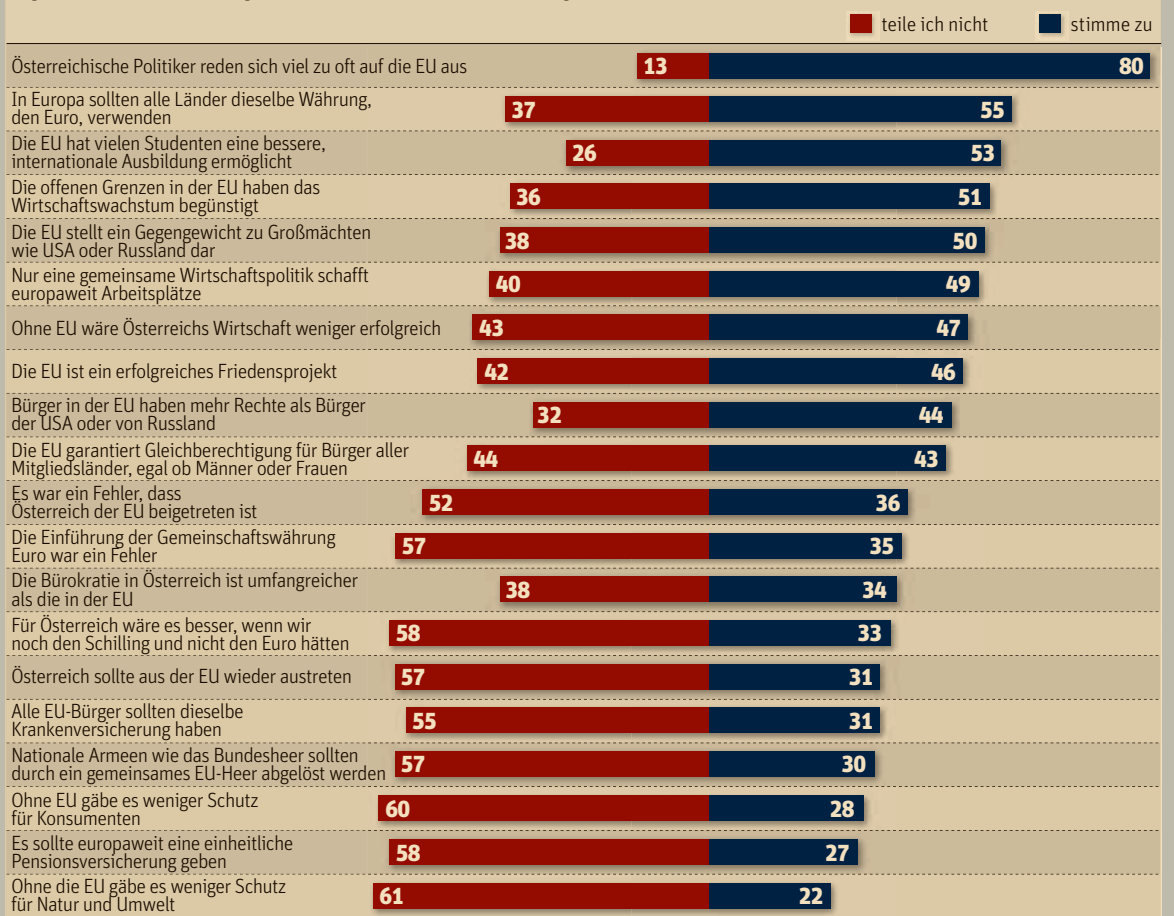
■ 70 Prozent nennen **wirtschaftlichen Erfolg durch Industrie und Handel** kulturstiftend.

■ Es folgen der **Rechtsstaat**, und die **Gleichstellung von Männern und Frauen** mit jeweils 66 Prozent. Hier sagt aber bereits ein gutes ein Viertel der Befragten, dass das weniger bedeutsam für die europäische Kultur ist. Besonders auf dem Land und bei wenig Gebildeten herrschen da Zweifel. In einer anderen Fragestellung (und in einer anderen, separat befragten Stichprobe) sagen nur 43 Prozent, dass die EU die Gleichberechtigung aller Männer und Frauen in allen Mitgliedsländern garantiere (dies ist in der Grafik dokumentiert)

■ Die **politische Zusammenarbeit früher verfeindeter Staaten**, die stets als großer Vorteil der EU dargestellt wird, sehen nur 62 Prozent als wichtigen kulturellen Beitrag, das ist etwa dasselbe Niveau, auf

Die Österreicher und ihr Verhältnis zur EU

Frage: Es gibt ja verschiedene Meinungen, die man zu Europa haben kann. Ich lese Ihnen nun einige davon vor und bitte Sie, mir jeweils zu sagen, ob Sie dieser Meinung zustimmen oder ob Sie diese Meinung nicht teilen. [Rest auf 100 = keine Angabe]



Telefonische CATI Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Erhebungszeitraum 6. bis 8. Mai 2014, Ergebnisse in Prozent, n = 403

DER STANDARD

dem europäische **Architektur** und **Handwerkstradition** genannt werden. Auffallend ist, dass das Handwerk von älteren Befragten mehr geschätzt wird als von jüngeren, von denen es viele explizit als weniger bedeutend sehen. ■ Dass **allen Menschen Chancen** geboten werden (was auch im Zentrum der nationalen Erzählung der USA steht), sehen nur 60 Prozent als europäisch an, Junge deutlich mehr als Ältere. ■ Die **Vielfalt der Sprachen** nennen 59 Prozent, wieder deutlich mehr Junge als Ältere. ■ **Literatur, die Bücher, die hier geschrieben wurden**, werden eben-

falls von 59 Prozent genannt – und zwar in ähnlichem Maß in allen Bildungs- und Altersschichten. Aber: 30 Prozent halten nichts von Literatur in Europa.

■ 58 Prozent nennen die **Überwindung von Faschismus und Sowjetsystem**. Besonders deutlich sehen das Männer und höher Gebildete.

■ Die **Vielfalt lokaltypischer Speisen und Getränke** loben 56 Prozent.

■ Die **jahrhundertelange Erfahrung von Kriegen** hat nach Ansicht von 52 Prozent die europäische Kultur geprägt – 33 Prozent lehnen diese Sichtweise ab.

■ Den Respekt für und den Schutz von **Minderheiten** sehen 51 Prozent als Teil der europäischen Kultur – 38 Prozent ausdrücklich weniger. Hier sind ältere Befragte auffallend sensibler als die jüngeren.

■ Das **Erbe von Reformation und Aufklärung** und die **Erinnerung an den Holocaust** nennen jeweils 50 Prozent – das Holocaust-Gedenken ist vor allem den höher Gebildeten ein Anliegen.

■ Der **Sinn der Menschen für das, was schön ist**, gehört nur für 49 Prozent zur europäischen Kultur.

■ Der **Versuch, zwischen Arm und Reich auszugleichen**, wird nur von 47 Prozent als kulturelle Errungenschaft gesehen, von 40 Prozent allerdings wird dies für wenig bedeutend gehalten. Überdurchschnittlich stark wird der Aspekt

des Ausgleichs von wenig Gebildeten, von ÖVP- und Grünen-Anhängern betont.

■ Ganz kontroversiell wird die **Offenheit für fremde Einflüsse** gesehen: 45 Prozent sehen sie als wichtig für die europäische Kultur, 43 Prozent gehen dazu auf Distanz.

■ Weit hinten liegen die klassischen kulturellen Errungenschaften: **Klassische Musik** wird von 45 Prozent geschätzt, aber von ebenso vielen (besonders Männern, Pflichtschulabsolventen, Wählern von SPÖ und FPÖ) ab-

gelehnt. Den **Gemälden großer Meister** geht es noch schlechter, für sie steht es 38 zu 49 – jeder Zweite hält sie also für wenig wichtig wie für europäische Kultur.

Ähnlich die **antike Philosophie** (41 zu 44) und die **christliche Religion** (41 zu 46).

■ An die letzte Stelle reiheten die Befragten die Rolle des **europäischen Parlaments** für die europäische Kultur: 33 Prozent gaben eine positive, 51 eine negative Beurteilung ab.

In der anderen Fragestellung – dokumentiert in der Grafik – ging es um Europa und die EU. Da zeigt sich, dass die Politiker besonders schlecht bewertet werden, weil sie sich auf die EU ausreden. Aber immerhin 50 Prozent geben an, dass EU-Europa ein Gegengewicht zu den Großmächten USA und Russland darstellt.



Skepsis und Jubel, Distanz und Pragmatismus

Das Bild der Österreicher von der EU ist starken Schwankungen unterworfen

Am Anfang dominierten die Sorgen: In den Jahren 1993 und 1994 hat das Linzer Market-Institut laufend die Haltung der Österreicher zur EG (die währenddessen zur EU umbenannt wurde) für den STANDARD erhoben. Immer wieder stellte Market-Chef Werner Beutelmeyer die Frage: „Glauben Sie, dass für Österreich im Falle eines EU-Beitritts alles in allem die Vorteile überwiegen, oder erwarten Sie sich, dass bei einem EU-Beitritt eher die Nachteile überwiegen?“ Und lange überwog der Anteil der Skeptiker.

Doch die gemeinsame Anstrengung von Regierung und Sozialpartnern in der Kommunikation

der Vorteile sorgte für einen Stimmungswandel: In den letzten Umfragerwellen vor der Volksabstimmung im Frühsommer 1994 war das Ergebnis dann zu 54 Prozent überwiegend EU-optimistisch und zu 43 EU-skeptisch.

Die Volksabstimmung ging mit einer Zweidrittelmehrheit für die EU aus – genau rechtzeitig hatte sich ein Stimmungsoptimum eingestellt. Ein paar Tage lang wurde gejubelt, ÖVP-Chef Erhard Busek sang sogar die „Internationale“ mit, und die Grünen, die die EU-Skepsis am meisten geschürt hatten, machten auf dem Absatz kehrt und bekannten sich („mit Demut vor dem Volkswillen“) als konstruktive Europäer.

Doch dann kehrte der Alltag ein – die Regierung war zu sehr damit beschäftigt, den Beitritt administrativ zu bewältigen, als dass sie die positive Stimmung hätte nutzen können. Den seinerzeit erhobenen Vorwurf Beutelmeyers, die Regierung versäume das „After Sales Service“, bestätigt im Rückblick Caspar Einem (SPÖ), der damals gerade aus der Wirtschaft in die Regierung wechselte: „Das hat es nicht gegeben.“

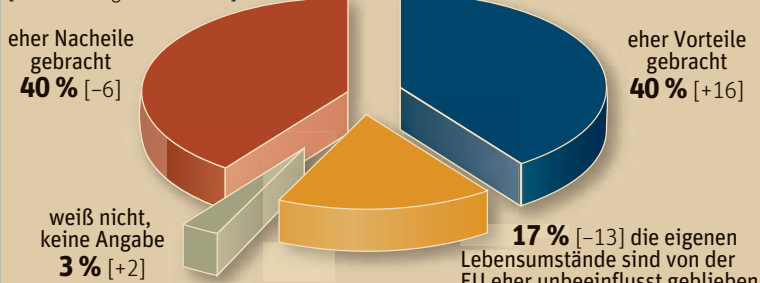
Schwarz-Blau und die Krise

Aus EU-Skeptikern wurden Gegner; wer im Sommer 1994 gejubelt hatte, ging auf Distanz. Das wurde schon nach wenigen Wochen deutlich – einen Höhepunkt erreichte die Ablehnung der EU während der Sanktionen, die von den anderen Mitgliedsländern verhängt wurden, als im Jahr 2000 Wolfgang Schüssel (ÖVP) eine Regierung mit den Freiheitlichen bildete. Die Krise nach 2008 führte die Österreicher wieder näher an die EU – inzwischen diagnostiziert Beutelmeyer eine pragmatische Haltung bei der Mehrheit.

Dabei zeigt der Langzeitvergleich der Market-Umfragen: Heute gibt es deutlich mehr Menschen in Österreich, die einen persönlichen Vorteil in der EU-Mitgliedschaft sehen als 2004 – sie halten sich mit denen, die Nachteile sehen, die Waage. (cs)

Wie sich die EU bisher ausgewirkt hat

Frage: Österreich hat sich ja vor zwanzig Jahren entschlossen, der EU beizutreten. Hat der EU-Beitritt alles in allem für Sie persönlich – [Veränderung zu Mai 2004]



Telefonische CATI Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Erhebungszeitraum 6. bis 8. Mai 2014, Ergebnisse in Prozent, n = 403

Für die soziale Wende:

Österreich braucht einen Freund in Europa.

Damit die Übermacht der Konzerne ein Ende hat: Am Sonntag Eugen Freund wählen!

am 25. Mai



SPÖ  meineuropa.at

Bezahlte Anzeige

Ein halbes Jahrhundert Politik in und für Europa



Foto: Frank Schirrmeyer



● Ziel:

Atomkraftwerk in der Nähe von Montélimar Frankreich



Abfahrt: Avignon
Strecke: 83,2 km



Zeit: 54 min



Next Stop: Nida / Seite 5

„Bin wie Obelix in Zaubersaft der Freiheit gefallen“

Europa sei die letzte Utopie. Die EU-Staaten müssten darum kämpfen, in der globalen Welt frei und selbstbestimmt zu bleiben, sagt der grüne EU-Fraktionschef Daniel Cohn-Bendit. Im Gespräch mit Thomas Mayer zieht er politische Lebensbilanz.

STANDARD: Sie hören im Juli als EU-Abgeordneter auf, endgültiger Abschied nach fast 50 Jahren Politik?

Cohn-Bendit: Weiß ich nicht. Meine aktive Politik hat Ende der 60er-Jahre angefangen. Man könnte auch sagen, es hat in der Schule angefangen, in der Schülermitverwaltung, mit 16.

STANDARD: In der liberalen Odenwaldschule. Was waren die Eltern?

Cohn-Bendit: Mein Vater war Rechtsanwalt, und ein Linker. Er hat nach dem Reichstagsbrand 1933 einen Tipp bekommen, dass er verhaftet wird. Dann ist er mit meiner Mutter nach Paris geflohen. Da war er in einem liberalen Kreis, mit Walter Benjamin, Hannah Arendt zum Beispiel. Mein Bruder wurde 1936 geboren. Dann sind sie mit Ausbruch des Krieges nach Südfrankreich geflohen. Ich wurde kurz vor Kriegsende geboren, gezeugt nach der Landung der Alliierten 1944 in der Normandie.

STANDARD: Man weiß bei Ihnen nie ganz genau, wo Sie politisch stehen, ein Grüner, Liberaler, Linker?

Cohn-Bendit: Mein Vater war ein Salonsozialist, mehr als liberal, sehr antikommunistisch. Mein Bruder, der einen großen Einfluss auf mich gehabt hat, der war als junger Mensch bei Sartre, in der kommunistischen Partei, da ist er rausgefliegen. Dann bei den Trotzkisten, auch rausgefliegen, bis er auch bei den Libertären landete. Bin ich ein Linker? Finde, diese Frage ist ein Ausdruck intellektueller Faulheit.

STANDARD: Weil es zu einfach ist?

Cohn-Bendit: In der sozialen Frage, da geht es um Verteilung, da gibt es links und rechts, mehr oder weniger Staat. Bei der Ökologie ist es schon anders. Da gibt es Linke, die sind für Atomenergie, und Rechte, die sind Ökologen. Die Ökolo-

giebewegung war Kritik am linken und rechten Produktivismus.

STANDARD: Wie sind Sie, der „Rote Dany“ und Pariser Revolutionär, zu den Grünen gekommen?

Cohn-Bendit: Dany le Rouge hieß ich wegen meiner Haare. Wir waren hier in Frankfurt in einer Alternativbewegung, wollten keine Parteibewegung. Wir wollten eine andere Welt aufbauen. Wohngemeinschaft, selbstverwaltete Betriebe. Und dann wurden wir konfrontiert mit der Welle der Anti-Atom-Bewegung, der Friedensbewegung. Und da wurde uns klar,



ZUR PERSON

DANIEL COHN-BENDIT (69), Sohn jüdischer Eltern, die 1933 vor den Nazis nach Frankreich flohen, Ikone der Studentenrevolte 1968 in Paris, Sponti, Herausgeber des „Pflasterstrand“, WG-Genosse von Joschka Fischer, kam 1978 zu den Grünen, seit 1994 EU-Abgeordneter, kandidierte 2009 für Frankreichs Grüne. Sein Mandat endet im Juli. Foto: Cremer

wenn du politisch was anfangen willst, musst du aus der politischen Bewegung heraus auch die institutionelle Politik besetzen.

STANDARD: Sie waren da Sponti und Herausgeber des „Pflasterstrand“.

Cohn-Bendit: Es gab den Moment: Grüne ja oder nein. Und da waren wir dann die Speerspitze zur Realpolitik. Für mich kämen die Sozialdemokraten nie infrage.

STANDARD: Warum – zu starr?

Cohn-Bendit: Nein, nicht zu starr, ich würde sagen inhaltlich falsch.

STANDARD: Hat SP-Kanzler Helmut Schmidt die Ökofrage übersehen?

Cohn-Bendit: Übersehen ist gut!

Nicht nur diese Frage. Schmidt hat mit Egon Bahr Anfang der 1980er-Jahre die ganze Freiheitsbewegung in Polen übersehen. Bahr hat gesagt, Solidarność setzt den Weltfrieden aufs Spiel. Das ist genau so, wie sie heute zur Ukraine argumentieren. Was fällt den Polen ein, frei werden zu wollen! Die sind festgefahren in einem Weltbild. Und in dieses passte nicht, dass die Menschen ihre eigene Freiheit erkämpfen wollen.

STANDARD: Für Sie ein Fixpunkt?

Cohn-Bendit: Ja, klar. Ich habe die alle kennengelernt, den Adam Michnik und so weiter. Einer der Männer, die ich am meisten bewundert habe, war Marek Edelman, einer der führenden Kommandanten im jüdischen Warschauer Ghetto. Er war später Mitbegründer von Solidarność. Wo ist in Europafragen links und rechts?

als französischer Nationalist nicht von einem Holländer vertreten sein. Die Leute wählen sie, damit es ein bisschen Rambazamba gibt. Es gibt generell einen Politikskeptizismus, auf nationaler, kommunaler und europäischer Ebene.

STANDARD: Zurück zu Ihren Wurzeln, 1968, zum Marxismus.

Cohn-Bendit: War ich nie. Ich war marxistisch-libertär. Der Marxismus behauptete, eine Wissenschaft der Veränderung zu sein, Kapitalismus bricht zusammen, die Revolution kommt, alles wird perfekt, historisch determiniert. Das ist die Basis für Autoritarismus und Diktatur. Das war für mich ein Albtraum.

STANDARD: Wie haben Sie es bei den Grünen ausgehalten?

Cohn-Bendit: Parteien sind immer schwierig. Wir haben Auseinandersetzungen geführt, um die Realpolitik. Da wurden wir am Anfang geschmäht, bis Joschka Fischer Minister in Hessen wurde. Ich habe dann die Bosnien-Auseinandersetzung geführt.

STANDARD: Sie haben den Einsatz militärischer Gewalt befürwortet zur Beendigung des Bürgerkriegs.

Cohn-Bendit: Die Pazifisten sagen, eine Militärintervention hat noch nie was Gutes gebracht. Dazu sage ich: Nein. Warum? Ich bin dank einer Militärintervention geboren. Ohne die Landung der Alliierten in der Normandie 1944 wäre ich nicht auf die Welt gekommen.

STANDARD: Ihre Eltern waren beide im Exil, wie ist das gemeint?

Cohn-Bendit: Aber sie hätten kein Kind gemacht. Es war Horror. Als die Alliierten landeten, haben sie gesagt, jetzt können wir ein Kind der Freiheit machen. So bin ich wie Obelix in den Zaubersaft der Freiheit gefallen.

STANDARD: Wie hängt das mit Bosnien 1991 zusammen?

Cohn-Bendit: Ich kann Konzentrationslager nicht aushalten, ganz

existenziell. Ich bin überhaupt nicht religiös, meine Frau ist nicht jüdisch. Aber irgendwo tief in mir drin gibt's etwas, das sagt, wenn du 20 Jahre früher geboren wärest, wärest du irgendwo gelandet. Und wenn ich hörte, in Bosnien gibt es Konzentrationslager, Massenvergewaltigungen, dann sagte ich, da muss man intervenieren.

STANDARD: Fischer sagte das viel später im Kosovo-Krieg der Nato.



Cohn-Bendit: Stimmt. Eine große Debatte, die wir hatten, war die über Gewalt. Der Anlass war die RAF, aber auch die Gewalt auf der

Straße durch die Autonomen und Steine, die Putzgruppen, die Steinewerfer. Bei Gewalt ist es so: Ich nehme die Dinge sehr persönlich. Wenn ich einen Film über die Nazizeit sehe, dann weine ich. Ich habe eine Urangst vor Gewalt.

STANDARD: Kommt das von Ihrer Mutter?

Cohn-Bendit: Es waren beide, der Vater auch. Sie müssen eines verstehen. Mein Vater ist gestorben, da war ich 14. Meine Mutter starb, als ich 17 war. Da war ich Vollwaise. Ich hatte meinen Bruder; der ganz wichtig ist. Ich hatte eine Wohnung in Paris. Ich musste mein Leben machen mit 17.

STANDARD: Europa ist die letzte Utopie. Was meinen Sie damit?

Cohn-Bendit: Stimmt auch. Wir haben einen Traum, dass unsere Gesellschaft anders denken und funktionieren kann. Europa ist eine Utopie des Friedens, der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit in der globalisierten Welt. Das gibt uns die Richtung an. Das geht über die parteipolitischen Lager weit hinaus. Die Frage, die sich für Europäer stellt, ist, ob sie in Zukunft über ihr Leben selbst bestimmen können. Wenn sie im Nationalstaat verharren, werden andere in der Welt über sie bestimmen. Punkt.

Langfassung des Interviews auf derStandard.at/EU

Fotograf Frank Schirrmeister im Porträt

Eine Reise 8000 Kilometer durch den Kontinent

Der Berliner Fotograf Frank Schirrmeister hat die Fotos dieser Schwerpunktausgabe gemacht. Drei Monate lang tourte er, als überall nur von Krise die Rede war, im Campingbus durch Europa.

Birgit Baumann aus Berlin

Natürlich kann man die Krise sehen und als Fotograf auch ganz plakativ zeigen. Da braucht man nur in den Flieger nach Athen steigen und dann ein paar heruntergekommene oder geschlossene Geschäfte abbilden – oder junge Menschen, die in der Sonne sitzen und trinken – nicht weil sie die Wärme genießen, sondern weil sie keine Arbeit haben.

„Aber so eine klassische Krisenreportage hatte ich nicht im Sinn“, erinnert sich Frank Schirrmeister im STANDARD-Gespräch an die Vorbereitungen seiner Reise. 2010 war das, überall war nur noch von Krise die Rede: Eurokrise, EU-Krise, Schuldenkrise, Bankenkrise. Wo die Krise außer in den Medien sei, fragt sich Schirrmeister. Er nahm sich vor, ihr in die EU-Staaten hinterherzureisen und zu schauen, wie die Menschen auch jenseits der Krise leben oder ob diese sich „in das Alltagsleben der Europäer hineinfrisst“.

Den Arbeitstitel gibt es schon, als er sich im Mai 2011 mit seiner Freundin in einem 20 Jahre alten Campingbus auf den weiten Weg macht: „Beyond Crisis“. „Beyond“ nämlich, findet er, sei ein schönes Wort: jenseits, darüber hinaus – irgendwie unbestimmt. Zuerst geht es Richtung Süden, zunächst nach Österreich. In seinen Bildband hat Schirrmeister jedoch nur ein einziges Foto aus Österreich aufgenommen (siehe Seite 14).

Gut so, denkt man spontan, denn dieses ist deprimierend genug: ein Seniorenwohnheim in Unterpremstätten (Steiermark). Saubere Häuschen in einer kleinen Gasse, akkurat gepflasterter Weg, aber kein Mensch ist zu sehen, Einsamkeit und Kälte wie auf einem Gemälde von Edward Hopper. „Ich finde, es sagt erschreckend viel darüber aus, wie die Gesellschaft mit ihren Alten umgeht“, meint Schirrmeister.

Doch auf den 8000 Kilometern, die er in drei Monaten zurücklegt, kommen dem 46-Jährigen natürlich auch jede Menge Menschen vors Objektiv. Schon bald, im italienischen Riva Trigoso, hält Schirrmeister ein für ihn ganz besonderes Bild fest: Am Strand am Meer sonnen sich Menschen. Und direkt hinter ihnen ragt ein monströses Kriegsschiff ins Bild und scheint sich seinen Weg zu bahnen.

Als er dieses Foto macht, ahnt Frank Schirrmeister, dass seine „Erzählung“, wie er die Reise nennt, „funktionieren wird“. Aus heutiger Sicht scheint das Schiff damals schon ein Vorbote gewesen zu sein. Zwar vergeht 2011 kein Tag, an dem nicht das Wort „Krise“ dutzendfach gebracht wird. Doch etwas noch Schlimmeres, nämlich Krieg, ist in jener Zeit außerhalb jeder Vorstellungskraft.

„Dabei müssten wir doch gerade jetzt jeden Tag eine Kerze anzünden und dankbar



„Beyond Crisis – A European Journey“ hat der Berliner Fotograf Frank Schirrmeister seinen Bildband über seine 8000 Kilometer lange Tour durch Europa genannt. Foto: Birgit Baumann

sein, dass es die EU gibt und welche Errungenschaft sie ist“, meint er mit Blick auf den Konflikt in der Ukraine und auch auf das Gedenken an die Jahre 1914 und 1939, die Europa seine größten Kriege bescherte.

Schirrmeister wurde in der DDR geboren, nach seiner Ausbildung zum Facharbeiter für Anlagentechnik studierte er Geschichte und Europäische Ethnologie an der Berliner Humboldt-Universität sowie Filmwissenschaft an der University of East Anglia in Norwich (England). Von 2004 bis 2007 folgte die Ausbildung an der Ostkreuz Schule für Fotografie in Berlin Weißensee, danach war er bis 2009 in der Meisterklasse bei Arno Fischer.

Abgesehen von der Krise interessiert ihn auf seiner Reise noch etwas: Gibt es so etwas wie eine europäische Identität? Oder weiß man immer noch genau, in welchem Land man sich befindet? Letzteres verneint Schirrmeister. Im französischen Calais wählte er sich in Rumänien, in Albanien Hauptstadt Tirana erlebte er Vibrieren und Aufbruchsstimmung, wie man sie in der EU kaum mehr findet.

Sitzen auf dem Pulverfass

Überall, so erzählt er, habe er die Sorge der Menschen vernommen, dass die EU eines Tages „vor die Wand fahren“ könnte, niemand aber diesen Zug zu stoppen vermöge und daher „die vermögenden Eliten versuchen mitzunehmen, was noch zu kriegen ist“. Er selbst hat oft den Eindruck: „Wir sitzen auf einem Pulverfass.“ Die soziale Spaltung werde immer tiefer. Auf seinen Bildern sieht er selbst viel Melancholie.

Nicht gut ist er auf Kanzlerin Angela Merkel zu sprechen: Die „neoliberalen, markt-konformen Politik der EU-Kommission unter Federführung der deutschen Regierung ist ein Beitrag zu den überall zu beobachtenden Renationalisierungstendenzen“.

Ein wenig vergleicht er die Stimmung der Menschen mit jener in der Post-DDR-Zeit: „Solange der Staat existierte, haben sich die Menschen an ihm gerieben, ihn verflucht massenhaft verlassen und verachtet.“ Erst als es die DDR nicht mehr gab, sei ihnen dann klar geworden, dass sie doch eine gemeinsame Identität gehabt hätten. In den vergangenen Tagen hat Schirrmeister wie-

der Koffer gepackt. Erneut geht es auf Tour quer durch Europa. Diesmal ist nicht nur seine Freundin dabei, sondern auch der vier Monate alte Sohn. „Wer weiß“, sagt Schirrmeister, „vielleicht entsteht auch aus dieser Reise wieder ein Projekt.“ Fotos wird er auf jeden Fall auch diesmal wieder viele mitbringen.

www.bildstelle.net



📍 Ziel: Nida, Kurische Nehrung Litauen



Abfahrt: Montélimar Strecke: 2141 km



Zeit: 20 h 5 min



Next Stop: Monte Carlo / S. 6



Szene aus der litauischen Ortschaft Nida (dt. Nidden) in der Kurischen Nehrung. Diese wird von der Unesco seit 2000 zum Weltkulturerbe gezählt. Foto: Schirrmeister

GRUENE.AT

DEIN EUROPA KANN MEHR!

GRÜNE **Lunacek**

„Good Old Europe“ und die Europäische Union: Was die Amerikaner und Chinesen von

George Washingtons Prognose harrt noch ihrer Erfüllung

Wichtig ist woanders: Europa ist für die USA von gestern

Frank Herrmann aus Washington

Schon George Washington (1732–1799) war ein erklärter Anhänger der europäischen Integration. In einem Brief an den Marquis de La Fayette, den französischen Freund, der an seiner Seite für die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien kämpfte, gab er sich überzeugt: „Eines Tages, orientiert am Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, werden die Vereinigten Staaten von Europa entstehen“. Noch immer, könnte man zugespitzt sagen, ist der amerikanische Blick geprägt von einem gewissen Unverständnis darüber, wie lange es dauert, bis die Prognose Washingtons endlich Wirklichkeit wird.

Europa, das ist die Welt von gestern. Hier und da Qualitätsweltspitze, aber eben auch eine Kleingartensiedlung mit vielen Parzellen, zu detailverliebt, zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass es dem aufstrebenden Asien das Wasser reichen könnte. Als das Pew-Institut neulich ermittelte, wie Amerikaner die Welt sehen, hätte das Ergebnis kaum eindeutiger ausfallen können. 48 Prozent halten schon heute China für die führende Wirtschaftsmacht, 31 Prozent orten die USA nach wie vor an der Spitze, acht Prozent Japan – und nur fünf Prozent die Europäische Union. Auf der Beliebtheitskala hingegen rangieren Großbritannien, Deutschland und Frankreich weit oben, dicht hinter den führenden Kanadiern, den als ebenso harmlos wie verlässlich geltenden Nachbarn. Sympathiepunkte für „Good Old Europe“, aber ernst nimmt man es nicht.

Sie arbeiten, um zu leben

Europäer leben besser, besagt das Klischee. „Europäer arbeiten, um zu leben. Amerikaner leben, um zu arbeiten“, schreibt die *Huffington Post*, transatlantische Vergleiche anstellend. Europas Gesundheitssysteme sind billiger und effizienter, der Käse ist würziger, der Urlaub länger. Das metrische System, dessen sich die Europäer in ihrer großen Mehrheit bedienen, weniger umständlich als das eigenwillige Messen in Feet und Inches. Es gibt Burgen und Schlösser, die, wollte man sie kaufen, weniger kosten dürften als ein Apartment am Central Park in New York, während Amerika Burgen und Schlösser nur aus dem Disneyland in Orlando kennt. In Europa fahren Busse und Bahnen

mehr oder weniger pünktlich nach Plan, in Amerika mit seinem verkümmerten öffentlichen Nahverkehr (ein paar urbane Ausnahmen bestätigen eher die Regel) sind Fahrpläne allenfalls grobe Orientierungshilfen. Selbst der skurrile Eurovision Song Contest, lobt die *Huffington Post*, sei interessanter als das zunehmend biedere Gegenstück *American Idol*. Man greife sich nationale Gefühle, schüttle sie mit einer ordentlichen Portion an Lächerlichem kräftig durch und heraus komme ein recht unterhaltsames Spektakel. Kurzum, Europa kann amüsant sein. Aber wirklich wichtig ist es nicht mehr. Letzteres spiegelt sich in der Berichterstattung amerikanischer Medien über die EU-Wahl. Abgesehen von der welt-offenen *New York Times*, lässt sich so gut wie nichts dazu finden.

Europa ist Parteiensache. Barack Obama, der Demokrat, lässt schon mal so etwas wie Sympathien für die schwierige Konsensbildung einer Staatenunion mit 28 Mitgliedern erkennen. Verglichen mit dem Kongress auf Capitol Hill, in dem sich zwei Parteien praktisch nie einig werden, hat er einmal nur halb im Scherz angemerkt, verdiene es Respekt, dass in Brüssel überhaupt Entscheidungen fallen. Die Republikaner dagegen bedienen sich Europas, einer Karikatur Europas, gern, um im Alarmton vor den Gefahren der Rutschbahn in den Sozialismus zu warnen: Krankenversicherungspflicht ist gleich medizinische Mangelwirtschaft ist gleich un-amerikanisch. „Ich fürchte, Präsident Obama will uns zu einem Wohlfahrtsstaat europäischen Musters machen“, lautete ein Standardsatz Mitt Romneys, des republikanischen Kandidaten, aus dem Wahlkampf 2012.

Nur: Auch Demokraten trauen Europa nicht mehr viel zu, jedenfalls im globalen Kräftemessen. Selbst Zbigniew Brzezinski, aus Polen stammender Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter, ein Stratege, den auch persönlich viel mit der Alten Welt verbindet, ist keine Ausnahme. Die ökonomische Malaise, vor allem im Süden, lasse die Vorstellung von Europa als politischem und militärischem Schwergewicht immer mehr zur Illusion werden, doziert er in seinem Buch *Strategic Vision*. „Europa, einst das Zentrum des Westens, ist eine Verlängerung des Westens, dessen bestimmender Akteur Amerika ist.“



Türken enttäuscht vom Kontinent

Europa ist ein einziger Widerspruch für die Türken: geistig frei, aber rechtslastig; reich und schön, aber unehrlich und ungerecht. Endlose Verhandlungen über einen EU-Beitritt haben die Türken frustriert. Sie sind mit den inneren Spannungen beschäftigt.

Markus Bernath aus Istanbul

Es sind keine guten Zeiten. Die Türken, die einmal in die EU wollten, sind nur noch mit sich selbst beschäftigt: die einen verstört, die anderen ihren autoritären Premier verteidigend, als ginge es um ihr eigenes Leben.

Das Grubenunglück in Soma mit den mehr als 300 Toten beschäftigt die Bürger; der mitleidlose Auftritt von Tayyip Erdogan, die parteinahen Unternehmer, die im Land scheinbar alles machen können: Wolkenkratzer bauen ohne Genehmigung, Medien kaufen für den Premier, Minenarbeiter ohne geeignetes Gerät in die Grube schicken. „Wir sind groß geworden, aber wir haben uns nicht entwickelt“, sagt eine Soziologin in einem Interview mit einer türkischen Zeitung. „Wir sind wie Frankenstein.“

Aus Europa kommt keine Rettung mehr. Neun Jahre Beitrittsverhandlungen mit einem einzigen abgeschlossenen Kapitel ha-

ben die Menschen frustriert. Warum es mit dem Beitritt zur europäischen Familie nicht vorangeht, versteht hier niemand. Oder vielmehr: Man weiß es nur zu gut. Europäer sind Manipulierer, Großmeister des doppelten Standards, Ingenieure, die die Türkei mit zweierlei Maß vermessen.

„Unsere Schwachstellen“

„Europäer bauen schöne Straßen, schöne Städte, haben Menschen, die gut aussehen, aber sie spielen immer ein doppeltes Spiel“, so fasst ein türkischer Wirtschaftsjournalist die Meinung seiner Landsleute zusammen. „Die Mehrheit denkt so“, sagt Akin Aytekin: „Europäer suchen stets nach unseren Schwachstellen, um dann Unruhe im Land zu stiften. Sie warnen uns zum Beispiel ständig, die Menschenrechte einzuhalten. Gleichzeitig aber beherbergen sie Terroristen wie die PKK-Mitglieder und deren Unterstützer, so heißt es. Wir brau-

chen die Europäer nicht, sagen die Leute also“.

Aytekin, der für die türkische Ausgabe des *Wall Street Journal* arbeitet – ein Ziel ständiger Kritik des Premierministers –, hat selbst gemischte Gefühle gegenüber jenem Europa, das er kennt. Mehr Raum für die persönliche Entfaltung und für intellektuelle Debatten, aber fremdenfeindlich: „ein geistig anregender Kontinent mit hoher Tendenz zum Rechtsextremismus“.

Die Türken sehen in der EU, was ihnen in eigenem Land fehlt. Die Parkanlagen, der allgemeine Wohlstand, mehr Unabhängigkeit für Frauen. Nur ganz ernst können sie es nicht mehr nehmen. „Europa ist eine Komfortzone“, sagt Sema, eine Stadtführerin in Istanbul, die ihre Klientel kennt – reich gewordene Osteuropäer und Bildungsbürger aus dem alten Westen. „Die Leute sind entspannter, flexibler. Im Grund müssen sie sich nur um ihre kleinen Alltags-sorgen kümmern.“

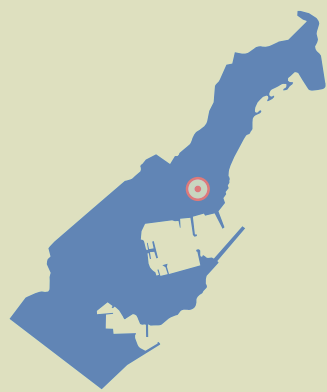
In der türkischen Regierung gibt es Männer, die Europa schon beschrieben haben und das auch regelmäßig mitteilen, wie Yigit Bulut, der Erdogan-Berater im Premiersamt, der eine Kolumne in einer Zeitung füllt und jüngst in



Nicht nur die Nasa wirft ein Auge auf Europa – hier der Nordwesten in der Nacht. Der Kontinent gilt vielen Amerikanern als Welt von gestern, gut zum Leben und auch oft amüsant, aber wirklich wichtig? Nein.

Foto: EPA / NASA's Earth Observatory

Europa halten und wie die Türkei und die Länder des Westbalkans über die EU denken



● Ziel:
Monte Carlo
Monaco



Abfahrt: Nida
Strecke: 2098 km



Zeit: 20 h 33 min



Next Stop: Dubrovnik / S. 12

Foto: Frank Schirmer

Wo Busse für die EU werben und die Bosse auf Europa setzen

Die chinesische Regierung setzt ihre Politik neu auf

Johnny Erling aus Peking

Der Pekinger Straßenverkehr produziert Endlosstaas. Doch er ist auch eine langsam fahrende Werbebühne für Europa. So sieht es der Europa- und Deutschlandexperte Liu Liqun, Professor an der Fremdsprachenuniversität (BFSU). An jedem Omnibus klebe ein Schild, das besagt, dass dieser die Abgaswerte der Euronorm einhält. „Viele sehen das chinesische Zeichen für Euronorm und fragen, was es bedeutet.“ Gerade in den smoggeplagten Metropolen punktet Europa auf diese Weise, weil seine Umweltschutzmaßnahmen „den Weg zu uns gefunden haben.“ Das verschaffe Brüssel einen unschätzbaren Imagevorsprung.

Mit Europa assoziieren Chinesen „viele positive Begriffe“. Liu nennt Technologie, Wissenschaften, Erfindungen, touristische Highlights bis zur Zivilisationsgeschichte. „Schauen Sie, wie viele Sachbücher und Romane darüber bei uns erscheinen.“ Wenige wüssten zudem, dass nicht die USA, sondern Europa seit zehn Jahren Chinas Handelspartner Nummer eins ist. 2013 stieg der beiderseitige Außenhandel auf 428 Milliarden Euro, im Schnitt mehr als eine Milliarde Euro, die täglich umgesetzt wird. Auch bei der Technologieeinfuhr steht Europa mit weitem Abstand ganz vorn.

Wer kurz vor den EU-Wahlen aber nur schaue, wie gering das öffentliche Interesse in China daran ist, erhalte ein völlig falsches Bild. Abschätzige Kommentare auch von chinesischer Seite über Europas politische Bedeutungslosigkeit und Zaungastrolche im weltweiten Konzert international ausgeübter Macht hatten noch vergangenen Dezember dieses schiefe Bild genährt. „Wie wichtig ist Europa?“, fragte das einflussreiche nationalistische Pekinger Parteiblatt *Global Times* und schimpf-

te über Europas Kritiker, die sich erdreistet hätten, Chinas Umgang mit Menschenrechten oder dessen Minderheitenpolitik zu rügen.

Anlass bot der Pekinger Besuch von Premierminister David Cameron, der Chinas Führer durch seinen Empfang des Dalai Lama verärgert hatte. Als er sich wieder anbieten wollte, kanzelte ihn die Zeitung ab: Großbritannien sei wie die anderen EU-Staaten, „nur ein altes europäisches Land, gerade gut genug, um es touristisch zu bereisen und dort zu studieren“.

Fußgängerzonenkontinent

Doch seither hat sich Pekings Sicht auf Europa positiv verändert. *Global Times* schrieb kleinlaut: Es sei „dumm“, Europa als Bund von Kleinstaaten zu betrachten, die selbst noch nicht wüssten, „dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft verloren haben“. Das stimme ebenso wenig, wie Europa als „Ansammlung von Fußgängerzonen und Cafés zum Einkaufen und Promenieren“ zu sehen. Sich enger an Europa anzulehnen sei daher eine „kluge Wahl für China.“

Zum Meinungsumschwung führte nicht nur die Erkenntnis, dass sich der Kontinent von der Euroschuldenkrise erholt hat. Den Ausschlag gab die Europareise von Staatspräsident Xi Jinping Ende März. Peking reagierte mit seiner erneuten Hinwendung zu Europa auch auf die erneute Orientierung der USA nach Asien.

Peking setze wieder auf Europa, sagt Professor Wang Yiwei, Vize-Direktor des Zentrums für EU-Studien, zum STANDARD. Europa sei, weil es ohne fundamentale Interessenkonflikte, „mehr Übereinstimmung als Differenzen“ gebe, ein globaler Partner auch für weltweite Sicherheitskooperationen. „Nach der EU-Wahl, wenn sich die neuen politischen Führungsstrukturen konsolidiert haben, wird China einen weiteren Anlauf in seiner Europapolitik nehmen.“

ent der Manipulierer

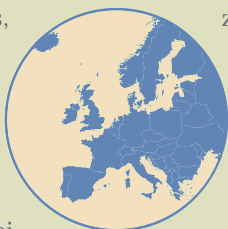
den Vorstand von Türk Telekom berufen wurde. „Wir haben keinen Weg mit Europa“, schreibt Bulut etwa; China, Russland und Amerika sind die Mächte, mit denen die aufsteigende Türkei zu tun habe. Europa? Eine Chimäre.

Den konservativ-islamischen Regierungsapparat in Ankara und die türkischen Linksintellektuellen trennt dabei nicht viel, wenn es um Kritik am Alten Kontinent geht. Was ist Europa? „Kultur und Imperialismus, Menschenrechte und Barbarei“, antwortet Turgut Güngören, ein junger Psychiater. Die EU sei sehr erfolgreich gewesen bei der Zusammenbindung der Kapitalisten und bei der Teilung der Arbeiterschaft. „Das Kapital kann sich in Europa frei bewegen, die Arbeitnehmer nicht wirklich“, sagt Güngören mit Blick auf die britische Politik gegen Bulgaren und Rumänen.

„Die EU ist ein Sicherheitsklub. Sie hat Mauern um sich gebaut, um Flüchtlinge abzuhalten. Aber gleichzeitig ist sie nur ein Ideal, ein undefiniertes, durchlässiges Ding. Wo hört Europa auf, wo fängt es an? Amerika hingegen ist definiert.“

Das ist die alte Frage. Nur wenige Türken sagen uneingeschränkt Ja, wenn sie entscheiden sollen, ob ihr Land zu Europa gehört. Hinter Bosphorus- und Basar-Glitter, der dem Istanbulbesucher präsentiert wird, verbirgt sich eine aus allen Landesteilen zusammengewürfelte anatolische Großstadt – das Produkt eines seit Jahren dauernden Zuzugs, ein Provinzgeist, aufgeblasen auf 14 Millionen. Manche Stadtteile in Istanbul mögen zu Europa gehören, meint Aytekin, der *Wall Street Journal*-Reporter; dazu Edirne im geografisch europäischen Teil der Türkei, und Izmir, die Hafenstadt, die dem Westen zugewandt ist.

„Versnobt“ und herablassend fand sie die Europäer, als sie in den 1990er-Jahren in der EU studierte, erzählt Ayca, eine Unidozentin, die ihren Nachnamen aus Vorsicht nicht angibt. „Ich dachte, wir haben keinen Platz in Europa. Wir müssen unseren eigenen Weg finden.“ Der autoritäre Kurs der Regierung, der Druck auf Justiz, Medien, Hochschulen haben ihre Ansicht geändert, sagt sie. „Heute ist die EU die einzige Kraft, die uns aus diesem Schlamassel herausholen kann.“



Leben mit einem unerfüllten Versprechen

In Südosteuropa fühlt man sich von der EU verschmäht – Drei Staaten sind blockiert

Adelheid Wölfl aus Sarajevo

Sie gaben das Versprechen, dass die Zukunft der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und jene Albanien in der EU liegen würde. Die laufende Erweiterung würde diese „inspirieren und ermutigen“, denselben erfolgreichen Weg zu gehen, hieß es am EU-Gipfel im Juni 2003 in Thessaloniki. Elf Jahre später ist von den betreffenden Staaten nur Kroatien der EU beigetreten. Vier der sechs übrigen Staaten haben nicht einmal Verhandlungen begonnen. Wenn man heute mit jungen Leuten in Südosteuropa spricht, sagen sie oft: „ihr Europäer“ oder „ihr in Europa“. Sie zählen sich selbst nicht dazu, was damit zu tun hat, dass die EU und Europa gleichgesetzt werden, aber auch ein Zeichen der Entfremdung ist. Denn Bosnien-Herzegowina, Serbien, der Kosovo, Montenegro, Mazedonien und Albanien sitzen seit vielen Jahren auf der Wartebank und haben von dort aus die Beteuerungen der EU-Politiker gehört. Insbesondere in jenen Ländern, wo alles blockiert ist, glaubt man den Versprechungen immer weniger.

Die EU wurde zum Unerreichbaren. „Man denkt sich: Wir kön-

nen machen, was wir wollen, wir kriegen den Beitritt eh nicht“, beschreibt der Südosteuropa-Experte Florian Bieber von der Universität Graz dieses Grundgefühl. Dies führe auch dazu, dass die EU ihr Versprechen nicht mehr glaubhaft geben könne. „Der Prozess funktioniert aber nur, wenn er glaubwürdig ist“, so Bieber.

Das Bild von Europa sei stark davon geprägt, dass die EU immer neue Bedingungen stelle und technokratisch vorgehe, sagt der Wiener Politologe Vedran Džihic. „Dass es um einen Kontinent der Freiheit geht, der die Werte der Moderne verteidigt, ist dabei verlorengegangen. Man verliert aber die Leute in dem Prozess, wenn sie



Kroatien ist drin, die Flagge weht vor dem EU-Parlament. Foto: EPA

das nicht spüren.“ Džihic spricht auch von einem „Minderwertigkeitskomplex gegenüber Europa“. Die Südosteuropäer wissen außerdem durchaus, wie sehr sie von den anderen abgelehnt werden. Laut Eurobarometer sind 53 Prozent der EU-Bürger gegen die Erweiterung, in Österreich sind es noch viel mehr.

Der Status „Verlängerte Wartebank“ birgt langfristig Gefahren. Vergangene Woche hat die Politikberatungsguppe des Europäischen Fonds für den Balkan in Sarajevo ein Papier vorgestellt. Es heißt: „Das unerfüllte Versprechen: Die Balkan-Erweiterung zu Ende führen“.

Die bisherige Strategie der EU habe in einigen Ländern nicht funktioniert. Mazedonien etwa, das bereits 2005 den Kandidatenstatus bekommen hat, kann bis heute wegen des Vetos von Griechenland keine Verhandlungen beginnen. Es gibt semiautoritäre Tendenzen, der Nationalismus steigt. Bosnien-Herzegowina, wo die Menschen am meisten im Krieg gelitten haben, ist durch die Vetomechanismen der Nachkriegsverfassung blockiert. Der Kosovo wird von fünf EU-Staaten nicht einmal anerkannt.

Ein philosophischer und ein politologischer Blick auf Europa

„Ihr müsst euer Europa schätzen, nicht nur meckern“

In puncto Demokratie und Sozialleistungen sei Europa weltweit Vorbild, sagt die US-Philosophin Susan Neiman und wünscht sich daher mehr Begeisterung für das Projekt. Mit ihr sprach Birgit Baumann.

STANDARD: Anfang der Achtzigerjahre wollten Sie von den USA unbedingt nach Europa. Was erschien Ihnen damals so verheißungsvoll?

Neiman: Nicht nur vielen interessierten US-Bürgern, sondern auch Lateinamerikanern gilt Europa nach wie vor als Wiege der Kultur. Debatten werden in der Tageszeitung mit mehr intellektueller Tiefe geführt. Vieles ist zwar in der *New York Times* besser geschrieben, aber intellektuell steht auch sie manchmal noch im Schatten. Und das ist die beste Zeitung. Abgesehen von etwa der *Bild*-Zeitung wird in Europa mehr Allgemeinbildung vorausgesetzt. Allerdings gibt es in den USA und in Lateinamerika in der Literatur und Musik zeitgenössische kulturelle Leistungen, die man manchmal in Europa vermisst.

STANDARD: Sie packten also Ihre Koffer und landeten 1982 in Berlin. Entsprach dies dann Ihren Vorstellungen?

Neiman: Anfangs war ich sogar enttäuscht. Der Rassismus war in Deutschland, aber auch in Frankreich viel stärker. Was Integration betrifft, sind die USA wirklich viel weiter, sie sehen sie nicht als Problem, sondern als Chance. Auch heute noch vermisse ich – vor allem in Österreich – eine gewisse Selbstverständlichkeit im Umgang mit Fremden.

STANDARD: Gab es noch weitere Enttäuschungen?

Neiman: Man muss schon sagen, dass vor allem Deutschland und Österreich auch heute noch in der Frauenfrage 25 Jahre zurückliegen. Da möchte ich Europa nicht verallgemeinern, denn in Frankreich und Skandinavien ist die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf keine Frage mehr.

STANDARD: Dennoch leben Sie seit 30 Jahren mit Unterbrechungen hier. Warum blieben Sie?

Neiman: Europa ist der einzige Ort der Welt, wo ich meine Ideale am besten wiederfinde. Es hat die Gesellschaft, in der ich leben möchte – auch, wenn ich um die Probleme weiß. Schauen Sie sich die sozialen Errungenschaften an. Nicht einmal die Konservativsten würden jemals das System der gesetzlichen Krankenversicherung in Frage stellen. Was Präsident Barack Obama an Reformen geschafft hat, wäre hier in Europa absolut inakzeptabel. In den USA würde man die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel als Sozialistin einstufen.

STANDARD: Manche Konservative in Deutschland sehen das ja auch so.

Neiman: Absurd. Wenn ich in den USA von Elterngeld, Arbeitspausen und bezahltem Urlaub von fünf Wochen berichte, glauben auch die Gebildeten, ich erzähle ihnen etwas vom Paradies. Die meisten Menschen in den USA wissen ja wenig über Europa. Es wird in den US-Medien generell wenig über das Ausland berichtet, und der Großteil der Amerikaner kann sich das Reisen nicht leisten.

STANDARD: Sie haben eingangs die Bildung erwähnt. Auch in den USA gibt es exzellente Universitäten.

Neiman: Richtig. Ich weiß auch, dass es in Europa nach wie vor die Kinder von Akademikern leichter haben mit dem Studium. Dennoch ist die Kluft zwischen Arm und Reich nicht so tief wie in den USA, wo man für gute Bildung viel bezahlen muss. Viele Leistungen in den USA gelten als „Benefit“, also eine Art Privileg. In Europa haben die Menschen ein Recht darauf.

STANDARD: Europa ist nicht überall gleich. Man denke an Griechenland oder die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden.

Neiman: Genau diese Zustände sind ein Argument für ein stärkeres Europa, das sich besser unter die Arme greifen muss, etwa mit

Ausbildungsprogrammen für Jugendliche. Das ist auch eine Machtfrage. In zwanzig Jahren sind die jetzt aufsteigenden Länder wie Indien, Brasilien oder China so stark, dass nicht mal Deutschland als größte Volkswirtschaft alleine noch eine globale Stimme haben wird.

STANDARD: In Europa sehen das viele nicht so, sondern schimpfen auf den Brüsseler Zentralismus.

Neiman: Weil sie diese Errungenschaften als selbstverständlich ansehen. Ich sage den Menschen immer: Ihr müsst euer Europa schätzen, nicht nur meckern. Das heißt nicht, dass alles in Ordnung ist. Aber man muss die Errungenschaften begreifen und schätzen, um in der Lage sein, sie zu verbessern. Wir brauchen Europa auch als Bollwerk der Demokratie.

STANDARD: Was meinen Sie damit?

Neiman: Europa liegt nicht nur geografisch zwischen Russland und den USA. Ich sehe Bedrohung von beiden Seiten. Man hat gerade gesehen, dass Moskau nach dem Prinzip der traditionellen Repression vorgeht. Das gibt es in den USA nicht. Aber dort wird es dank jüngster Entscheidungen des Verfassungsgerichtes immer einfacher, dass Lobbys mit sehr viel Geld in die Politik eingreifen und ihre Interessen durchsetzen. Denken sie an die Waffen- oder die Energielobby. Auch das ist eine Aushöhlung der Demokratie, die man so in Europa nicht findet.

SUSAN NEIMAN (59) stammt aus Atlanta (Georgia). Sie studierte Philosophie in Harvard und an der Freien Universität Berlin. Von 1989 bis 1996 lehrte sie an der Yale University, von 1996 bis 2000 an der Universität von Tel Aviv. Seit dem Jahr 2000 ist sie Direktorin am Einstein Forum in Potsdam (Brandenburg).



Philosophin Susan Neiman lobt Europas Werte. Foto: Bettina Volke



Andrew Moravcsik, EU-Experte und Eurokritiker. Foto: Jon Roemer

„Der Fehlschlag des Euro macht Europas Erfolge zunichte“

Andrew Moravcsik, führender Europakenner unter US-Politologen, sieht den Euro als Gefahr für die EU, die Ukraine als Triumph und die Stärkung des Parlaments als Fehlschlag. Eric Frey sprach mit ihm.

STANDARD: EU-feindliche Parteien dürften bei der Europawahl stark dazugewinnen. Ist das ein Krisenzeichen für das Projekt Europa?

Moravcsik: Nein und ja. Europawahlen sind Protestwahlen. Das ist normal. Aber es gibt ein neues Problem: Das eine Thema, bei dem Europa für Wähler wichtig geworden ist, ist die Makroökonomie. Für Österreich und Deutschland funktioniert die EU-Wirtschaftspolitik, für Spanien und Italien nicht. Die Menschen dort haben jetzt einen legitimen Grund, gegen Europa zu sein.

STANDARD: Aber die Eurokrise hat sich doch seit 2012 beruhigt?

Moravcsik: Das ist keine echte Entspannung. Selbst Optimisten erwarten, dass die Rezession in Südeuropa zehn bis 15 Jahre anhalten wird. Niemand behauptet ernsthaft, dass die existierenden Schuldenberge nachhaltig bewältigt werden können oder dass Italiens Wirtschaft gesund ist. Die Länder klammern sich an den Euro nur, weil sie die kurzfristigen Kosten der Alternativen fürchten. Diese sind eine Verkleinerung der Eurozone, ein massiver Finanztransfer vom Norden in den Süden oder eine drastische Veränderung der Wirtschaftspolitik im Norden. Wenn nichts davon geschieht, dann gibt es ein Szenario wie in Japan.

STANDARD: Die EU will, dass sich die Wirtschaft im Süden ändert.

Moravcsik: Das kann nicht gelingen. Italien wird nicht wie Deutschland werden.

STANDARD: Wäre ein Euro-Austritt Italiens und Spaniens nicht der Anfang vom Ende Europas?

Moravcsik: Nein, es wäre ein Schritt zur Stärkung der EU. Der Euro gefährdet das Projekt Europa, das überall anderswo so erfolgreich war. Beispiel Ukraine: Wirtschaftlich und kulturell hat Europa dort Russland besiegt. Der einzige Fehlschlag ist die Wirtschaftspolitik in der Eurozone, und der macht alle anderen Erfolge zunichte.

STANDARD: Aber sehr erfolgreich ist die EU in der Ukraine nicht. Wladimir Putin macht, was er will.

Moravcsik: Putin verteidigt sich nur, versucht zum Status quo von 2013 zurückzukehren. Europa hat durch seinen Ruf und seine Mobilisierungskraft den Aufstand auf dem Maidan ausgelöst. Jetzt liegt Putin im Rückstand und versucht seinen Verlust wieder gutzumachen. Die EU hat einen großen Sieg davongetragen, jetzt muss sie diesen absichern.

STANDARD: Wie soll das geschehen? Moravcsik: Das Wichtigste wäre, die Wirtschaft der Ukraine zu stabilisieren. Finanzhilfen, Handelsabkommen und Investitionen sind die stärkste politische Währung. Russland und die EU haben hier etwas zu bieten. Das ist ein Kampf, den die EU suchen soll, denn sie kann ihn gewinnen.

STANDARD: Zurück zur EU-Politik: Wie groß ist denn das demokratische Defizit in der Union?

Moravcsik: Das ist kein wirkliches Problem, denn die Gesetzgebung der EU wird genauso demokratisch kontrolliert wie in jedem Mitgliedsstaat. Das einzige Defizit liegt in der Eurozone, denn dort gibt es eine politisch unabhängige Zentralbank, die sich nur um Preisstabilität kümmert – egal, was die Menschen wollen.

STANDARD: Die EU-Wahl wird als Stärkung der Demokratie gesehen, weil der Kommissionspräsident durch sie bestimmt werden soll.

Moravcsik: Ich halte das für einen Fehler. Das sind Protestwahlen; die Wähler stimmen nicht für, sondern gegen etwas. Und da Eurothemen gar keine Rolle spielen, verstärkt sich der Effekt einer nicht-repräsentativen Abstimmung. Wenn man Europa demokratischer gestalten will, soll man dafür sorgen, dass EU-Themen zu Hause eine größere Rolle spielen, etwa durch Einbindung der Parlamente. Aber auch die Parlamentarier interessieren sich kaum dafür, was in Brüssel geschieht.

STANDARD: Deswegen soll ja das Europaparlament gestärkt werden.

Moravcsik: Das ist nicht notwendig. Es gibt durch nationalen Regierungen genug demokratische Kontrolle über die EU. Wenn die Wähler Änderungen wollen, können sie ihre Regierungen abwählen. Aber sie kümmern sich nicht um Eurothemen, und daran lässt sich nichts ändern – auch nicht durch den Versuch eines EU-weiten Wahlkampfes. Das war ein völliger Fehlschlag. In der politischen Realität haben wir dann Demokratie, wenn Menschen ihre Energie dazu verwenden, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Das hat schon beim EU-Verfassungskonvent nicht funktioniert.

STANDARD: Wie soll der Kommissionspräsident gewählt werden?

Name: Ich glaube, dass eine Entscheidung durch demokratisch gewählte Regierungen stärker die wahren Präferenzen der Bürger widerspiegelt, als wenn das Parlament es tut. Selbst Deutschland, das sich immer für das Europaparlament starkgemacht hat, unterstützt es hier nicht. Die Wähler stimmen gegen das, was sie wirklich wollen: Man lässt die Proteststimmen die demokratische Vertretung Europas wählen.

ANDREW MORAVCSIK (55) ist US-Politikwissenschaftler und leitet seit 2004 das European Union Program an der Princeton University. Seine Frau Anne-Marie Slaughter war Planungsdirektorin im US-Außenministerium.

„Europa ist nicht identisch mit dem Euro“

Hans-Olaf Henkel war als Industrievertreter für den Euro, jetzt will er mit der „Alternative für Deutschland“ ins EU-Parlament und die Gemeinschaftswährung abschaffen. Warum ein neuer „Nord-Euro“ auch für Österreich sinnvoll wäre, erklärt er **Birgit Baumann**.

STANDARD: Warum kämpfen Sie mit der AfD gegen den Euro?

Henkel: Ich bin empört über die Eurorettungspolitik der deutschen Regierung. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt immer: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Das stimmt so nicht. Europa ist nicht identisch mit dem Euro. Es gibt sogar in der EU neun Länder, die den Euro gar nicht haben. Eine Währung muss die Kulturen repräsentieren und darf sie nicht einebnen. Genau das passiert aber jetzt. Daher wollen wir Ländern, die den Euro verlassen wollen, diese Möglichkeit geben.

STANDARD: Bis jetzt wollte noch niemand austreten.

Henkel: Da müssen wir erst mal die Resultate der EU-Wahl abwarten. Man kann damit rechnen, dass 30 Prozent der neuen Abgeordneten gegen den Euro sind. Sie sehen ja auch einen wachsenden Widerstand in den Südländern gegen den aus ihrer Sicht zu starken Euro, der ihre Waren verteuert.

STANDARD: Sie wollen einen Nord- und einen Süd-Euro. Wie soll das funktionieren?

Henkel: Im Nord-Euro wären die starken Länder vereint, also auch Österreich. In den ersten Jahren würden wir das über parallele Währungen machen. Als der Euro in Österreich eingeführt wurde, standen ja auch drei Jahre lang, wenn man im Sacher in Wien Kaffee trank, Euro und Schilling auf

der Rechnung. Es war schwer, aus 18 Währungen eine zu machen. Aber es sollte möglich sein, aus einer Währung zwei zu machen.

STANDARD: Wenn Deutschland im starken Verbund wäre: Fürchten Sie nicht um seine Wettbewerbsfähigkeit, weil der Export aufgrund des starken Euro einbricht?

Henkel: Deutschland ist mittlerweile auch der zweitgrößte Importeur der Welt, und die Importe werden erst mal billiger. Davon sind auch Energie und Rohstoffe betroffen. Wir können uns auch an der Schweiz orientieren, deren Nationalbank eingreift, wenn der Franken unter 1,20 Euro zu sinken droht. Ich bleibe dabei: Deutschland und Österreich unterscheiden sich nun mal in ihrer fiskalischen Struktur und Kultur von Frankreich und Griechenland.

STANDARD: Die meisten Deutschen wollen den Euro aber behalten.

Henkel: Die Krise ist nicht vorbei, das nächste Griechenland-Hilfspaket kommt garantiert nach der Wahl. Noch weisen ja Politiker aus Deutschland und Österreich die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Sozialversicherung mit Abscheu zurück. Aber irgendwann kommt sie.

STANDARD: Außer der AfD will auch die NPD raus aus dem Euro. Stört Sie diese Gesellschaft nicht?

Henkel: Das ist das Einzige, was uns verbindet. Wenn die NPD



Bevor Hans-Olaf Henkel (74) der eurokritischen „Alternative für Deutschland“ beiträt, war er nie in einer Partei. Dass die NPD nun das gleiche Ziel verfolgt wie er, stört ihn nicht. Foto: EPA / Hendrik Schmidt

„Guten Morgen“ sagt, darf ich dann nicht mehr „Guten Morgen“ sagen? Die haben auch andere Motive, aber die kenne ich nicht.

STANDARD: Sie wissen doch, wer die NPD ist ...

Henkel: Nein, ich kenne weder die Leute noch ihre Politik. Ich weiß nur, dass es eine rechtspopulistische Partei ist. Mit der haben wir nichts zu tun.

STANDARD: Wie erklären Sie sich die viele Kritik an der AfD?

Henkel: Wir galten einmal als reine Professorenpartei, die sich nur um den Euro kümmert. Aber mitt-

lerweile hat die deutsche Politik gemerkt, dass wir ihr gefährlich werden könnten – wir haben den Einzug in den Bundestag ja nur knapp verpasst. Also schieben uns die Altparteien in die rechte Ecke, die Medien machen mit, und so haben wir rechtspopulistische Mitglieder bekommen. Die müssen wir jetzt wieder loswerden.

STANDARD: Wo sehen Sie die AfD politisch angesiedelt?

Henkel: In der Mitte.

STANDARD: Dort sehen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Sigmar Gabriel auch.

Henkel: Nein, die sind links. Ich habe meine Standpunkte nie verändert, auch beim Euro nicht. Hätte sich die Regierung an die alten Spielregeln gehalten, wäre ich immer noch dafür. Aber CDU/CSU gingen in Richtung SPD, diese rückte Richtung Linke, und die Linke Richtung Kommunisten. Nur ich bin stehengeblieben, jetzt glauben viele, ich sei rechts.

HANS-OLAF HENKEL (74) war Manager bei IBM und stand von 1995 bis 2000 dem Bundesverband der Deutschen Industrie vor. Bei der EU-Wahl ist er auf der AfD-Liste auf Platz zwei, die AfD liegt in Umfragen bei sechs Prozent.

Enttäuschte Rechtspopulisten

Niederlande: Geringe Wahlbeteiligung bei EU-Wahl

Kerstin Schweighöfer
aus Den Haag

Eine große rauschende Wahlparty hätte es werden sollen. Doch unter den Anhängern von Geert Wilders' rechtspopulistischer „Partei für die Freiheit“ PVV ist die Festfreude auf null gesunken. In den Umfragen vor der EU-Wahl hatte die PVV immer ganz vorn gelegen. Stattdessen dürfte sie der große Verlierer dieser Wahlen geworden sein. Wilders selbst ließ in der Nacht auf Freitag auf sich warten, um – sichtlich angeschlagen – zu konstatieren: „Die Prognosen, die Ehrlichkeit gebietet es, sind enttäuschend.“

Die offiziellen Wahlergebnisse können die Niederländer zwar erst am Sonntag bekanntgeben, wenn auch der Rest der EU gewählt hat. Doch die Nachwahlbefragung des Instituts Ipsos sieht Wilders' PVV bei nur noch 12,2 Prozent der Stimmen und drei der 26 niederländischen Sitze im EU-Parlament. 2009 war sie mit 17 Prozent und fünf Sitzen noch zweitgrößte Kraft. Nun könnte die PVV auf den vierten Platz zurückgefallen sein und 25 Prozent an Stimmen verloren haben.

Genauso viele Stimmen hat laut Ipsos zwar auch der christdemokratische Appell CDA verloren. Doch er liegt dennoch ganz vorn und liefert sich mit der linksliberalen D66-Partei, die sich deutlich zu Europa bekannt hat, ein Kopf-an-



Gestand seine Niederlage nach der Wahl ein: Geert Wilders.

Foto: AP / Yves Loghe

Kopf-Rennen. Schon jetzt gelten die Linksliberalen als großer Sieger dieser Wahlen, laut Ipsos erzielten sie 15,6 statt 11,3 Prozent, damit vier statt bisher drei Sitze.

„Die Niederländer haben sich überzeugend für Europa ausgesprochen!“, rief D66-Fraktionsvorsitzer Alexander Pechtold siegestrunken. „Die antieuropäische Botschaft hat verloren!“, frohlockte auch seine EU-Spitzenkandidatin Sophie in 't Veld. Das allerdings dürfte bei einer Wahlbeteiligung, die wie 2009 bei rund 37 Prozent liegt, bezweifelt werden. „Die Niederlande sind nicht euphorischer geworden!“, sagte dann Wilders. „Zwei von drei Wählern sind zu Hause geblieben!“

Andere, ebenfalls europakritische Parteien, haben im Gegensatz zur PVV zugelegt – allen voran die Sozialisten, die noch vor den Sozialdemokraten auf Platz fünf landen könnten. Unterm Strich scheint das Verhältnis anti-/proeuropäisch gleich geblieben zu sein. Auch die europakritische „Partei für die Tiere“ (PvdD) wird mit einem Sitz erstmals ins Europaparlament einziehen.

Zwei Drittel aller PVV-Wähler blieben laut Ipsos zu Hause. Auch dürfte Wilders den Bogen überspannt haben: dass er mit umstrittenen Parteien wie der FPÖ oder dem französischen Front National (FN) in See stechen will, hat ihm auch in den eigenen Reihen viel Kritik eingebracht.

England: Erfolg für Ukip bei Kommunalwahl

Schwere Verluste für Regierungsparteien – EU-Wahl wird am Sonntag ausgezählt

Sebastian Berger aus London

Bei den Kommunalwahlen in England hat sich die europafeindliche United Kingdom Independence Party (Ukip) mit einem Stimmenanteil von rund 17 Prozent als drittstärkste Partei etabliert. „Uns muss man jetzt ernstnehmen“, tönte deren Chef Nigel Farage in der BBC. Die Labour-Opposition (etwa 31 Prozent) konnte zwar Mandate hinzugewinnen, blieb aber unter den Erwartungen. Die Konservativen von Premier David Cameron (29) sowie dessen liberale Koalitionspartner (13) mussten am Donnerstag schwere Einbußen hinnehmen.

Die Stimmen für landesweiten EU-Wahl werden erst am Sonntag ausgezählt; Demoskopen halten einen Ukip-Sieg vor Labour für möglich. Man habe es mit „einer starken Politikverdrossenheit“ zu tun, glaubt der liberale Vizepremier Nick Clegg.

Bedingte Aussagekraft

In 161 Städten und Gemeinden Englands standen 4216 Mandate zur Disposition. Die Abstimmung war der letzte landesweite Test vor der Parlamentswahl im kommenden Jahr. Allerdings sind Vergleiche nur bedingt hilfreich. Sowohl die Kommunalverwaltungen als auch das EU-Parlament spielen im politischen Denken vieler Briten nur sehr begrenzte Rollen.

Die Ukip schnitt in südlichen, konservativ geprägten Regionen ebenso gut ab wie in Labour-Hochburgen Nordenglands. Hingegen blieb sie in London einstellig.

In der Grafschaft Essex nordöstlich der Hauptstadt ist aus dem

Duell zwischen Tories und Labour ein Dreikampf geworden. In Rotherham (Yorkshire) stellt Ukip die offizielle Opposition im Stadtrat.

Allerdings sorgte das Mehrheitswahlrecht dafür, dass Ukip deutlich weniger Mandate erreichte, als der Stimmenanteil nahelegt. Man werde die Ergebnisse sorgfältig analysieren und sich für die Unterhauswahl auf wenige Wahlkreise konzentrieren, teilte Farage mit: „Um diese kämpfen wir dann mit aller Energie.“

Zwar besteht das Ukip-Führungspersonal – einschließlich Parteichef Farage – ganz überwiegend aus enttäuschten Ex-Konservativen; die EU-Feinde konnten aber Wähler von allen etablierten Parteien abschöpfen und zudem Menschen, überwiegend weiße Männer, für sich gewinnen, die seit längerem nicht mehr zur Wahl gegangen waren.

Einer Analyse des Glasgower Politologen John Curtice für die BBC zufolge verloren in 37 repräsentativen Wahlbezirken 18 Konservative, elf Labour-Leute und acht Liberaldemokraten ihre Mandate an Ukip-Kandidaten. Seine

Partei werde das Jahr bis zur Unterhauswahl dazu nutzen, „Ukip-Wähler von unserer Sache zu überzeugen“, kündigte Labour-Chef Ed Miliband an. Parteiinterner Kritik zufolge hatte die Opposition einen lustlosen Wahlkampf abgeliefert und dabei das Thema Europa weitgehend vermieden.

Auch Cameron „frustriert“

Premier Cameron räumte Probleme der Koalition ein: „Die Leute sind frustriert über Themen wie Sozialreform und Einwanderung, und ich bin auch frustriert.“ Tatsächlich wollen Umfragen zufolge rund drei Viertel der Briten die Migration reduzieren, scheuen aber vor der Einschränkung der Personenfreizügigkeit zurück.

EU-Feinde in Camerons Reihen sprachen sich für Absprachen mit der Ukip aus, was Generalsekretär Grant Shapps umgehend zurückwies: „Solche Deals wird es nicht geben.“ Bei einer Nachwahl zum Unterhaus in Newark (Grafschaft Lincoln) verteidigen die Tories im Juni den Sitz gegen einen früheren Parteifreund, den Ukip-Europaparlamentarier Roger Helmer.



Ukip-Chef Nigel Farage übte am Donnerstag ein Siegerlächeln.

Foto: AP / Lefteris Pitarakis

Letzte Worte vor dem Abflug nach Brüssel



Zwei Brüsseler Routiniers, drei EU-Debütanten, zwei ausgetauschte Spitzenkandidaten: Nicht zuletzt wegen dieser Mischung geriet der Wahlkampf über weite Strecken zu einer typisch österreichischen Angelegenheit. Am Sonntag liefern einander Rot und Schwarz ein knappes Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz eins sowie Grün und Pink eines um Platz vier. Dazu wird sich zeigen, ob Blau die vielen EU-Skeptiker an die Urnen bringt – oder ob eine der Kleinparteien profitieren kann.



Quereinsteiger **Eugen Freund**, noch nicht SPÖ-Mitglied, war im Wahlkampf nicht immer ganz trittsicher, fand aber in seine Rolle als Spitzenkandidat. Die SPÖ setzte auf einfache Botschaften: „Sozial statt egal“. Am Freitagabend wurde abschließend geprotzt, die SPÖ lud die Funktionäre zum Finish in die Stadthalle und zu einem „Kurswechsel“ in der EU.

Foto: APA/Hochmuth



Der FPÖ-Wahlkampf begann pannenreich – mit dem Abgang von Spitzenkandidat Andreas Mölzer. Eingesprungen ist **Harald Vilimsky**, tatsächlich führte Parteichef **Heinz-Christian Strache** den Wahlkampf. Alles über 15 Prozent sei ein Erfolg, erklärte er am Freitag, alles über 20 Prozent ein „Erdbeben“ – was durchaus wahrscheinlich ist. Foto: APAPfarrhofer

„You're simply the best!“, rockte Tina Turner aus Lautsprechern **Othmar Karas'** Schluss-Act: Vor dem Haus der Union gab sich der Frontmann der ÖVP siegesgewiss, dass er am Sonntag Erster wird, denn: „Der Ziel ist das Weg!“ Dort will er als Erstes den „Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit“ angehen – und das „better than all the rest“ natürlich.

Foto: APA/Hochmuth



FERNER SPRACHEN

Nicht alle Kleinparteien strudelten sich im Finish ab: **Ewald Stadler**, Frontmann seiner Reformkonservativen, kurz Rekos genannt, erklärte sich schon am Freitag zur „Überraschung des Wahlabends“. Wie in den Wochen zuvor, setzte Stadler auf strengen Katholizismus und Homophobie, indem er den „skandalösen Anbetungsverein um Conchita Wurst“ geißelte.

BZÖ-Chef **Gerald Grosz** attackierte drei Tage vor der ersten Hochrechnung die Umfrageinstitute, die seiner Partei kaum Chancen auf einen Sitz im EU-Parlament einräumen: „Ich prophezeie den Bachmayers und Beutelmeyers sowie den Restbeständen der Karmasins die größte Niederlage.“

Ziemlich leise ging den Endspurt „EU-Stop“ an: Seit einer Woche verzichtet die Liste von **Robert Marschall**, die immerhin für Österreichs Austritt aus der Union mobilisiert, weitgehend auf Presse Termine und Aussendungen.

Anders **Martin Ehrenhauser** von „Europa anders“, dem Bündnis aus KPÖ, Piraten und dem „Wandel“. Er buhlte auf blauem Pflaster, am Wiener Viktor-Adler-Markt, um Stimmen – und das mit einem Unterstützungsauftrag von **Gregor Gysi**, Fraktionschef der Linken im Deutschen Bundestag, für seine Partei in der Tasche. Dafür wählte sich Ehrenhauser selbstbewusst als „Teil einer breiten europäischen Bewegung“. (red)



Nicht alle Grünen waren mit ihrer Spitzenkandidatin **Ulrike Lunacek** hochzufrieden, manche vermissten an ihr Dynamik und Witz. Diesen versuchte die Parteiführung auf den Plakaten umzusetzen, Schweindler, Gurken und Ernst Strasser mussten herhalten, auch darüber maulten die Funktionäre. Vor allem in der Anfangszeit des Wahlkampfes setzten die Neos den Grünen zu, Umfragen sahen zwischendurch sogar die Neos in Führung, worauf die Grünen nicht wirklich eine Antwort fanden. Lunacek punktete schließlich mit Ruhe und Kompetenz, die Neos scheinen auf Distanz gehalten zu sein. Foto: APA/Hochmuth



In der Mariahü an der Ecke zur Kirchengasse kämpften die Neos bis zuletzt um Stimmen. Denn nachdem die Demoskopien im Wahlkampf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Grünen konstatiert hatten, passierten Frontfrau **Angelika Mlinar** im Endspurt ein paar Patzer – nicht nur inhaltlich (Wasser privatisieren), auch rhetorisch („Scheiße!“).

Foto: APA/Hochmuth

Pfarrer, Revolutionsheld und EU-Abgeordneter



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Dubrovnik
Kroatien



Abfahrt: Monte Carlo
Strecke: 1323 km



Zeit: 13 h 40 min



Next Stop:
Unterpremstätten / Seite 14

„In den Köpfen gibt es den Eisernen Vorhang noch“

Bei der EU-Erweiterung hätten die Länder Osteuropas formal die Beitrittsbedingungen erfüllt. Aber man habe die soziale und mentale Integration vernachlässigt, sagt der rumänische Freiheitskämpfer **László Tökés** im Gespräch mit **Thomas Mayer**.

Thomas Mayer aus Brüssel

László Tökés ist für viele Menschen in seiner Heimat Rumänien ein Held. Im westlichen Teil der Union hingegen ist der Name dieses Pfarrers fast in Vergessenheit geraten. Seine Predigten für Freiheit und Menschenwürde und gegen das autoritäre Regime von Nicolae Ceausescu haben im Herbst 1989 den Aufstand von Temesvar und in der Folge den Sturz des Diktators ausgelöst. „Mein Leben und meine politische Geschichte spiegelt, so gesehen, ein bisschen die Veränderungen in Europa“, sagte Tökés im

STANDARD-Gespräch, zu dem er in sein Büro im Europäischen Parlament in Straßburg gebeten hat, doppeldeutig. Aber auch die Zerrissenheit im Wandlungsprozess. Vor der EU-Erweiterung nach Osten habe es auf beiden Seiten eine gewisse Begeisterung gegeben. Inzwischen sei das Interesse stark abgeflaut, sagt er. Tökés gehört der reformierten Kirche an – und ist EU-Abgeordneter. Er trat gleich nach dem Beitritt seines Landes zur Union 2007 als Unabhängiger bei der Wahl an, bekam ein Mandat, schloss sich erst der grünen Fraktion im Europaparlament an, wechselte dann

zur Europäischen Volkspartei. Er habe inzwischen eine ernüchternde Erfahrung gemacht, erklärt er, kann beredt darüber Auskunft geben, was sich in der EU fast 25 Jahre nach den Umbrüchen in Osteuropa und ein Jahrzehnt nach den EU-Beitritten der Länder dieser Region eben nicht verändert habe: mental, sozial, aber auch in den Strukturen existiere die Teilung Europas nach wie vor. Tökés: „In den Köpfen gibt es noch den Eisernen Vorhang“, man könne „von einer virtuellen Berliner Mauer sprechen“, die die Völker nach wie vor voneinander



László Tökés hat seit 2007 ein Mandat im EU-Parlament, war bei den Grünen und ist nun bei der EVP. Foto: Mayer

trenne. Er klingt sehr traurig, wehmütig, wenn er schildert, wie sich die Lage seines Landes seit dem EU-Beitritt 2007 entwickelt hat bzw. wie sich die Partner in den „alten“ EU-Staaten gegenüber den Osteuropäern verhalten. „Es gibt eine gewisse Ignoranz für die Probleme.“ Die westlichen Staaten sollten viel mehr und genauer hinschauen auf die ehemaligen kommunistischen Länder, die den Übergang zu den geforderten Standards nicht so schaffen könnten, wie man sich das bei den EU-Vertragsverhandlungen vorgestellt habe. „In gewisser Weise wurden die Beitrittsländer in die Irre geführt, als man ihnen sagte, sie hätten alle Kriterien für den Beitritt zur Union erfüllt“, glaubt Tökés. Formal möge das richtig gewesen sein. Die Wahrheit sei aber, dass



dies in der geforderten Geschwindigkeit gar nicht möglich gewesen sei. Erziehung und Mentalitäten, die das kommunistische Regime den Menschen jahrzehntlang aufgezwungen habe, seien nicht so leicht zu überwinden. Aber davon habe man sich im Westen nie wirklich ein Bild machen wollen. Die aktuelle Wirtschaftskrise tue ein Übriges. Die EU-Staaten seien seit 2008 ganz auf sich selbst und ihre eigenen Probleme konzentriert. Woran es insgesamt mangle, sei ein tieferer geistiger Zugang zu den Menschen. Es reiche eben nicht aus, wenn man sich nur ökonomisch und formal um die EU-Integration kümmere, sagt Tökés – ganz Seelsorger. Auch das sei ein Unterschied: Im Osten sei die Kirche lange Zeit Hüterin der Menschenrechte gewesen.

Ungleiches Duell um die Zukunft Ägyptens

Der frühere Armeechef Abdelfattah al-Sisi kann bei der Präsidentenwahl auf einen klaren Sieg hoffen

Astrid Frefel aus Kairo

„Auf Wiedersehen im Präsidentenpalast“, verabschiedet der Wahlkampfleiter von Hamdin Sabbahi mehrere Dutzend ausländische Diplomaten in einem Kairoer Luxushotel. Sabbahi strahlt unverdrossen Optimismus aus. Die ägyptische Präsidentenwahl am kommenden Montag und Dienstag, bei der Sabbahi gegen den großen Favoriten Abdelfattah al-Sisi antreten wird, sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Land. Wahlfälschungen befürchte er nicht, sagt Sabbahi. Erst wenn die Forderungen der Revolution nach Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit erfüllt seien und mit dem korrupten Mubarak-System tatsächlich gebrochen sei, werde Ägypten demokratisch und stabil. Im Laufe seiner Kampagne hatte

Sabbahi mehrfach unterstrichen, dass er bei einem Sieg Sisis in der Opposition bleiben und keinen Regierungsposten annehmen werde. Der 60-Jährige vom linken Volkstrend trat so Spekulationen entgegen, seine Kandidatur solle lediglich den Eindruck einer echten Wahl erwecken. Sabbahi gilt als ein Kandidat zum Angreifen, „Einer von uns“, wie sein Motto lautet. Ganz im Gegensatz zu Sisi, der nur in geschlossenen Räumen auftrat, Interviews gab oder über Videolinks präsent war. Zwei Anschläge auf ihn seien bereits vereitelt worden, begründete er diese Sicherheitsvorkehrungen. Auch ein Fernsehduell mit seinem Herausforderer hatte er abgelehnt. „Er ist unser Held“, sagt trotzdem ein Beamter aus dem Finanzministerium. Er habe die Muslimbrüder vertrieben. Er werde für

Ruhe und Ordnung sorgen und auch Schläger und Gesetzesbrecher von der Straßen vertreiben. Der frühere Armeechef gilt als eine Respektsperson, an der man keine Kritik üben darf. „Staatskandidat“ Sisi Von Wahlkampf, echtem Wettbewerb mit Überzeugungsarbeit ist auch wenige Tage vor dem Urnengang nicht viel zu spüren. Die Meinungen sind längst gemacht. Auf dem höchsten Haus am Tahrir-Platz thront ein gigantisches Plakat mit Sisis Konterfei wie ein Symbol für den übermächtigen Kandidaten. Er hat fast die Alleinherrschaft auf den Werbeflächen. Dabei kann er auf potente Helfer zählen, die in seinem Namen eine millionenschwere Kampagne führen. Sabbahis Mittel sind dagegen bescheiden. Er hat einen Aufruf namens „5x5“ gestar-

tet. Anhänger sollen 5 Pfund spenden (50 Cent) und vier Freunde auffordern, dies auch zu tun. Während es bei der Wahl 2011 viele Kandidaten gab, gemahnt diese Abstimmung an ein Referendum, wie es unter Mubarak üblich war. Hinter „Staatskandidat“ Sisi stehen die Armee, der Staatsapparat, Medien, die Geschäftswelt und Parteien aller Schattierungen – auch die extrem-konservative, salafistische Nour-Partei. Bei den Auslands-Ägyptern hat Sisi diese Woche 94 Prozent der Stimmen erzielt. Ein klares Zeichen, in welcher Höhe sich sein Sieg bewegen dürfte. Deshalb liegt das Augenmerk der Sisi-Kampagne auf der Beteiligung. Eine hohe Abstinenten würde von den Muslimbrüdern, die zum Boykott aufgerufen haben, als Erfolg gewertet. **Porträt Abdelfattah al-Sisi auf derStandard.at/HarrersAnalysen**

KURZ GEMELDET

Thailands Armee setzte Ex-Regierungschefin fest
Bangkok – Thailands Expremierministerin Yingluck Shinawatra und weitere Politiker sind Freitag festgesetzt worden. Zuvor hatte sich General Prayuth Chan-ocha zum Machthaber ernannt. (dpa)

Deutscher Bundestag beschloss „Rente mit 63“
Berlin – Mit klarer Mehrheit hat der Berliner Bundestag Freitag für das Regierungs-Rentenpaket votiert. Langjährig Beschäftigte können nun mit 63 abschlagsfrei in Pension gehen. (dpa) **Kommentar S. 48**

China: Exkonzernchef von Gericht zum Tod verurteilt
Peking – Der chinesische Exkonzernchef Liu Han wurde Freitag wegen einer Serie von Verbrechen zum Tod verurteilt. Er gilt als Vertrauter des früheren Spitzenpolitikers Zhou Yongkang. (Reuters) **Längere Geschichte: dSt.at/China**

Europäische Spuren finden sich in aller Welt



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Seniorenresidenz
Unterpremstätten
Österreich



Abfahrt: Dubrovnik
Strecke: 755 km



Zeit: 7 h 34 min



Next Stop: Durrës / Seite 18

„Europa ist eine Angelegenheit der Menschen“

Der aus Würzburg stammende Historiker **Wolfgang Schmale** unternimmt ausgedehnte kulturhistorische Wanderungen, die er in seinen Publikationen dokumentiert. **Conrad Seidl** sprach mit ihm darüber, was die europäische Identität ausmacht.

STANDARD: Für Ihr Buch „Mein Europa“ haben Sie Europäisches an Plätzen beschrieben, die man normalerweise nicht mit Europa verbindet. Sind Sie schon irgendwo hingekommen, wo Sie nichts Europäisches entdeckt haben?

Schmale: Das ist tatsächlich schwer. Ich war allerdings im Vorjahr im Himalaya bergsteigen – in Ladakh habe ich so gut wie nichts Europäisches vorgefunden. Bis auf eine Herrnhuter-Gemeinde in Leh, die aber visuell sehr wenig in Erscheinung tritt.

STANDARD: Was macht das Europäische aus, das man als aufmerksamer Reisender außerhalb Europas entdecken kann?

Schmale: Manchmal sind es nur

kleine Spuren – etwa in Zentralasien. In anderen Ländern, die von Europäern kolonisiert worden sind, ist es deutlich mehr – in Südamerika der Baustil.

STANDARD: Das ist eine von Europa ausgehende Wirkung. Sie finden aber auch Wurzeln des Europäischen etwa in Asien, wo ja der Mythologie nach Europa herkommt.

Schmale: Was wir gängig als „Zivilisation“ bezeichnen, kommt ja aus dem Osten. Man muss sich aber auch über die Kelten Gedanken machen, die einen Großteil Europas besiedelt haben. Das ist zwar keine Schriftkultur, aber sie haben den Raum über viele Jahrhunderte bestimmt und durch den Austausch mit den Römern ganz

sicher zu unserer Kultur beigetragen. Das ist halt nicht so gut dokumentiert wie die Wurzeln im Nahen Osten.

STANDARD: Bleiben wir bei den Kelten: Was wirkt denn von den Kelten bis heute nach?

Schmale: Durch die antike römische Zivilisation ist verdeckt, dass die Kelten sehr gute Techniken gehabt haben – auch was die Waffen- und Kriegstechnik betrifft, die die Römer nachgemacht haben. Auch die Namensgebung, die einem Ort Identität gibt, ist oft keltisch.

STANDARD: Wobei es Leute gibt, die ihre keltischen Wurzeln dadurch dokumentieren, dass sie Guinness trinken.

Schmale: (lacht) Ja genau, das kann man ja kultivieren. Es gibt eben Regionen wie Irland, die nicht so stark von anderen Zivilisationen überlagert waren.

STANDARD: Was ist das gemeinsame Europäische?

Schmale: Das ist die schwierigste Frage. Gleichwohl kann man von einer gemeinsamen Geschichte sprechen, die eine Geschichte der Christianisierung ist. Was natürlich nicht heißt, dass alle Europäer heute Christen sein müssen. Aber durch die Christianisierung sind gewisse Strukturen entstanden – die Verbindung von Herrschaft und Religion gehört ebenso dazu wie die Denkfigur der Einheit, die aus der Kirche, vor allem der katholischen Kirche, kommt. Durch die jüngere Geschichte sind es gemeinsame Werte, etwa Demokratie. Die wurde über zwei, drei Jahrhunderte erkämpft, sie hat sich erst nach 1989 in unserem heutigen Europa durchgesetzt.

STANDARD: Typisch europäisch ist nicht nur die Verbindung, sondern wohl auch die Trennung von Herrschaft und Religion – die jahrhundertelange Spannung zwischen Kaiser und Papst.

Schmale: Dass eine durch und durch strukturierte weltliche Macht auf eine durch und durch

strukturierte religiöse Macht trifft, hat sich anderswo nicht so entwickelt. Papst und Kaiser sind Monarchen, und sie kämpfen immer auch um das Materielle.

STANDARD: Europa hat sich stets gegen Invasionen wehren müssen – hat es daraus besondere Fähigkeiten entwickelt?

Schmale: Europa ist eine bunte Mischung, das kann man nicht oft genug sagen. Die römische Kultur hat die besondere Fähigkeit entwickelt, andere Kulturen aufzunehmen und zu transformieren – und wir haben ein bisschen etwas von dieser Fähigkeit geerbt. Das funktioniert im Grunde immer noch, auch wenn es starke Widerstände beispielsweise gegen den Islam gibt. Aber wenn wir heute in ganz Europa islamische Gemeinden haben, von denen die meisten integriert sind, dann wäre das ein Zeichen, dass das historische „Andere“, das der Islam lange gewesen ist, in Europa angeeignet werden kann.

STANDARD: Wenn man mit Türken spricht, dann verweisen viele von ihnen darauf, dass das Osmanische Reich ein Faktor europäischer Geschichte war. In Ihrem Buch geben Sie Jerusalem viel Platz, Istanbul/Konstantinopel aber nicht.

Schmale: Die Christianisierung, der Faden, an dem ich mich entlangarbeite, ist in der Türkei mit der Phase des Osmanischen Reichs passé. Kappadokien als christliche Region spielt kaum eine Rolle. Das ändert nichts daran, dass das Osmanische Reich und auch die Türkei immer stark an Europa orientiert waren – als Partner und Gegner in einem historischen Spiel, aber nicht als europäisches Land. Gleichwohl glaube ich, dass die Türkei sehr viel mehr zu Europa gehört als zu irgendeiner anderen Gegend.

STANDARD: Zur EU gehört sie nicht, aber Europa ist mehr als die EU?

Schmale: Das zeigen allein die Zahlen: Die EU hat 28 Mitglieder, der

Europarat, dem unter anderem auch Russland angehört, hat 47. Und: Europa ist auch eine Angelegenheit der Menschen, nicht nur der Institutionen. Europa ist mehr als die sechs Gründungsländer, die sich mit Europa gleichgesetzt haben, weil sie sich auf das karolingische Reich bezogen haben. Diese Gleichsetzung ist falsch. Das Europa Karls des Großen ist ein ziemlich kleines – da war der Norden noch legendenhaft besetzt, man wusste wenig, denn reisende Ritter und Kleriker haben das Wissen erst im 13. Jahrhundert gebracht und verbreitet.

STANDARD: Sie betreiben auch Männlichkeitsforschung: Gibt es einen europäischen Mann?

Schmale: „Den“ europäischen Mann gibt es nicht – nicht mehr. Conchita Wurst zeigt, dass es bis Aserbaidschan ein facettenreiches Männlichkeitsbild gibt.

WOLFGANG SCHMALE (58) lehrt seit 1999 Geschichte an der Uni Wien.



Wolfgang Schmale erwarb seine Europa. Foto: Andy Urban

Ganlutscha, oder wie haast des Madl?

Italienische Mutter, österreichischer Vater, fallweise Fußballbegeisterung und permanente Skileidenschaft. Heraus kommt: Europa. Tatsächlich definierte ich mich in meiner Kindheit und Jugend oft so. Franz Klammer war mein Skiheld, ebenso wie Italien die Fußballmannschaft meines Herzens war. Ist. Bleibt.

Ich gebe zu: Es spielten nicht nur beim Sport opportunistische Gründe eine Rolle: Hätte ich etwa am 18. Juni 1978 bei Italien gegen Österreich (1:0) nicht zu den Azzurri gehalten, hätten mich die furiosen Zornesblitze meiner Mutter mehr getroffen als der still-strafende Blick meines Vaters. Napoli gegen Eferding ging auch aus diesem Grund in

Sachen Fußball stets 1:0 aus. Aber nicht nur dort. Eh klar.

Wenn mich jemand fragte: „Bist du Österreicher oder Italiener?“, wusste ich mich elegant aus der Affäre zu ziehen: „Ich bin beides: Europäer!“

Und dann war da noch die Sache mit meinem Vornamen: „Ganlutscha, oder wie haast des Madl?“, fragte damals, 1974, der Volksschuldirektor bei meiner Einschreibung.

Erst in den letzten Jahren spüre ich leichte Verbesserung. Plötzlich begegne ich Leuten, die nicht nur wissen, dass ich ein Bub bin. Nein: Sie können sogar Johannes-Lukas auf Italienisch korrekt aussprechen. Gelobt sei Europa, aber wirklich.

Gianluca Wallisch



Wie Österreichs Politik lernte, EU-Politik zu machen

„Wenn man das begriffen hat, geht's dann eh“

Die ersten Erfahrungen österreichischer Politiker mit der EU entsprachen einem Sprung in ein Wasser, von dem man weder Temperatur noch Strömung kannte, erinnert sich einer, der es unmittelbar erlebte.

Conrad Seidl

Caspar Einem war immer ein politischer Kopf. Lange bevor er Ende November 1994 als Staatssekretär in die Regierung Vranitzky berufen wurde, kannte man den engagierten Arbeiterkammerer und erfolgreichen ÖMV-Manager als linken Vordenker. Nur mit einem hatte er sich kaum beschäftigt: Die EG (der Vorläufer der EU) war kaum ein Thema, „das war eine Frage, die an mir vorbeigegangen ist“.

Und das galt nicht nur für Einem: Die österreichische Politik hatte sich nach dem Abgang des außenpolitisch sehr aktiven Kanzlers Bruno Kreisky 1983 vor allem mit innenpolitischen Fragen beschäftigt. Als die ÖVP 1987 als Juniorpartner in die Regierung von Franz Vranitzky kam, ging es in der damals neu aufgelegten großen Koalition um Privatisierung und Budgetsanierung, um die Probleme nach der Wahl des von der internationalen Diplomatie geschnittenen und vom linken Teil der Bevölkerung verachteten Bundespräsidenten Kurt Waldheim.

Es war Außenminister Alois Mock, der in der eigenen Partei umstritten war, der 1988 dem Drängen des Wirtschaftsflügels und der Jungen ÖVP (damals geführt von Oth-



Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock bei der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrages am 24. Juni 1994. Korfu, Griechenland.

Foto: EPA/Anja Niedringhaus



mar Karas) nachgab und den Vollbeitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft auf die Agenda der Regierung setzte. Die SPÖ war skeptisch, weil sie um Neutralität und geschützte Bereiche der Wirtschaft fürchtete – sie stimmte nach einem Jahr heftiger Diskussionen aber zu, dass Mock am 17. Juli 1989 den „Brief nach Brüssel“ mit dem Beitritts-gesuch abgeben konn-

te. Es waren dann noch eine Reihe von gesetzlichen Anpassungen in Österreich und eine Volksabstimmung notwendig, ehe Österreich beitreten konnte.

Gerade einen Monat vor dem Beitritt kam Einem als Staatssekretär für den öffentlichen Dienst in die Regierung – und eine seiner ersten Amtshandlungen war die Reise zu einem Treffen mit seinen Amtskollegen. Absurd sei das gewesen, erinnert sich Einem im Gespräch mit dem STANDARD: „Frankreich hat zu einem Personalministertreffen eingeladen. Das war ein informeller Ministerrat, der hat auch gar nicht zeigen können, wofür das gut ist. Ich war dort mit dem zuständigen Sektionschef aus dem Bundeskanzleramt, und wir waren beide staunende Teilnehmer eines Vorgangs, der sich uns in seiner Bedeutung nicht erschlossen hat: Öffentlicher Dienst ist in jedem Land anders, es ist keine Zuständigkeit der EU, es war, wenn Sie so wollen, ein Betriebsausflug. Das ist auch meines Wissens nie wiederholt worden.“

Nach dieser Erfahrung habe er dann auch als Innenminister lange gebraucht, um zu verstehen, dass Innenministerräte sehr wohl wichtig sind – und mit dem Schengen-Vertrag noch wichtiger wurden.

Jene Regierungsmitglieder, die an den Beitrittsverhandlungen beteiligt waren, hätten immerhin das System der Union gekannt, die anderen nicht. Einer der Gründe, warum die rot-schwarze Regierung in den 1990er-Jahren eine eher schwache Performance gerade in EU-Fragen hatte, ist wohl gewesen, dass es in der Bevölkerung ebenso wenig wie unter den Regierungsmitgliedern ein vertieftes Verständnis von der EU und ihrer Bedeutung gegeben hat.

Einem: „Was wir nicht verstanden haben, war, dass wir österreichische Interessen gesamthaft als österreichische Interessen vertreten müssen.“ Andere Länder verstünden viel besser, dass man nicht Verkehrsinteressen eines Landes mit Verkehrsinteressen eines oder mehrerer anderer Länder abtauschen kann, sondern dass man die Interessen von Verkehr und Landwirtschaft oder anderer Politikbereiche gemeinsam betrachten muss, um für das eigene Land das Beste herauszuholen.

Als ersten Befund würde man das auf die Gegebenheiten der Koalitionsregierung zurückführen: Da reden vielleicht die Minister unterschiedlicher Couleur weniger miteinander. Aber ein Blick auf die Verhandlungsstrategien anderer Länder, die ebenfalls Koalitionsregierungen haben, zeigt: Dort funktioniert die Koordination besser. Und wenn es einen Regierungswechsel gibt, dann vertritt eine neue Regierung im Wesentlichen dieselben europapolitischen Ziele wie ihr Vorgänger.

Bei Österreich sei dagegen von Anfang an und bis heute schwer festzustellen, was eigentlich die Interessen Österreichs sind, meint Einem: „Ja, gegen Atomkraft sind wir alle. Nur ist das ein bisschen wenig, wenn man gemeinsam gegen etwas ist. Die Frage ist, ob man gemeinsam für etwas ist.“

Dabei hätte Österreich eine Chance, eine nationale Eigenheit auszuspielen: Vieles wird in der EU informell vorbesprochen, Einfühlungsvermögen und Charme zählen oft mehr als Sachargumente, weiß Einem: „Da reicht es schon, wenn man mit anderen in freundlichem Gesprächskontakt in den Pausen steht. Wenn man das begriffen hat, geht's dann eh.“



Caspar Einem: absurder EU-Ministerrat.

Foto: Cremer

Österreichischer Preis für Betriebliche Gesundheitsförderung 2014

Das Österreichische Netzwerk BGF und das Gesundheitsministerium gratulieren den Preisträgern.



BGF-Preis 2014 in der Kategorie „Betriebe über 100 Mitarbeiter/innen“



ÖBB Technische Services GmbH
1110 Wien (3480 Mitarbeiter/innen an 21 bundesweiten Standorten)

Gesundheitsmanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie und insbesondere in der Personalentwicklung verankert. Eine perfekte Projektstruktur und ein ausgefeiltes Multiplikatorennetzwerk garantieren eine optimale Bedarfserhebung, Mitarbeiterorientierung und Kommunikationsbewältigung.

BGF-Preis 2014 in der Kategorie „Betriebe unter 100 Mitarbeiter/innen“



Ordination Dr. Elisabeth Santigli
8200 Gleisdorf (14 Mitarbeiter/innen)

Hier bündeln sich Wissen und Erfahrung in mutigen Wegen für eine gelebte BGF. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ wird Neues kreiert, konzipiert, ausprobiert und weiterentwickelt. Ein strukturiertes Jahresarbeitsprogramm und ein Arbeitseinsatzplan sowie ein Gesundheitsstundenplan runden das Angebot perfekt ab.

Den Sonderpreis der Wirtschaft



Firma Helmut Pöchtrager e.U.
4120 Neufelden (12 Mitarbeiter/innen)

Das Autohaus setzt im Rahmen des Projekts auf eine strukturierte und kontinuierliche Einbindung aller Mitarbeiter/innen mit dem besonderen Fokus auf Lehrlinge. Die Entwicklung des Leitsatzes „Motiviert und gesund sorgen wir für Mobilität“ sowie viele Projektmaßnahmen stiften ein ausgezeichnetes Betriebsklima.

Den Sonderpreis der Bundesarbeitskammer



Lehrwerkstätte der Siemens AG Graz-Eggenberg
8020 Graz (63 Mitarbeiter/innen)

Die Lehrwerkstätte der Siemens AG Graz-Eggenberg setzt auf die Gesundheit der jüngsten Mitarbeiter/innen im Betrieb. Bei der Entwicklung von Maßnahmen wurde nicht nur auf Lehrlinge gehört, sie wurden auch aktiv einbezogen. Das Ergebnis ist österreichweit vorbildlich.

Global gesehen auf der Butterseite

Mein Europa? Eine Einheitswährung und keine Zollkontrollen, das mögen Fortschritte sein. Aber was für die Wirtschaft gut ist, ist nicht unbedingt für alle gut, wie sich gezeigt hat, und mir ist es nicht entscheidend wichtig. Ich würde ja nicht die Schweiz vermeiden, nur weil ich dort einen Pass brauche und mit Franken zahlen muss.

Was dann? Dass mir Österreich offener, freier, weniger verbiestert vorkommt als früher, das mag mit der EU zu tun haben, wohl auch mit Kreisky und Erasmus, mit mehr Reisen und Zuwanderung. Schon rein geografisch scheint mir im Gegenzug Europa heute zugänglicher und „näher“, und nicht nur wegen der Billigfluglinien. An die Stelle meines Hurra-Patriotis-

mus aus der Volksschulzeit ist zwar keine EUphorie getreten, aber sehr wohl das Gefühl, dass ich als Mittelschichtsbürger im Nachkriegseuropa, global gesehen, auf die Butterseite gefallen bin. Fast 70 Jahre lang kein Krieg unter den bis dahin tödlich verfeindeten Ländern, das war schon eine Leistung. Garantie für die nächsten sieben Jahrzehnte ist es natürlich keine, im Gegenteil. (Ex-)Jugoslawien war ein Sturmzeichen, die Abschottung der „Festung“ am Mittelmeer ist eine Schande, der Ostrand zurzeit ein Brandherd.

Trotzdem, und es mag ein schwacher Trost sein, aber wenn jemand Europa ganz furchtbar findet, frage ich: „Verglichen womit?“

Michael Freund

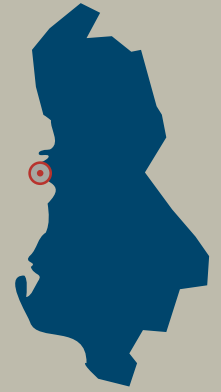


Bezahlte Anzeige

Ein Grenzleben zwischen Eisernem Vorhang und Europa



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Strand von Durrës
Albanien



Abfahrt: Unterpremstätten
Strecke: 1032 km



Zeit: 12 h 16 min



Next Stop: Šiauliai / Seite 20

Noch immer das Ende der Welt

Vor 25 Jahren fiel auch in Kleinhaugsdorf der Eiserner Vorhang, und seit zehn Jahren gibt es dort schon keine Zollkontrollen mehr. Trotz eines vereinten Europas ist der Ort an der tschechisch-österreichischen Grenze Niemandsland geblieben.

Mia Eidlhuber

Die da drüben“, sagt Herbert Schöberl, sitzt in seiner aufgeräumten Küche und zeigt mit dem rechten Arm abschätzig hinter sich zum Fenster in Richtung Norden, „die sehen mich nicht!“ Mit „die“ meint der pensionierte Kleinbauer das heutige Tschechien, wohin der Verkehr vor seiner Küche beständig rollt. In seiner Kindheit war die Grenze am Ende des Dorfes, in dem der heute 75-Jährige aufgewachsen ist und immer gelebt hat, tabu: „Das prägt!“ Er selbst ist hier noch zur Schule gegangen, als es noch eine gab, die ganz früher, vor dem Zweiten Weltkrieg, auch tschechische Kinder aus dem benachbar-

ten Chvalovice-Hatě besucht haben – zu Zeiten des Eisernen Vorhangs nicht mehr. Schöberls Kinder sind schon sieben Kilometer weiter südlich nach Haugsdorf zur Schule gefahren. Keines von den dreien ist geblieben. Eine Tochter lebt heute in Haugsdorf und kommt fast täglich – „zum Nachschauen“. Seine Frau hatte vor Jahren einen Schlaganfall. „Natürlich“, sagt der alte Mann im großen Haus an der Grenzstraße 21, „waren 1989 erst einmal alle erleichtert.“ Auch er sei mitgelaufen, als der Mock den Zaun durchschnitten hat, damals hat er geglaubt, dass jetzt vieles besser werde. „Aber“, sagt Schöberl und lehnt sich nach vorn und senkt die Stimme: „Hier ist nach 25 Jahren

noch immer das Ende der Welt.“ Da helfe es auch nicht, dass ein paar hundert Meter weiter die Excalibur City wachse und wachse.

Wenn von der Excalibur City die Rede ist, diesem schreiend bunten Shoppingstadt-Kracken, der sich neben Kleinhaugsdorf auf tschechischem Gebiet auf 200.000 Quadratmeter ausstreckt, dann spricht der Haugsdorfer Bürgermeister Johann Bauer von „Vor- und Nachteilen“ und sagt: „Unserer Gemeinde bringt es gar nichts. Die Leute fahren trotzdem hin.“ Das freut vor allem einen: Den fahl schillernden Österreicher Ronald Seunig, der dort sechzig Shops, Restaurants, Beauty-Salons, eine Tierklinik und vier Casinos an 365 Tagen im Jahr geöffnet hat und rund 2000 Leute beschäftigt, die ausschließlich aus Tschechien kommen.



„Begonnen hat er mit Spielautomaten“, weiß der Exzöllner Robert Jansen und schreit gegen den Verkehrslärm an: „Und mit Mädchen.“ Beim Lokalausgang am Grenzübergang, wo der heute 71-Jährige von 1966 bis 2002 gearbeitet hat, erinnert sich der braungebrannte Rentner, dass „der Ronnie“ ihn damals angeboten habe, mitzusteigen ins Geschäft und lacht: „Vielleicht wäre ich heute reich und hätte auch eine Ranch in Australien.“ Die Tschechen haben damals die Grenze zurückverlegt. „So entstand das Niemandsland“, Jansen zeigt in Richtung eines abgerockten Gebäudes, gleich hinter dem weißen Grenzstein mit der Aufschrift „VIII/45“ auf tschechischer Seite, wo angeblich alles begann mit billigem Schnaps und Zollfrei-Zigaretten.

Mit Blick auf die Fahrbahnen, auf denen früher „sein“ Kontrollposten gestanden war, der erst Anfang des Jahres abgerissen wurde, kommen eine Menge Erinnerungen hoch: an den Prager Frühling 1968, wie später die Leute auf tschechischer Seite gefilzt wurden, die Tagesausflügler nach 1989, die tschechischen Kollegen, die immer Deutsch konnten, die

Österreicher nie Tschechisch, an die vielen, die mitten in der Nacht mit roten Schädeln aus den Casinos über die Grenze zurück nach Österreich gefahren sind, wütend, weil sie einen Haufen Geld verloren hatten. Und er erinnert sich an 1995, den Schengen-Beitritt, als er als Leiter der Zollkassa trotz finanzieller Einbußen lieber in den Innendienst ging und nicht mehr zur Gendarmerie wechseln wollte. Heute graben dort, wo Jansen fast 40 Jahre lang die Straße zum Grenzposten überquert hat, Bauarbeiter, um die Fahrbahnen durch Kleinhaugsdorf wieder schmaler zu machen.

Kleinhaugsdorf sieht immer noch nach Niemandsland aus: Das ehemalige Zollgebäude verfällt seit Jahren und steht zum Verkauf. Auch das 1995 für die Grenzgendarmarie errichtete Gebäude ist seit kurzem verwaist, weil die aus Österreichern und Tschechen bestehende Grenzpolizei seit kurzem in Untermakersdorf stationiert ist. Das Gasthaus, das früher die rund 50 Beamte bewirtet hat, und vom ehemaligen Haugsdorfer Bürgermeister betrieben wurde, hat schon lange geschlossen. „Zwölf Hauptwohnsitze gibt es“, sagt der amtierende Bürgermeister Johann Bauer und zählt beim Rundgang durch den Ort die Namen von Leuten auf, die hinter den trostlos wir-

kenden Fassaden noch wohnen. Vor einer Tür steht ein Rollator, darüber an der Fassade hängt eine Haltestellentafel. Ein Bus fährt hier schon lange nicht mehr. „Ein Wunder“, sagt Bauer, „dass der Ort noch nicht ausgestorben ist.“

Warum hier noch Häuser verkauft werden, weiß Herr Schöberl genau: „Weil es billig ist“, sagt der lebenslange Grenzbewohner und sitzt noch immer in seiner Küche, lange nachdem der Bürgermeister und der Exzöllner den Grenzort wieder verlassen haben. Seine neuen Nachbarn, „Polen, Türken, ein Perser“, kennt Schöberl nicht.

Grenzbewohner ohne Pass

So ein Leben an der Grenze ist wenig aufregend. Einmal sei ein Großneffe aus Deutschland für drei Monate von den Tschechen eingesperrt worden, weil er sich zu weit in Richtung Grenzposten vorgewagt hatte. Heute schießen sie in der Excalibur City höchstens Knallkörper, „dafür von Advent bis Silvester“. Die Vietnamesen, die nur hundert Meter weiter Gartenzwerge, Tierstatuen und Tand verkaufen, würden für den Seunig arbeiten und „wahrscheinlich keinen Pass besitzen, damit sie nicht abhauen können“. Sicher weiß Schöberl das nicht.

Nachdenklich schaut er durch seine angegrauten Spitzengardinen aus Polyester. Schräg gegenüber seinem Haus hängt ein Plakat, auf dem die ÖVP für ein besseres Europa wirbt. „Die wollen alle nur Geld kassieren!“, sagt er. In Kleinhaugsdorf hat sich schon lange kein Politiker blicken lassen. Herr Schöberl wäre heute gegen die Osterweiterung, auch der Euro hätte ihm nichts gebracht. Wählen geht er aber: „Wenn ich was mitreden könnte, würden wir hier schon lange eine Umfahrung haben!“ Früher lag die Straße höher, jetzt hat er den Verkehr direkt vor der Nase. „Und hinterm Haus riecht es nach Mist“, sagt er, schüttelt den Kopf. Der neue Nachbar hat Pferde. Als Schöberl die Tür hinter dem Besuch schließt, hört man, wie er den Schlüssel im Schloss zweimal umdreht.



Kleinhaugsdorf: Das Zollgebäude verfällt seit Jahren. Foto: M. Eidlhuber

Endlich auch der Osten

Die Ungarn reisten meistens im Sommer an: Emöke, Ildiko, Szolt, Onkel Heini. Meine Großeltern schrieben Einladungsbriefe, damit sie über die Grenze kommen konnten. Diese Verwandten konnten alle Deutsch, sie waren höflich und bestaunten unsere Elektrogeräte. Wir hatten ein schlechtes Gewissen und wollten ihnen die Elektrogeräte am liebsten schenken. Denn eines war immer klar: Es war zufällig, dass die da drüben so leben mussten und wir da herüber anders leben konnten. Und wir wussten, dass das ungerecht war. Wir besuchten auch unsere Verwandten in Polen. Ein gleichaltriger Bub in Krakau hatte in seinem Zimmer Coca-Cola Dosen gesammelt, so

als wären dies große Schätze, während ich in den 80ern dazu erzogen wurde, Bioapfelsaft zu trinken und sicher kein Coca-Cola. Im Süden von Graz konnten wir Winnetou-Filme im jugoslawischen Fernsehen anschauen. Man musste die Antenne ein wenig drehen, damit es nicht so flimmerte, aber wir hatten Kontakt in diese andere Welt.

Dennoch hatte ich immer das Gefühl, dass mein Lebensraum durch diese Teilung eingeschränkt war. Mir fehlte der Osten. Als 1989 die Mauer fiel, war das dann „Mein Europa“ und als Teil der Generation 89 beschäftigt mich das unvollendete Projekt der Einigung bis heute.

Adelheid Wöfl



Von Schwarzhändlern und kauffreudigen Konsumenten

Vom Kaffeeschmuggel zum Einkaufstourismus

Früher wurden Kaffee und Zigaretten geschmuggelt, heute kommen die Bayern aus der Grenzregion nach Salzburg zum Einkaufen. Vom freien Handel nach dem De-facto-Verschwinden der Grenze profitieren vor allem die Salzburger Einkaufszentren.

Thomas Neuhold

Heute erinnern nur noch die Namen von Gaststätten und Beisln an die vergangenen Zeiten: Das Szenelokal „Schmuggler“ im bayerischen Freilassing gehört für viele Stadt-Salzbürger ebenso zum fixen Bestandteil der lokalen Gastronomie wie das „Zollhäusl“ – eine typische bayerische Wirtschaft unmittelbar an der Saalach, die die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Österreich markiert.

Über das große Geschäft mit geschmuggelten Zigaretten und mit Kaffee sowie über den meist ziemlich aussichtslosen Kampf der Zollbeamten gegen den schwunghaften Handel über die Grenze wissen heute in den nach den Glücksrittern und ihren uniformierten Kontrahenten benannten Lokalen weder Gäste noch Pächter Bescheid.

Geschenk für Schmuggler

Es ist so lange her, dass nur mehr die Historiker helfen können. Die in Deutschland 1948 eingeführte Kaffeesteuer verteuerte den Kaffee für den deutschen Endverbraucher derart, dass sich ein Normalverdiener einfach keinen Kaffee mehr leisten konnte. Die gebrannten Bohnen waren sechsmal so teuer wie in Österreich.

„Ein größeres Geschenk hätte man den Schmugglern und Schwarzmarkthändlern kaum machen können“, schreiben der ehemalige Zolloberamtsrat Albin Kühnel und der Historiker Johannes Lang in ihrem dem bayerisch-österreichischen Schmuggel gewidmeten Buch *Halt Zoll*.

Die Bohnen wurden in großem Stil – tonnenweise in doppelten Böden von Lastwagen –, aber auch in kleinen Mengen – ein halbes Kilo Bohnen in der Strumpfhose – über die Grenze gebracht. Erst eine drastische Steuersenkung 1953 machte das Schmuggeln und den Schleichhandel unrentabel.

Steuerbetrug

Ganz vorbei ist die Sache mit den Steuerunterschieden nicht. So verleitet die österreichische Normverbrauchsabgabe NoVa zahlreiche Salzburger Autofahrer dazu, ihre Pkws an Scheinadressen in Bayern anzumelden. Mit einer BGL-Nummer (Berchtesgadener Land) sind so gleich ein paar Tausend Euro gespart. An manchen Adressen in Bayern seien bis zu einhundert Autos registriert, erzählen Finanzbeamte. Insgesamt – neben Salzburg auch in Oberösterreich und Tirol – erreicht der Schaden dreistellige Millionenbeträge. Die Zahl der illegalen Autos wird auf 15.000 geschätzt.

Während der NoVa-Betrug illegal ist, gibt es im Grenzbereich eine ganz legale Form, Geld zu sparen. Auch hier macht die Steuer den Unterschied. Laut ÖAMTC beträgt der Preisunterschied bei Superbenzin im Schnitt 19,3 Cent pro Liter, bei Diesel 5,2 Cent. Der Tanktourismus floriert. Wie viel tatsächlich von österreichischen Benzinpumpen in ausländische Tanks fließt, lässt sich nur schätzen. Modellrechnungen gehen davon aus, dass in Salzburg jeder dritte Liter von einem deutschen Autolenker gekauft wird.

Umgekehrt wiederum gehen die Salzburger gerne in Freilassing einkaufen. In den 1980er-Jahren, also vor dem EU-Beitritt, wurden im Zuge des kleinen Grenzverkehrs vor allem Produkte gekauft, die in Österreich gar nicht erhältlich waren. Spezielle Tabaksorten oder auch bayerisches Bier.

Heute macht der Preis den Unterschied. Die Arbeiterkammer ermittelt Jahr für Jahr anhand eines Warenkorbs mit Markenartikeln die Differenzen. Die Preisschere ist groß. Die 64 verglichenen Lebensmittel sind in Salzburg in Summe um 19,5 Prozent teurer, Reinigungs-

mittel um 46,5, Körperpflegeprodukte gar um 62,5 Prozent.

Das sei eine Aufforderung, in Freilassing einzukaufen, ärgert sich der Geschäftsführer der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer, Johann Peter Höflmaier. Der AK-Warenkorb sei nicht repräsentativ, außerdem hätten die Salzburger Betriebe höhere Lohn- und Strukturkosten.

Positiver Saldo

In Summe freilich profitieren die Salzburger von den offenen Grenzen weit mehr als die Bayern. Laut einer 2005 erstellten Kaufkraftstudie fließen jährlich fast 75 Millionen Euro mehr vom bayerischen Grenzraum nach Salzburg als in die andere Richtung. Tendenz stark steigend.

Verantwortlich dafür sind vor allem die Möbelhäuser an der Autobahn und die riesigen Einkaufszentren. Allen voran das Flaggschiff des Spar-Konzerns: der Europark.



Auf der Suche nach Schmuggelware: Grenzkontrolle zwischen Salzburg und Bayern vor rund 50 Jahren. Foto: Stadtarchiv Salzburg/Johann Barth

Sauberer Strom aus Österreich ist ein Hit. Danke, Wasserkraft!

Wechseln Sie jetzt!



Hier Film ansehen!



Sauberer Strom kommt aus unseren über 100 Wasserkraftwerken in ganz Österreich immer ganz aus Ihrer Nähe. Mehr auf www.verbund.com

Verbund

Am Strom der Zukunft

Energieträger:

Wasserkraft | 100 %

Stromkennzeichnung gem. § 78 Abs. 1 und 2 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungs-VO 2011 für den Zeitraum 1.1.2013 bis 31.12.2013. Durch den vorliegenden Versorgermix fallen weder CO₂-Emissionen noch radioaktive Abfälle an. 100 % der Nachweise stammen aus Österreich.

Wo welche EU-Gelder drinstecken



Foto: Frank Schirmer



Ziel:
Šiauliai
Hill of Crosses
Litauen



Abfahrt: Durrës
Strecke: 2609 km



Zeit: 28 h 00 min



Next Stop: Tirana / Seite 22

EU-finanzierte Elemente einer Weinstadt

Wohin fließen EU-Fördermittel ganz genau? Im niederösterreichischen Retz im Weinviertel stecken sie nicht nur in der Fassade des alten Rathauses, sondern auch im Garten der Volksschule sowie in der Kellergasse. Ein Lokalaugenschein.

Gudrun Springer

Am Retzer Hauptplatz reihen sich zuckerfarbene Fassaden wie Perlen aneinander. Es wirkt, als würden sie um die Aufmerksamkeit der Besucher der niederösterreichischen Weinstadt buhlen. Der stärkste Magnet für Blicke ist aber unumstritten, thront das alte Rathaus samt Turm doch genau im Zentrum.

Dass die Rathauswände so gelb leuchten und das grüne Dach so glänzt, verdanken sie einer Rund-

umrenovierung von 2012 und 2013. Die Gesamtkosten von rund einer Million Euro stemmte nicht allein die Gemeinde, unter anderem schossen Land und EU Geld zu. 50.000 Euro hat sich die Retzer Dorf- und Stadterneuerung mit Brüssel ausverhandelt. Allerdings: Allein das Einrüsten des Bauwerks soll eine höhere Summe verschlungen haben.

Zur Renovierung des Retzer Stadtwalls hat die EU ebenfalls einen Teil beigetragen, und auch in der nach 85 Jahren zu neuem

Leben erweckten Retzer Windmühle, dem Wahrzeichen der 4100-Einwohner-Stadt, stecken Brüsseler Euro (rund 17.000). Außerdem ist ein Bewegungs- und Lerngarten vor der Volksschule mit EU-Förderzuschüssen errichtet worden.

Die Gelder für all diese Projekte flossen allein in der vergangenen Förderperiode, also in den Jahren 2007 bis 2013. Es handelt sich um Mittel aus der Regionalentwicklung sowie aus dem sogenannten Leader-Topf, der für innovative Aktionen im ländlichen Raum gedacht ist.

Insgesamt wurden allein in Retz bei Leader-Projekten in der letzten Förderperiode 6,6 Millionen Euro investiert, mehr als ein Viertel davon kam in Form von EU-Mitteln zurück. Das jährliche Budget der Stadt umfasst im Übrigen rund 8,5 Millionen Euro.

Die EU-Mittel flossen nicht nur in Bauprojekte, sondern auch in touristische Werbebroschüren für Retz, in die Revitalisierung und Bewerbung der Weinstraße, in die Beratung von Jungunternehmern,

die in der Region bleiben, oder in die Modernisierung von landwirtschaftlichen Betrieben – beispielsweise investierten zwei Landwirte in erneuerbare Energie.

Damit eine Chance auf EU-Förderungen besteht, müssen in der Regel Eigenmittel aufgewendet werden. Meist muss auch eine zweite Institution mitfordern, wie etwa das Land oder ein Ministerium.



Nur manche EU-Töpfe werden auf Gemeindeebene angezapft, andere wiederum über Landes- oder Bundesstellen, von Betrieben oder Privaten.

Neben Regionalförderungen und den Euro für den ländlichen Raum fließen Gelder für Kleinprojekte ebenso wie Agrarförderungen (von denen Niederösterreich besonders viele abzapft) oder Mittel für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ).

Mit Geld aus letztgenanntem Topf kennt sich in Retz neben

Amtsleiter Andreas Sedlmayr vor allem ein junger Gemeindeförderer gut aus: Daniel Wöhrer arbeitet seit kurzem für die Stadt, davor war er rund viereinhalb Jahre EU-Projektkoordinator. Als solcher stand sein Schreibtisch zwar im Gemeindeamt, seinen Lohn bezahlte aber die EU.

In dieser Zeit wickelte Wöhrer zwei Programme ab: eines zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Hollabrunn, Retz und dem tschechischen Znam. Und ein weiteres zur Entwicklung der Kleinst- und Mittelbetriebe im grenznahen Raum.

Das erstgenannte Projekt, für das die EU rund 100.000 Euro zur Verfügung stellte, sei besonders gut gelaufen, meint Wöhrer. Die Abrechnung der Projekte, ergänzt Sedlmayr, sei aber immer „sehr schwierig“ und langwierig.

So erstrahlt zwar das Retzer Rathaus längst in neuem Glanz. Die Abrechnung mit der Union wegen der 50.000 Euro Zuschuss ist aber noch im Laufen.

Europäer zu sein ist schwer

Einmal in meinem Leben wurde ich als Paradeeuropäer vorgeführt. Am Europatag. Und habe total versagt.

Das war 1999. Meine kleine Familie war im Frühstücksfernsehen der ARD eingeladen: Lebensgefährtin Französin,

Tochter kaum zwei Jahre alt, in Paris geboren, ich Österreicher und Europakorrespondent in Brüssel. Europäischer geht es kaum, mögen sich die TV-Macher gedacht haben. Und nun direkt zugeschaltet in die deutschen Wohnzimmer von einem Kaffeehaustisch auf der berühmten Grand-Place vor dem Brüsseler Rathaus. Die Moderatorin stellt uns also vor. Und stellt mir gleich die Killerfrage: „Fühlen Sie sich als Europäer?“

– „Äh, nein“, hörte ich mich sagen, „so einfach ist das nicht. Bin Österreicher, in Tirol aufgewachsen, habe viel mit Europa zu tun. Aber Europäer?“ Das ist man doch nur auf USA-Reise.

Man kommt ja nicht als Europäer auf die Welt. Das wird man vielleicht mit der Zeit. Es gibt keinen europäischen Pass. So ging das dahin. Die Moderatorin war irritiert. Wir nicht. Unlängst schickte mir die Tochter eine SMS: „Schlechte Nachrichten, mein Land will mich nicht, weil ich ein Bastard bin.“

Sie hatte rausgefunden, dass Österreich ihr als ledig geborenem Kind die Doppelstaatsbürgerschaft verweigert, wenn sie erwachsen ist. Frankreich ist da anders.

Thomas Mayer



50.000 Euro hat die EU für die Renovierung des Retzer Rathauses um eine Million Euro zugesagt. Foto: sprü

ZahlenLotto

1-90 Das andere Lotto

Ziehung vom 22. 5. 2014

Die Zahlen in gezogener Reihenfolge:

40

3

21

85

20

ToiToiToi

GLAUB ANS GLÜCK.
Ziehung vom 22. 5. 2014

6
1
1
8
3
5

Angaben ohne Gewähr

TOTO

Runde 24A 22. Mai 2014

X X 2 1 1 1 1 1 X 1 X 2 2 1 2 1 X 1
Fixspiele 1-5 Wahlspele 6-18
1 x 13 Richtige zu € 115.941,80
29 x 12 Richtige zu je € 296,80
323 x 11 Richtige zu je € 5,90
2.051 x 10 Richtige zu je € 1,80
845 x 5er Bonus zu je € 1,80

Torwette

2:2	0:0	0:1	2:1	2:1
Spiel 1	Spiel 2	Spiel 3	Spiel 4	Spiel 5

kein x 5 Richtige zu je	Mega-Jackpot
2 x 4 Richtige zu je	€ 1.251,00
75 x 3 Richtige zu je	€ 15,50
JP Hatrick zu	€ 118.604,80

ALLE ANGABEN OHNE GEWÄHR

Die Europäisierung des Fußballs schreitet voran



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Tirana
Albanien



Abfahrt: Šiauliai
Strecke: 2539 km



Zeit: 28 h 00 min



Next Stop: Ulcinj / Seite 24

Das Glück des globalen Magens

Andreas Ivanschitz genießt das Privileg, Fußballer zu sein. Von Österreich aus zog es ihn nach Griechenland, Deutschland und Spanien. Es hat ihm überall getaugt, er möchte diese Erfahrungen nicht missen. Als Ausländer hat er sich nie gefühlt.

Christian Hackl

Das Leben des Andreas Ivanschitz verläuft unproblematisch. Er hat das Glück des globalen Magens. „Ich bin keiner, der dreimal in der Woche Wiener Schnitzel braucht.“ Derzeit ist Paella ernährungstechnisch die absolute Nummer eins, das liegt daran, dass Ivanschitz in Valencia beim spanischem Mittelständler Levante kickt. „Ich habe gelernt, mich anzupassen. Deshalb habe ich mich nirgendwo als Ausländer gefühlt. Ich wurde auch nie so behandelt.“ Der 30-jährige Burgenländer aus Baumgarten war zuvor in Griechenland (2006 bis 2009) und Deutschland (2009 bis 2013) beschäftigt. Seine Arbeitgeber

hießen Panathinaikos Athen und Mainz 05. Zumindest bis 2015 wird er von Levante bezahlt. Übrigens pünktlich. „In meiner Karriere musste ich nie aufs Geld warten. Es liegt daran, dass ich die Klubs vernünftig ausgewählt habe. Ich bin einer, der genau überlegt, was er tut, wohin er geht.“

Berufsfußballer seien privilegiert. „Die Leute im Verein schauen darauf, dass du dich rasch einlebst. Sie stellen Sprachlehrer zur Verfügung, suchen dir ein Haus oder eine Wohnung. Sie helfen bei jedem Handgriff. Aus eigenem Interesse. Sie wollen ja, dass du auf den Fußballplatz sofort Leistung bringst.“

Ein ganz normaler Arbeiter, der ins Ausland übersiedelt, müsse

sich um alles selbst kümmern. „Sogar um die eigene Integration.“ Eine Fußballmannschaft sei ein vorgegebenes, soziales Gebilde. „Du findest Anschluss und Freunde, es sind ja Spieler aus vielen Nationen im Kader.“ In dieser leicht künstlichen, zusammengewürfelten Welt „ist Intoleranz kein Thema. Möglicherweise sind Fußballer tatsächlich die toleranteren Menschen.“ Wobei Ivanschitz davon ausgeht, „dass ich auch als Mathematiklehrer oder Mechaniker keine Vorurteile hätte. Das liegt nicht am Beruf, sondern an der Erziehung und Einstellung.“

In Griechenland hat er das „Offenherzige“ an den Menschen geschätzt. Die Fans seien „leidenschaftlich“ gewesen. „Leider waren sie teilweise gewalttätig.“ Zum wirtschaftlichen Crash kam es erst nach der Ära Ivanschitz, es besteht natürlich kein innerer Zusammenhang. „Ich kann nicht

einschätzen, wie die Lage heute ist. Zu meiner Zeit schien die griechische Welt in Ordnung zu sein.“ Deutschland zu erklären sei müßig. „Es gab, nona, kein Sprachproblem. Das war speziell für meine Frau und unsere beiden Kinder eine Erleichterung.“ Als Fußballer habe ihm imponiert, „dass die Stadien stets bummvoll waren. Vielleicht ein Ausdruck des Wohlstands.“

In Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei rund 50 Prozent. „Es ist schlimm, ich kriege das aber nicht direkt mit. Die Menschen wirken auf mich trotzdem ruhig und herzlich, sie denken positiv.“ Für ihn, Ivanschitz, sei es prägend, „gegen Mannschaften wie Real Madrid oder Barcelona spielen zu dürfen“. In Deutschland waren es die Bayern oder Dortmund. „Ich habe es nicht in diese ganz großen Teams geschafft. Aber ich bin mit ihnen auf demselben Platz gestan-



Ivanschitz jubelt 2013 über ein Tor gegen die Färöer. Foto: APA

den.“ Als „Zuhause“ bezeichnet der 67-fache Internationale das Burgenland, der Heimatverein wird immer Rapid bleiben. „Nach Wien führten mich meine ersten Reisen.“

Europa habe jedenfalls den persönlichen Horizont erweitert. Frankreich würde Andreas Ivanschitz gerne näher kennenlernen. „Die Europameisterschaft 2016 wäre der ideale Anlass.“

Die Richtung ist relativ

Die eine unendliche Schlange schnauft sich auf gepflastertem Steig den Berg hinauf, die andere schiebt sich, an jener vorbei, denselben wieder hinunter. Eine enthusiastische Prozession, wild entschlossen zum fröhlichen Naturerlebnis in ihrem kleinen Stück Hochgebirge nahe Zakopane, einer Art polnischem Ischgl.

Am ersten Tag in Warschau, Frühstück mit Blick auf die Bauten des sozialistischen Klassizismus entlang der Prachtstraße Marszałkowska, an den Nebentischen Gurkenvertilger von unwirklicher Unersättlichkeit. Ja, manchmal wirkt Polen auf den Novizen liebenswert kurios. Bald aber stellt sich ein Gefühl von Vertrautheit ein.



Vieles erscheint dann als Variante von Bekanntem – und das nicht nur, wenn sich der Erdäpfelsalat zum Schnitzel als gedünstetes Weißkraut entpuppt. Das Erleben mitteleuropäischer Verbundenheit ist die eine prägende Erfahrung meiner seit einiger Zeit aus höchstpersönlichen Gründen angetretenen östlichen Reisen. Die andere, wie sich eine ganz neue Welt auftut, ein Raum aus dem

Abseits des Bewusstseins wirklich wird. Dabei immer wieder Erschütterung, eingedenk der monströsen Verbrechen, die diesem Land und seinen Menschen gerade auch von Österreichern angetan worden sind. Vor 70 Jahren war das, mitten in Europa. Michael Robausch

Die täuschend echte Erinnerung

Das Big Business im europäischen Fußball gab es schon vor der Champions League

Wolfgang Weisgram

Die Champions League (CL) war eine Notwehrmaßnahme. So wie der Euro die Spielstärke der wiedervereinten D-Mark aufs Gesamteuropäische dämpfen sollte, so wollte die Uefa 1992 mit der CL dem schon sehr spruchreifen Projekt einer eigenen europäischen Großvereinsliga das Wasser des TV-Geldes abgraben.

Den Großen – von Real über ManUtd bis zu den Bayern – sollte es recht sein. So kamen sie billig zu fernsehtauglichem Kanonenfutter, die starken Ligen garantierten einander üppig Startplätze. Und weil der Europäische Gerichtshof 1995 mit dem sogenannten Bosman-Urteil dem Zusammenkaufen von Spielermaterial

zum Nutzen der Klubs und zum Frommen der Fernsehstationen Tür und Tor öffnete, wurde aus der Notwehrmaßnahme der Uefa erst recht jenes Projekt, gegen das es ins Leben gerufen wurde: Wo Geld ist, soll Geld hinfließen.

Altgediente, nahe am Wasser gebaute Kampln – jene sind das, die für den Kevin Kampl seinen Coiffeur die Wiedereinführung von Leib- oder jedenfalls Schandstrafen fordern – wurden schon Mitte der 1990er sentimental; piffen sich gedankenverloren den Hit von Cindy & Bert von 1973 mit leicht verändertem Text: „Immer wieder mittwochs kommt die Erinnerung.“

Denn klarerweise zerquetschte das Rad der Zeit auch das Heiligste, den Feiertag, Europäischen Fußball gab es nun nicht mehr nur

am Mittwoch. Sondern am Dienstagmittwochdonnerstag. Die kalte Logik des Kapitals besiegte die warme Herzensbindung ballesterischen Wohlfühlens.

Dummerweise stimmt daran nun das Retrospektivfeeling. Tatsächlich war der Fußball, seit er die Schulhöfe verlassen hat, immer in erster Linie Business. Was nicht nur, aber eben zum Beispiel auch der so vermiste Meistercup zeigte, der CL-Vorläufer. Mitnichten stand da der eben erst gegründete Verband, die Uefa, dahinter. Ins Leben gerufen wurde er von der Zeitschrift L'Equipe. Und die lud 1955 zum ersten Cup der Landesmeister ein, wen sie für einen Goldesel hielt. Also etwa Österreichs Dritten, Rapid. Und nicht Meister Vienna. Apropos sentimental: Meister Vienna!

Was unter dem Bröselteppich alles Platz hat



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Ulcinj
Montenegro



Abfahrt: Tirana
Strecke: 129 km



Zeit: 2 h 11 min



Next Stop: Sofia / Seite 26

Das Schnitzel ist ein weites Land

Einheit und Diversität Europas lassen sich nicht zuletzt über den Gaumen erfahren. Das Wiener Schnitzel eignet sich dank seiner Geschichte und Popularität dazu besonders gut, was uns mit Stolz – aber auch mit Bescheidenheit erfüllen sollte.

Severin Corti

Der Name legt nahe, dass das Schnitzel ein echter Wiener sei, tatsächlich aber ist diese Ikone der heimischen Küche weitaus vielfältiger in Europa verwurzelt. Das ist nicht zuletzt deshalb tröstlich, weil es ausgerechnet in seiner vorgeblichen Heimatstadt nur noch selten so serviert wird, dass es seinem Namen zur Ehre gereichen kann. Auch wenn sich nur ganz wenige Wiener Wirtshäuser oder Beisln finden werden, die den keusch und doch knusprig verhüllten Fleischlappen nicht auf der Karte haben: Aus hochwertigem Kalbfleisch geschnitten, mit entsprechender Hingabe herpaniert, gefühlvoll

und aufmerksam in der Pfanne souffliert wird er allzu selten.

Im Gegensatz zu anderen lokal verorteten Gerichten, von der Weißwurst in München bis zur Pizza in Neapel, gibt es in Wien auch keine Lokale, die sich aufs Wiener Schnitzel spezialisiert hätten. Es sieht fast so aus, als ob die größte Köstlichkeit in ihrer Heimatstadt unter „ferner liefen“ abgelegt worden wäre. Dazu passt auch, dass das einzige explizit für seine Schnitzel bekannte Wiener Restaurant, der Figlmüller, explizit keine Wiener serviert, sondern gebackene Schweinsschnitzel.

Dementsprechend erscheint bis heute unklar, wie ein Wiener Schnitzel überhaupt zu Tisch kommen sollte, um sich des Na-

mens würdig zu erweisen. Schon innerhalb Österreichs kann man bei der Schnitzelbestellung einiges erleben – im weiteren Europa scheinen überhaupt andere, wengleich nicht weniger gültige Maßstäbe angesetzt zu werden.

Preiselbeermarmelade als Garnitur etwa ist in den Bundesländern Standard, in Wien ein No-go. Ähnliches gilt für die Beilagen – während in Wien außer dem obligaten Zitronenschnitz lediglich Erdäpfel-, Erdäpfel-Gurken-, Erdäpfel-Vogel- oder Gemischter Salat die Freude am Schnitzel unterstützen dürfen, gehört jenseits der Hauptstadtgrenzen eine weitere Sättigungsbeilage mit auf den Teller – Reis ist beliebt, aber auch Petersilerdäpfel oder gar Pommes.

Curryreis als Gourmetbeilage

Wie locker mit den Zutaten gespielt werden darf, wird auch im eben erschienenen *Lebenskochbuch* des verstorbenen Gastronomiekritikers und für seine Kenntnis der österreichischen Küche legendären Kochbuchautors Christoph Wagner offenbar. Demnach genoss dieser sein Wiener am liebsten mit Curryreis.

Wir sehen: Schon in Wien, erst recht aber innerhalb Österreichs gibt es Brösel, sobald es um die richtige Darreichung des Schnitzels geht. Nun ist das Wiener Schnitzel aber ein Welterfolg, wird in Berlin ebenso freudig bestellt wie in Paris, Stockholm, Buenos Aires, Tel Aviv oder natürlich Mailand. Zwar heißt es nicht überall Wiener Schnitzel – auf Spanisch wird es etwa als „Milanesa“ nach dem angeblichen, historischen aber nicht plausiblen Ursprungsort bestellt – noch wird überall Kalbfleisch verwendet (in Israel meist Huhn oder Pute, in Argentinien Rind). Das Grundprinzip des in Brösel gehüllten und in heißem Fett herausgebackenen Fleisches ist aber dasselbe, auch der Geschmack kann, wengleich vom hierorts Gewohnten abweichend, um nichts weniger erhebend sein. Es kommt, wie stets, eben ganz auf den Koch an.

Insofern ist es doch verwunderlich, mit welcher Präpotenz der

gemeine Wiener glaubt, sich etwa über jene Deutschen lustig machen zu können, die ihr Schnitzel am liebsten „mit Tunke“, vulgo Kalbsjus, serviert haben möchten. Oder wie borniert Wiener Kellner sich verhalten, wenn etwa ein Skandinavier das, was er in Wien als Wiener Schnitzel serviert bekommt, als minder garniert wahrnimmt.

In Stockholm oder Kopenhagen gilt ein Wiener Schnitzel eben erst dann als komplett, wenn es mit seiner Garnitur aus Sardellen, Petersilie, Kapern und Zitrone serviert wird. Wer das weiß, dem mag die knusprige Panier des Schnitzels ganz plötzlich als brotähnliche Unterlage erscheinen, die nur darauf wartet, entweder mit Süßem (also Preiselbeeren) oder Salzigem (Sardellen, Kapern usw.) garniert zu werden.

Dass beides gleich gültige Herangehensweisen sind wie die pure Zitronenvariante, zeigt die Geschichte. Der Kulturhistoriker Alberto Capatti hat sich als einer der wenigen wissenschaftlich mit der Herkunft des Wiener Schnitzels beschäftigt. Er meint, dass es, wie die Cotoletta alla milanese, weder aus Wien noch aus Mailand stammt, sondern in diversen Varianten auf den Tafeln wohlhabender Adeliger in ganz Europa heimisch gewesen ist. Erstmals

kodifiziert wurde es laut Capatti, wie fast alle edlen Gerichte Europas, jedoch in Paris: „Nur hier hat man so früh begonnen, Zubereitungsarten niederzuschreiben, sie nach Machart oder Ingredienzen mit Namen zu versehen“, sagt Capatti. „So bezeichnet ‚à la Milanaise‘ eine Reihe in Bröseln gebackener Gerichte, während ‚à la Viennoise‘ eine Garnitur aus Sardellen, Petersilie, Kapern und Zitrone bedingt. In Paris ist die ‚Escalope Viennoise‘ deshalb bis heute ein paniertes Schnitzel, das dank ebendieser ‚Wiener Garnitur‘ mit Würze versehen wird.“

Vielfalt und Einheit des Kontinents äußern sich eben auch in dem, was der Europäer zu sich nimmt – dass das Wiener Schnitzel da in durchaus prominenter Weise dazugehört, darf uns gern mit Stolz erfüllen. Spott hingegen zeugt lediglich von einer Wissenslücke. Den darf man sich getrost für jenen Moment aufheben, da man die (amerikanische) Webseite www.wienerschnitzel.com anklickt. Dort werden in dezidiert altdeutscher Schrift Hotdogs angeboten. Und die sind nicht einmal paniert.

Kaukasische Träume

Ich wusste früher kaum, wo Georgien liegt, bis eines Tages eine Au-pair in unser Leben kam. Maka konnte nicht nur unsere neuen Lieblingspeisen kochen, Katschapuri und Ringhali, die so gut schmeckten, wie sie klangen. Sie konnte wunderschön georgische Lieder singen, die unser Kind in einem Affentempo lernte, ohne die Sprache zu sprechen. Sie konnte Schach spielen wie eine Großmeisterin und mit dem Kind das georgische Alphabet, von uns nur „Spaghetti-Schrift“ genannt, schreiben, obwohl es noch nicht einmal in der Schule war. Sie konnte Geschichten erzählen, von Tibilisi, Usurgeti und Batumi, als wäre dort das Paradies zu Hause. Und Maka

konnte auch träumen, von einem Leben zwischen Georgien und Österreich. Weil sie im Sommer 2007 ihre Jugendliebe geheiratet hat, ist sie nach acht Jahren in Europa 2009 nach Georgien zurückgegangen, auch weil es wenig Aussicht auf ein neues Visum gab. Maka hat heute selbst Kinder, aber keine Arbeit und auch wenig Aussicht darauf. Wenn es wieder heißt, dass Georgien „langfristig“ der EU beitreten wird, dann denke ich an sie, die keine Bewegungsfreiheit besitzt, die ihren Traum von einem Leben zwischen hier und dort nicht leben darf. Mein Europa wäre schöner und kompletter, wäre sie ein vollständiger Teil davon. *Mia Eidlhuber*

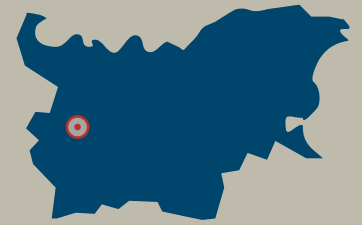


Europa liebt das Wiener Schnitzel – bloß heißt es manchmal Milanesa oder wird mit Sardellen und Kapern garniert. Montage: Friesenbichler

Auf Arbeitssuche in Europa



Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Pantscharewo-Reservoir
in der Nähe von Sofia,
Bulgarien



Abfahrt: Ulcinj
Strecke: 570 km



Zeit: 8 h 0 min



Next Stop: Neapel / Seite 35

Armutswanderung – die allgemeine Verunsicherung

Die Öffnung der Arbeitsmärkte für Rumänen und Bulgaren hat die Angstmaschinerie der Rechtspopulisten in Europa geradezu beflügelt. Nur wenig, was sie behaupten, stimmt. Doch nicht alles, was sie sagen, ist falsch. Ein Fakten-Check.

Julia Herrnböck

Kindergeldbetrüger seien sie, die Einwanderer aus Osteuropa, poltert die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP) seit Monaten. Bettelnde Romabanden, Sozialschmarotzer, Armutsmigranten – kaum ein Thema bestimmte derart den Ton im Europawahlkampf wie Zuwanderung.

Auch die deutsche CSU wollte es sich nicht nehmen lassen und warnte vor dem Untergang des Sozialstaates, weil seit Jänner Rumänen und Bulgaren in der gesamten EU arbeiten dürfen.

In Österreich machte diese Woche noch einmal die FPÖ im Nationalrat Stimmung gegen Ein-

wanderer („Lohndumping!“, „Verdrängung heimischer Arbeitskräfte!“), in Deutschland fühlte sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bemüßigt, noch schnell klarzumachen, dass „die EU keine Sozialunion ist“. Hartz IV, also Arbeitslosengeld, soll kein EU-Bürger mehr bekommen, der sich nur zur Arbeitssuche in Deutschland aufhält.

Es sind etablierte Ängste und soziodemografische Tatsachen, die sich hier die Hand reichen. Fakt ist, die Arbeitslosigkeit in den süd- und osteuropäischen Ländern ist weiterhin eklatant hoch. Spitzenreiter bei der Armut sind laut Eurostat Bulgarien (44 Prozent) und Rumänien (30 Prozent), gefolgt von Lettland (26 Pro-

zent), Ungarn (26 Prozent) und Litauen (20 Prozent). Zum Vergleich: In Österreich leben vier Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut.

Mit steigender Zuwanderung aufgrund von Personenfreizügigkeit verschärfen sich in manchen Regionen die Probleme, etwa bei der Unterbringung Obdachloser oder beim Wohnraum. Das geht aus einem Zwischenbericht zur Armutsmigration hervor, den die deutsche Bundesregierung Ende März vorgestellt hat.

Mobilität ohne Anspruch

Doch die Freiheit, sich überall in Europa zur Arbeit niederlassen zu können, ist nicht gleichbedeutend mit freien Sozialleistungen, da hat Merkel schon Recht: Nur, wer eine sogenannte Anmeldebescheinigung besitzt, kann Sozialleistungen beanspruchen. Die Anmeldebescheinigung bekommt wiederum nur, wer ein Einkommen bezieht oder einen finanziellen Polster vorweisen kann.

Was also steckt hinter der Debatte? Zum Stichtag 1. Jänner 2014 leben in Österreich laut Statistik Austria 12.553 Bulgaren im erwerbsfähigen Alter, von denen knapp 45 Prozent ein Einkommen haben. Im Jahresdurchschnitt haben 460 Bulgaren Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen.

Von den 46.289 Rumänen gingen 65 Prozent arbeiten, durchschnittlich 2618 Personen bekamen Transferzahlungen. Für alle gelten die gleichen Bestimmungen wie für Österreicher – wer keine Beiträge eingezahlt hat, bekommt auch kein Geld.

Laut Arbeits- und Sozialministerium sind Bulgaren (11,9 Prozent) und Rumänen (11,8 Prozent) zwar öfter arbeitslos als Österreicher (7,2 Prozent), finden dafür aber schneller wieder einen Job.

Innerhalb der Union liegt der Anteil der arbeitslosen EU-Migranten bei 0,7 bis 1 Prozent, zeigt

eine Studie der EU-Kommission vom Oktober 2013 zu den Auswirkungen der Arbeitsmigration auf die Mitgliedstaaten.

Das Sozialministerium rechnet mit 5000 bis 6000 zusätzlichen Rumänen und Bulgaren, die in diesem Jahr nach Österreich kommen, konkrete Zahlen werden kommende Woche veröffentlicht. Gleichzeitig sind 2012 mehr als 10.000 Menschen in die beiden Länder zurückgekehrt.

Welche Grundlage hat es, dass allorts das Bild der Osteuropäer strapaziert wird, die unsere Sozialsysteme ausbeuten? Das deutsche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schlussfolgert, die Zahlen ließen nicht auf „pauschale Armutswanderung“ schließen. Gleichzeitig werde die Zuwanderung steigen. Die Arbeitsmarktpolitik solle daher auf die Vermittlung gering Qualifizierter fokussieren.



Ein Roadtrip zur Erkenntnis

Ihren Pass, bitte“, sagte der nicht ganz so freundliche Herr am Grenzschalter, wobei das „bitte“ in Kombination mit seiner Miene klang, als wollte er „aber sofort, sonst reiß’ i dir eine an“ schreien.

Nervös kramte ich im Auto herum. Ich hatte vergessen, wo ich den Pass hingelegt hatte. Anfang September 2005 war ich mit meinem alten VW Golf III Europe aufgebrochen, um mit meiner Freundin und meinem besten Freund Europa zu erleben. Wir tranken ein Maß Bier im Hofbräuhaus zu München. Wir hörten französisches Rockradio nahe Metz. Wir fanden Graffiti von Rapid-Fans in Luxemburg. Wir besuchten den Schauplatz der Schlacht von Waterloo in

Belgien. Wir fuhren Rad in Amsterdam. Wir küssten die Meerjungfrau in Kopenhagen, betreten den Freistaat Christiania. Wir schlichen uns in Uppsala bei Stockholm in die Unimensa ein. Wir genossen im Hafen von Bergen in Norwegen Lachs – weil es das billigste Essen war. Und in Tschechien bewunderten wir die Bierpreise. Erst am zehnten und letzten Grenzübergang,

nach 7127 Kilometern, wurde mir klar, dass ich meinen Reisepass bisher kein einziges Mal herzeigen hatte müssen. Das also ist Europa, dachte ich mir Ende September 2005. Für diese Erkenntnis war ich dem grantigen österreichischen Beamten echt dankbar. David Krutzler



Ein Gesicht spanischer Perspektivlosigkeit

Viele junge Spanier verlassen ihr Land in der Hoffnung auf Jobs – Paco landete in Tirol

Katharina Mittelstaedt

Paco sitzt in einem kleinen verrauhten Lokal. Die Luft ist stickig und feucht. Von innen sind die Scheiben milchig beschlagen, von außen prasseln große Regentropfen dagegen. Das Meer. Das Meer vermisse er am meisten, noch mehr als seine Familie, sagt er und lächelt bemüht. Paco ist an der Costa del Sol aufgewachsen. Seinen richtigen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen, weil er „irrelevant“ sei. Er wisse: Seine Geschichte ist bloß eine von unzähligen, die zusammen von der Perspektivlosigkeit einer Generation erzählen. Fast alle seine Freunde hätten Spanien inzwischen verlassen.

Paco ist 27 Jahre alt. Er ging in Málaga zur Schule, war technisch

interessiert, studierte Ingenieurwissenschaften – eine Fachrichtung, mit der man später etwas machen kann, Arbeit findet, dachte er damals.

Heute lebt Paco in Innsbruck und arbeitet als Elektriker. Er kam vergangenen August nach Tirol, weil es in Málaga einfach keine Jobs gab. Nicht nur in seiner Branche, sagt er. In keiner. Die Region, aus der er kommt, lebe ausschließlich von Tourismus und Bauwirtschaft. Seit einigen Jahren auch das nicht mehr besonders gut.

Also entschloss er sich, nach dem Studium das Land zu verlassen. Irgendwohin, wo man arbeiten kann. England sei bei jungen Spaniern für schlechte Bezahlung bei schlechter Behandlung bekannt, der europäische Norden gelte als attraktives, aber teures

Pflaster, die meisten würden nach Deutschland wollen – wegen Angela Merkel, die jeden Tag im spanischen Fernsehen zu sehen sei und dort dem deutschen Wohlstand ein dralles Gesicht gibt.

Paco entschied sich für Österreich. Einer seiner Schulfreunde war bereits hier und schwärmte davon, wie viel Arbeit es gebe. Bereits nach einer Woche hatte Paco einen Job – nur eben auf der Baustelle, nicht als Mechatroniker in einem IT-Unternehmen.

Paco beschwert sich nicht. Er könne mit seinen Händen arbeiten und nebenbei Deutsch lernen, um irgendwann das machen zu können, wofür er eigentlich qualifiziert ist. Beim AMS hatte er gefragt, ob man ihm einen Sprachkurs finanziere. Gern, er müsse dafür nur seinen Job abgeben.

Europa als Traum und Wirklichkeit

Gefährliche Flucht für ein Versprechen

Tausende Menschen riskieren jedes Jahr ihr Leben, um nach Europa zu fliehen. Drei von ihnen, die es bis nach Österreich geschafft haben, erzählen, was sie antrieb, was sie enttäuscht hat und wofür Europa in ihren Augen steht.

Gudrun Springer

Ein freieres Leben wollte Azghar R. Was er bekam, war eine Tracht Prügel. Nach einer „schrecklichen“ Reise aus Afghanistan kam R. im Februar 2012 in Griechenland an. Er schlug sich irgendwie durch, vom Staat erhielt er keine Unterstützung, sagt der gelernte Schneider. „Wir haben im Park geschlafen und wurden von Albanern verprügelt.“ Gegessen habe er, was ihm kirchliche Helfer gaben.

Dabei hatte Azghar R. zuvor nur Gutes von Europa gehört: Man

könne dort frei leben und frei reden. Das war R. aus politischen Gründen im Iran nicht möglich gewesen – auch nicht in Afghanistan, wo er später gelebt hat.

Rund zehn Jahre lang war er zwischen diesen beiden Ländern hin- und herpendelt. Als seine Mutter in Afghanistan schwer krank wurde und dann starb, zog er einen Schlusstrich. „Da gab es nichts mehr, weshalb ich bleiben wollte“, sagt der 28-Jährige heute. „Aber irgendwo muss man Ruhe finden und leben können.“ Also packte R. seine Sachen und floh – mit dem Ziel Europa.

Mitte 2013 zählte die Flüchtlingsagentur UNHCR in Europa rund 238.000 anerkannte Flüchtlinge. Und die illegale Zuwanderung nimmt dramatisch zu. In den ersten vier Monaten des Jahres 2014 wurden an den Außengrenzen der EU rund 42.000 Flüchtlinge aufgegriffen – mehr als dreimal so viele wie im gleichen Zeitraum 2013.

Im Sommer, wenn das Wetter besser ist, versuchen in der Regel mehr Menschen als im Winter, sich nach Europa durchzuschlagen. Dann ist mit einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen zu rechnen. Grund für die Zunahme in den vergangenen Monaten, so meint der stellvertretende Direktor der Frontex, Gil Arias-Fernandez, seien Konflikte wie in Syrien und die schlechten Lebensbedingungen in vielen afrikanischen Ländern.

Tod im Mittelmeer

Oft ist das Mittelmeer die letzte Hürde auf dem Weg – mehr als 700 Menschen brachte sie im Vorjahr nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) den Tod. Die Dunkelziffer dürfte weit höher sein.

Scott E. will nicht genauer ausführen, wie er nach Österreich gelangt ist. Er habe „jemanden gehabt, der mir geholfen hat“, erklärt der Nigerianer nur knapp. Wie er auf die Idee gekommen ist, nach Europa zu ziehen? „Gott hat mich geschickt“, sagt der 33-Jährige und zitiert einen Vers aus der Bibel. Die Bibel trägt E. in einer Aktentasche immer bei sich. Beten ist ihm wichtig. Jetzt betet er immer in einer protestantischen Kirche in Wien, wie er sagt.

Als der Nigerianer nach Österreich kam, fiel ihm als Erstes auf, „dass es 24 Stunden am Tag Strom und Licht und so gute Straßen gibt“, so sagt er. Vorher ausgemalt habe er sich den Kontinent im Norden eigentlich nicht.

Ganz anders Zalina O.: Kurz nach dem Schulabschluss hatte ihr eine Freundin von einer Reise nach Europa erzählt. „Sie hat gesagt, dass es dort viel ruhiger ist“, erinnert sich die 34-Jährige heute. Viel ruhiger als in Näsara, einer 93.000-Einwohner-Stadt in einer von Landwirtschaft geprägten Region der russischen Teilrepublik Inguschetien. Dieses Gespräch pflanzte einen kleinen Keim in O.s Kopf, der nach und nach wuchs. Korruption und Kriminalität machten Zalina O. das Leben im Nordkaukasus schwer. Sie floh



Für viele afrikanische Flüchtlinge ein europäischer Sehnsuchtsort hinter Gittern: die spanische Stadt Melilla in Nordafrika. Foto: Marot

Jahre später nach Europa – mit dem Ziel, in Freiheit zu leben.

Miriam Mlenar kennt die Erwartungen vieler Flüchtlinge an Europa. Sie hat mehrere Einrichtungen für Asylwerber geleitet, bevor sie Leiterin des Teilbereichs Asyl und Integration bei der Caritas Wien wurde. „Europa steht sehr dafür, dass man die Möglichkeit hat, ein besseres, sichereres, gesünderes Leben zu führen“, sagt Mlenar. „Aber das Leben holt die Menschen sehr schnell ein.“

Zwar werde dann vieles tatsächlich als besser als in den Heimatländern wahrgenommen, doch die Prozedur des Asylverfahrens mit den Einvernahmen, das Wohnen in einer Erstaufnahmestelle, das „zur Untätigkeit gezwungen sein“ und sich nichts

aufbauen zu können lasse viele ihre Traumata lange nicht aufarbeiten, sagt Mlenar.

Flüchtlinge würden aber im Allgemeinen trotz ihrer eingeschränkten Möglichkeiten das Leben in Europa als freier oder besser erleben als in ihren Herkunftsländern – nicht nur wenn dort Krieg herrscht. „Zum Beispiel auch, wenn Frauen sehen, wie viele Rechte Frauen hier haben“, sagt Mlenar.

So sieht es auch Zalina O. Die gelernte Buchhalterin darf nicht arbeiten, obwohl sie es gerne täte. Sie war in Polen, der Schweiz, reiste „neun Jahre lang durch ganz Europa“. Nun lebt sie mit ihren Kindern im Caritas-Haus Amadu in Wien. Von ihrem Mann hat sie sich getrennt. „Nirgends war es so schlecht wie in Russland“, sagt sie. In Europa gefällt ihr die Ästhetik der Plätze und der Gebäude, wenn sie auf die Museen in Wien zu sprechen kommt, gerät sie ins Schwärmen.

Fußballtraum ausgeträumt

Auch Afghane Azghar R. fühlt sich in Wien wohl – obwohl aus seinem ursprünglichen Traum nichts geworden ist. R. wollte Fußballtrainer werden und nach Deutschland gehen – oder nach Manchester. Nun teilt er den Schlafraum mit sechs anderen Männern im Wohnheim. „Deshalb kann ich nicht wirklich Sport machen“, sagt er. Außerdem bedrückt ihn seine rechtliche Lage: R.s Asylantrag wurde rechtskräftig abgelehnt. Er hat einen Antrag auf Duldung gestellt.

Trotzdem steht Europa für ihn für Gleichberechtigung. „Ich habe sogar ein Foto mit dem Bundespräsidenten“, erzählt R. sichtlich stolz. Beim Hochwasser 2013 hatte er sich als Freiwilliger engagiert. Heinz Fischer dankte den Helfern dann persönlich in einem Festakt. „So etwas wäre in Afghanistan undenkbar“, sagt R.



49. Symposium „Die Zukunft des Wohnens“

Bauland für leistbare Wohnungen:

GESCHÜTZT ODER GEWIDMET

Anrainerinteressen, Natur- und Denkmalschutz im Konflikt mit steigendem Wohnraumbedarf

Eröffnung

DI Michaela Trojan

Geschäftsführerin Wohnfonds Wien, Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung

Einstieg ins Thema

Dr. Hannes Swoboda

Europa-Abgeordneter, ehemaliger Planungsstadtrat in Wien

Statements der Experten

Univ.-Prof. DI Rudolf Scheuven

Dekan der Fakultät für Architektur und Raumplanung TU Wien

DI Thomas Knoll

Landschaftsökologie und -gestaltung, Universität für Bodenkultur

DI Thomas Madreiter

Planungsdirektor, Stadtbaudirektion der Stadt Wien

Konzepte aus der Praxis

Mag. Christian Krainer

Geschäftsführer ÖWG Wohnbau, gbv-Landesobmann Steiermark

DI Dr. Bernd Rießland

Vorstandsmitglied Sozialbau, Gemeinnützige Wohnungs-AG, Wien

Ideen aus der Diskussion

Tischgespräche aller Teilnehmer, Vorschläge an die Politik

Die politische Debatte

Mag. Maria Vassilakou

Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr und BürgerInnenbeteiligung Wien, Die Grünen

Mag. Johannes Tratter

Landesrat für Raumordnung und Wohnbauförderung Tirol, ÖVP

Der Moderator

Dr. Gerfried Sperl, DER STANDARD

Wann: Donnerstag, 12. Juni 2014, 15.00–20.00 Uhr
Wo: Veranstaltungssaal im Wohnprojekt Wien, Wien 2
Kosten: EUR 96,- inkl. 20 % MwSt. und Abendessen
Anmeldung an: Wohnen Plus, Fachmagazin der Gemeinnützigen
 Fax: 01/513 19 15-3, E-Mail: wohnen.plus@aon.at
Auskünfte bei: Alexander Dolezal
 Mo–Fr 10.00–16.00 Uhr unter 01/513 19 15

wohnen+plus
DIE GEMEINNÜTZIGEN



wohnen_fonds_wien
Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung



Anmeldeschluss: Dienstag, 3. Juni 2014

derStandard.at/Events

Schatzinsel Europa

Treasure Island – The Most European Supermarket. Am Anfang meines Studienaufenthaltes in Chicago habe ich noch abschätzig über das Branding einer amerikanischen Supermarktkette gelacht. Was sollte das überhaupt sein, ein europäischer Supermarkt? Ein Lebensmittelgeschäft ohne Bananen und Mangos, nur mit Speck, Brie und Oliven?

Erst im Laufe der Zeit erschloss sich mir die Faszination der Amerikaner für alles, was annähernd mit Europa zu tun hat. Das begann damit, dass jeder, der sich mir vorstellte, zuerst seine europäischen Wurzeln aufzählte. Es war aber auch da zu spüren, wo mir mein Akzent sichtbar Sympathiepunkte ein-

brachte. Es zeigte sich bei rudimentären Dingen, als etwa meine jungen Studienkollegen vom Kleidungs geschmack der Europäer schwärzten und den Jogginghosen am Uni-Campus den Kampf ansagen wollten. Auch da musste ich lachen, weil sich mir Bilder aus der Wiener U-Bahn aufdrängten.

Meine Amerikaner waren überzeugt: Stil und Tradition, ob das nun Essen, Kleidung, Kultur und Geschichte betrifft, kommt nur aus Europa. Dass jedes europäische Land seine Eigenheiten hat, war zweitrangig. Mir wurde jedenfalls bewusst, dass Europa andernorts sehr stark als Einheit wahrgenommen wird. Nur wir selbst tun uns schwer damit. Teresa Eder





Die verschie

Die Europäische Union hat 28 Mitgliedsländer und klar definierte Grenzen. Doch Europa geht darüber hinaus, das geografische Europa hat etwa andere Grenzen als das kulturelle. Am deutlichsten wird das in den Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

EU – Schengen – Eurozone – Beitrittskandidaten

- EU und Schengen
- EU aber Nicht-Schengen
- Nicht-EU, aber Schengen
- Kandidatenstatus mit Verhandlungen
- Kandidatenstatus ohne Verhandlungen
- € Euro als Nationalwährung



FLÄCHE:

EU	4,2 Millionen km ²
Schengen	4,0 Millionen km ²
Euro	2,6 Millionen km ²

Komplexes Europa

Einige Länder sind nicht als Ganzes internationalen Organisationen beigetreten. Im Europarecht werden diese Gebiete eingeteilt in „Überseeische Länder und Hoheitsgebiete“ (ÜLG), die der EU prinzipiell nicht angehören, aber assoziiert sind, und „Gebiete in äußerster Randlage“ (GÄR), auf die Ausnahmen zutreffen, die aber Teile des EU-Territoriums sind. Einige Fälle seien hier angeführt:

Grönland (ÜLG) ist autonomer Bestandteil des Königreichs Dänemark, mit dem es 1973 zur Europäischen Gemeinschaft, der Vorläuferorganisation der EU, beitrug. Schon 1985 erfolgte der Austritt. Ein Grund dafür war die Überfischung durch Hochseeflotten anderer europäischer Staaten, was durch die EG-Mitgliedschaft legitim war. Anders als Dänemark ist Grönland seit 1985 also kein Mitglied der Europäischen Union, wohl aber des Europarats. Die **Färöer-Inseln** konnten diese Schwierigkeiten vermeiden, indem Dänemark sie bei seinem EG-Beitritt gleich von ebendiesem ausnahm.

Gibraltar ist der südlichste Spitz der Iberischen Halbinsel und gehört nicht zu Spanien, sondern ist ein **britisches Überseegebiet** und als solches EU-Mitglied. Die nördliche Grenze zu Spanien ist eine Schengen-Außengrenze.

Französisch-Guyana (GAR) ist ein Überseedépartement Frankreichs. Damit ist es Teil der EU und der Währungsunion, gehört aber nicht zum Schengen-Raum. Das **Raumfahrtzentrum Guyana** ist der Weltraumbahnhof der Europäischen Weltraumorganisation ESA.



denen Europas



Die auf diesen Seiten abgebildeten thematischen Karten bilden die Mitgliedsländer von verschiedenen europäischen Organisationen ab. Die vielen verschiedenen Farben zeigen: Europa ist vielfältig. Von Fatih Aydođu und Markus Hametner. Eine interaktive Version finden Sie auf derStandard.at.

Europarat – UEFA – Eurovision



Europarat



Fläche: 23,2 Millionen km²

Der 1949 gegründete **Europarat** ist die älteste internationale politische Organisation des Kontinents, mit seiner Gründung begann die politische Einigung. Er hat derzeit **47 Mitglieder**, bei seiner Gründung waren es zehn. Ziel der Vereinigung ist es, die Demokratie zu stärken sowie die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Der **Europarat** ist komplett unabhängig von der **Europäischen Union**, sein Sitz in **Straßburg** diente aber lange Zeit dem Europäischen Parlament als Plenarsaal. Er ist nicht zu verwechseln mit dem **Europäischen Rat**, dem obersten Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU, und dem Rat der Europäischen Union, wo sich die Fachminister der EU-Mitgliedsstaaten treffen.

UEFA



Fläche: 25,8 Millionen km²

Die **UEFA** (Französisch für „*Union des Associations Européennes de Football*“) ist die Vereinigung von **54 Landes- und Regionalfußballverbänden**, die die **Europameisterschaften**, die **Champions League** oder die **Europa League** veranstalten.

Einen **britischen Fußballverband** sucht man vergeblich auf der Mitgliederliste, da die **UEFA**, anders als die anderen Organisationen, auch aus regionalen und nicht nur nationalen Organisationen besteht. Stattdessen sind im Falle Großbritanniens die regionalen Verbände **England**, **Schottland**, **Wales** und **Nordirland** Teil der **UEFA**.

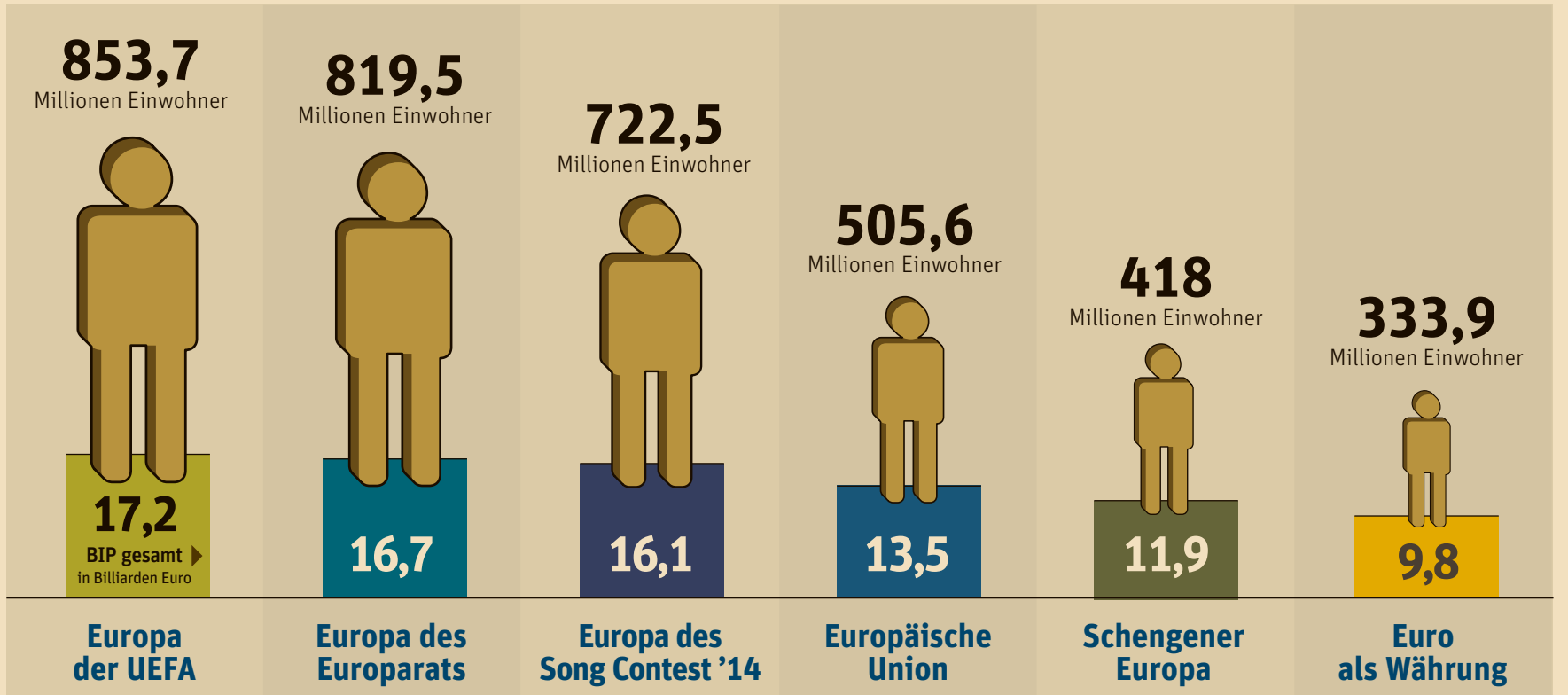
Eurovision



Fläche: 21,8 Mio.km²

Die **Eurovision** ist eine Organisation für den Austausch von Fernsehprogrammen und -nachrichten und ist Teil der **Union der Europäischen Rundfunkorganisationen (EBU)**. Sie organisiert zum Beispiel den **Eurovision Song Contest** und europaweite Übertragungen wie jene des **Wiener Neujahrskonzerts** oder des päpstlichen Segens „*urbi et orbi*“.

In der Karte werden die Teilnehmerländer des **Eurovision Song Contest 2014** dargestellt. Diese ändern sich jedes Jahr, alle **EBU-Mitglieder** sind grundsätzlich teilnahmeberechtigt. Österreich setzte zum Beispiel 2008 bis 2010 seine Teilnahme aus.



Wo die Fundamente der europäischen Kultur gelegt wurden

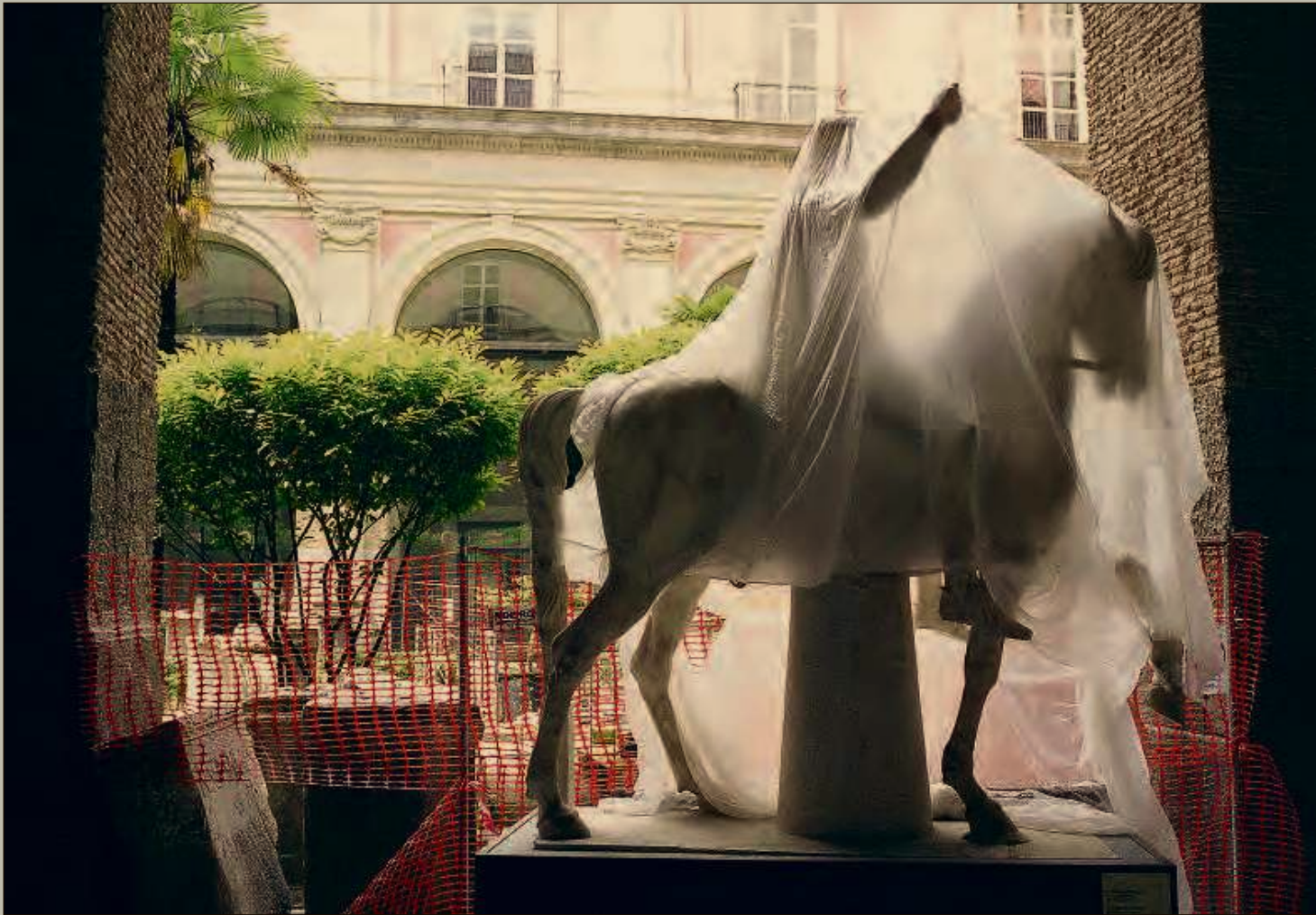


Foto: Frank Schirmermeister



Ziel:
Archäologisches Museum
Neapel
Italien



Abfahrt: Panscharewo
Strecke: 1902 km



Zeit: 19 h 4 min



Next Stop: Bukarest / S. 40

Am Anfang mussten alle rudern

Die Entstehung der Demokratie, die Herausbildung eines systematischen Rechtssystems und die überlegene Fähigkeit, von anderen Kulturen zu lernen: wie Europa in den antiken Reichen der Griechen und Römer seinen Ausgang nahm.

Alois Pumhösel

Um ein Schiff durch Rudern fortzubewegen, bedarf es koordinierter Anstrengung. Immerhin sitzen alle im selben Boot, und nur Zusammenarbeit führt ans Ziel. Eine Gemeinschaft bildet sich. Das Überqueren der Meere trug in der Antike auch dazu bei, dass sich die Vorstellung von einer idealen Gemeinschaft veränderte. Hin zu mehr Teilhabe Einzelner. Hin zur Demokratie.

Athen konnte seine Stellung als Seemacht im fünften Jahrhundert vor Christus nur halten, indem es tausende Bewohner des Stadtstaats, die selbst nicht der Aristokratie angehörten, als Ruderer einsetzte. „Es gab immer einen Zu-

sammenhang zwischen dem Beitrag, den der Einzelne zur Wehrhaftigkeit einer Polis leistet, und seiner politischen Partizipation. Entsprechend dieser Korrelation wollten die Ruderer auch Mitspracherechte haben“, beschreibt der deutsche Althistoriker, Altphilologe und Wissenschaftsvermittler Karl-Wilhelm Weeber im Gespräch mit dem STANDARD eine der Grundlagen für die Entstehung der Demokratie im alten Athen.

Als die gegenwärtige Finanzkrise über Griechenland hereinbrach, schrieb Weeber sein Buch *Hellas sei Dank! Was Europa den Griechen schuldet* (Siedler), um daran zu erinnern, wo die Fundamente der europäischen Kultur gelegt wurden: Was ist schon eine Wirt-

schaftskrise gegen die Entwicklung der Demokratie, der Philosophie, des Theaters?

Im alten Griechenland führte die neue politische Anteilnahme der „Kakoi“, der „Schlechten“, zu einem neuen Selbstbewusstsein. „Nachdem die Aristokraten jahrhundertlang gepredigt hatten, dass sie nichts wert sind, stellen die Unterdrückten nun fest: Wir schaffen das auch!“ – Ein Quantensprung im sozialen Zusammenleben, der einen vergleichsweise großen Teil der Gesellschaft mit neuem Ehrgeiz versah. Für Vollbürger wurde es selbstverständlich, sich einzubringen – eine Eigenschaft, die heute wieder als Vorbild dienen könnte. Die Rhetorik, Mittel der effektiven Beeinflussung, wurde zur Kunstform.

Warum aber waren die Griechen so erfolgreich? Warum sind ihre Lehren nicht im Staub der Geschichte versunken wie viele andere? Auch sie waren beeinflusst von älteren Kulturen und hatten etwa astronomisches Wissen von den Babyloniern übernommen. Auch der Chronist Herodot glaubte, dass von den Barbaren einiges zu lernen sei. „Die Griechen haben nicht alles erfunden, aber sie haben über den Tellerrand hinausgesehen“, sagt Weeber.

Antike Horizonsweiterung

Offenheit und Wissensdrang, Annahmen hinzuschreiben und der Kritik preiszugeben, einen Diskurs entstehen lassen – das seien alles Dinge, die uns die Griechen mit auf den Weg gegeben haben, erklärt Weeber. „Sie haben uns gelehrt, aus den Erfahrungen ein System abzuleiten und Methoden zu entwickeln.“

Dass die Lehren der Griechen die Zeiten überdauern konnten, ist den Römern zu verdanken. Auch sie legten eine erstaunliche Offenheit und Adaptionfähigkeit an den Tag: „Bei allem Machtstreben, bei aller Gewalt, die sie ausgeübt haben, war es eine große Leistung der Römer, dass sie ihre kulturelle Unterlegenheit gegen-

über den Griechen erkannt haben“, erklärt Weeber, der mit dem Buch *Rom sei Dank!* bereits auch die Leistungen der Römer gepriesen hat. „Sie haben das Fremde angenommen. Sie haben es zum Vorbild und nicht platt gemacht.“

Die Römer übernahmen griechische Grundlagen in Medizin, Mathematik, Theater, Ästhetik, Literatur, Philosophie. Sie entwickelten sie weiter und verbreiteten sie in den eroberten Gebieten. „Die kulturelle Missionierung war ein Mittel der Herrschaftssicherung, ein Mittel, lokale Eliten an sich zu binden“, sagt Weeber.

Die Römer waren es auch, die den Grundstein für moderne Rechtssysteme legten. „Die Abkopplung des Rechts von der Willkür der Priester ist früh in der römischen Zeit passiert.“ Mit der Zeit kam eine große Fallsammlung zustande, systematische Rechtsregeln gingen hervor. Man

konnte etwa nicht zweimal für dasselbe Delikt angeklagt werden. Im Zweifel lag das Recht aufseiten des Angeklagten. Und, so Weeber: „Das Eigentumsrecht wurde sehr hoch angesiedelt, das merken wir heute noch in den europäischen Rechtsordnungen.“ Die Römer sind also mitschuldig, dass wir materiellen Dingen so viel Bedeutung geben, könnte man folgern.

Kirche konserviert

Ausgerechnet das Christentum sorgte dafür, dass das antike Wissen nicht vergessen wurde. Die Kirche hielt die lateinische Sprache, den „Transmissionsriemen in die Neuzeit“, am Leben. Dank ihr wissen wir heute etwa, dass im Mythos Zeus als weißer Stier die phönizische Königstochter Europa mit eindeutigen Absichten übers Meer nach Kreta entführte. Die alten Griechen und Römer entführten dagegen die Europäer in eine Welt, in der systematisches Denken und gemeinsame Entscheidungen als Ideale gelten.



Die serbische Straßenverkäuferin

Zerschossene, zerbombte Bauwerke zeugten noch von den Nato-Luftangriffen im Jahr 1999. Über Belgrad lag bei meinem ersten Besuch einige Jahre später noch der Schatten des Krieges. Als einer von noch wenigen Touristen glaubte ich noch eine kriegsbedingte Zurückgezogenheit, eine scheue Distanz gegenüber Fremden zu verspüren.

Sinnbildlich für den melancholischen Schleier, den ich wahrzunehmen glaubte, blieb mir eine ältere Dame in Erinnerung. Sie sprach mich an, als ich mich auf einer Bank nahe dem Kalmegdan-Park von den Stadtwanderungen ausruhte. Sie wollte mir Jugoslawien-Memorabilien für wenige Cent verkaufen. Dennoch ver-

mittelte sie nicht den Eindruck einer Straßenverkäuferin. Sie sprach Englisch und Französisch, aus ihrem Auftreten sprach Stil und Bildung. Merkbar unangenehm war es ihr, mir ihren Tand anbieten zu müssen, entsprechend zögerlich ging sie vor. Die Erkenntnis, dass sie wohl neu in dem Geschäft sei, rührte mich zutiefst.

Die Belgrader Straßenverkäuferin, sie war ein Fenster raus aus meinem wohlstandsvernebelten Europa. Der Kontrast, den sie in jenem Moment verkörperte, machte klar, dass auch hier nichts selbstverständlich sei. Weder der Wohlstand, den wir haben, noch das soziale Gefüge, in das wir gepresst werden. Alois Pumhösel



Die Meise hat eine Blattlaus

Winzig kleine Insekten, die Pflanzen den Saft aussaugen, machen Hobbygärtnern und landwirtschaftlichen Betrieben oft Probleme. Dabei haben die Blattläuse einige natürliche Feinde.

Gudrun Springer

Frage: Wovon genau ernähren sich Blattläuse?

Antwort: Blattläuse ernähren sich von Pflanzensäften – bevorzugt von kohlenhydratreichen. Nichtverwertbares scheiden sie in Form des sogenannten Honigtaus wieder aus.

Frage: Womit saugen sie den Saft heraus?

Antwort: Dafür verfügen sie über einen Stechrüssel.

Frage: Wer frisst Blattläuse?

Antwort: Bekannteste Feinde der Blattlaus sind Marienkäfer und deren Larven, aber auch bestimmte Mückenlarven und Fliegenmaden saugen die Tiere aus. Es gibt aber auch größere Feinde: die Meisen.

Ö1-KINDERUNI



präsentiert von DER STANDARD

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich

dem Thema „Warum tun Oma die Knie so weh? Alles über Gelenkknorpel.“ Am Samstag im STANDARD. <http://oe1.orf.at>
www.kinderuni.at

Transnationaler Diskurs braucht journalistische Projekte

Paneuropäische Medien? Macht's euch doch selber!

Europas Bild prägen Medien aus den USA und Großbritannien. Europas Medienhäuser halten an der Nation fest. Der Digitalstrategie des „Guardian“ hofft auf Netzwerke von Start-ups und Social Media.

Wolfgang Blau

Wir schreiben jetzt über die EU. Blättern Sie um, klicken Sie weiter. Nicht einmal Schreckensmeldungen zur EU interessieren noch. Die Begründungskette für das Scheitern Europas ist längst etabliert: Angeblich scheitert Europa an seiner transnationalen Währung, der keine transnationale Regierung gegenübersteht. Es scheitert an seinem Demokratiedefizit und am Fehlen einer paneuropäischen Öffentlichkeit, ohne die keine paneuropäische Identität entstehen kann.

Ohne paneuropäische Identität wächst auch keine Bereitschaft in den reichen Mitgliedstaaten, Einbußen zugunsten schwächerer EU-Mitglieder hinzunehmen. Kurz: Europa gibt es eigentlich gar nicht. Das Wort Europa wird in diesen Tagen wieder auf seine geografische Bedeutung zurückgestutzt. Ein altes Muster. Als Fürst Metternich im 19. Jahrhundert die Einigung Italiens verhindern wollte, sagte er auch, Italien sei doch lediglich ein geografischer Begriff.

Europa fehlt aber nicht nur die paneuropäische Mediensphäre, die eine Gegenöffentlichkeit zum anwachsenden Nationalismus bilden könnte. Das kleine bisschen transnationaler Mediensphäre, das Europa bereits hat, wird auch noch von englischsprachigen Medien aus Großbritannien und den USA organisiert.

Journalistische Projekte wie Euronews und Arte mögen zwar interessant sein, Europas Macht-Eliten tragen ihren transnationalen Diskurs jedoch im *Economist* und der *Financial Times* aus, im *Wall*



„Paneuropa“ hat eine Adresse – zum Beispiel in Wien in einem Büro der von Richard Coudenhove-Kalergi 1922 unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs initiierten „Paneuropa-Union“. Foto: APA/Gindl

Street Journal, der *New York Times* und gelegentlich im *Guardian*. Das europaweit meistgelesene Online-Medium heißt BBC.

Der Journalismus dieser Medienhäuser ist exzellent, aber es hilft Europa nicht weiter, wenn die internationale Wahrnehmung der EU, ob in Fragen der Euro-Krise oder des drohenden Kriegs in der Ukraine, im Wesentlichen von US-Medien geprägt wird oder von britischen Redaktionen, die sich nicht als europäisch begreifen.

Ein Missverständnis auf dem Kontinent ist ja, Großbritannien empfinde sich zwar als ein Teil Europas, erwäge nun aber, aus der EU auszutreten. Es ist umgekehrt. Konsens in Großbritannien und den meisten britischen Redaktionen ist, dass das Land nicht Teil Europas ist und es auch nie war, aber eventuell trotzdem EU-Mitglied bleiben könnte.

Zwischendurch nehmen britische und amerikanische Medien auch wohlwollende Positionen gegenüber der EU und sogar dem Euro ein, bei der Suche nach einer europäischen Identität, einem Narrativ, der parallel zu Europas nationalstaatlichen und regionalen Identitäten existieren könnte,

ist von angelsächsischen Medien aber kaum Hilfe zu erwarten.

„Dann macht's euch doch selber!“, würden robustere britische Kollegen zu solchen Beschwerden sagen, und sie haben Recht. Warum eigentlich nicht? Was hindert die journalistischen Marktführer der 27 anderen Mitgliedsstaaten daran, zu wagen, was kanadische, amerikanische und britische Medienhäuser auf dem europäischen Kontinent längst wagen?

Die kanadische Website *VICE* betreibt in vierzehn EU-Staaten regionale Ausgaben, die amerikanische *Huffington Post* ist in fünf, *Buzzfeed.com* bereits in drei EU-Staaten vertreten. Die *New York Times* hat ihren *International Herald Tribune* als *International New York Times* neu gestartet und bewirbt die Zeitung europaweit.

Der britische *Economist* ist meistgekauftes ausländisches Printprodukt an Deutschlands Bahnhofskiosken und verkauft in Kontinentaleuropa durchschnittlich 245.000 Exemplare. Der *Guardian* hat noch keine europäischen Expansionspläne, beobachtet aber, dass die Zahl seiner „Unique Browsers“ vom europäischen

Kontinent im letzten Jahr um 25 Prozent gewachsen ist.

Im globalen Ranking des Marktforschers Comscore kommen von den 25 weltweit meistgelesenen Nachrichtensites elf aus den USA, elf aus China und drei aus Großbritannien. Kontinentaleuropa ist zwar der weltweit stärkste Wirtschaftsraum, hat aber keine starke journalistische Stimme, die – jenseits der Presseschauen – international oder auch nur innerhalb Europas wahrgenommen wird.

Weshalb nicht? Die Liste der strukturellen Hindernisse ist rasch erzählt. Es ist lukrativer, ein journalistisches Startup in den USA zu gründen, wo nicht nur ein einheitlicher Sprachraum, sondern auch ein kontinentaler Werbemarkt existieren. Es gibt dagegen kaum Werbekunden, die bereits paneuropäische Kampagnen buchen möchten.

Dass angelsächsische Medien trotzdem in Europa investieren, ist nur als Teil ihrer globalen Strategien verständlich. Europa ist für sie Nebenschauplatz. Dennoch dürften die europaweiten Netzwerke aus lokalen Redaktionen und Verkaufsteams, die *Huffing-*

ton Post, *Buzzfeed* und *Vice* gerade errichten, den traditionellen Korrespondenten-Netzen europäischer Zeitungen bald überlegen sein.

Vielleicht steht den traditionsreichen Medienhäusern Europas auch noch die eigene Redaktionskultur im Weg. Den meisten Zeitungshäusern fällt es nicht nur schwer, Redaktionen zu rekrutieren, die nur annähernd die ethnische Zusammensetzung ihrer Heimatmärkte widerspiegeln, sie sind auch journalistisch übermäßig in den Nationalstaat und die Innenpolitik investiert, trotz deren schwindender Gestaltungsfähigkeit.

Selbst in ihrer Namensgebung haben sich Zeitungen in aller Welt oft als synonym mit dem Nationalstaat präsentiert, seien es Neugründungen wie die Zeitung *Österreich* oder ältere Marken wie *La Repubblica* und *El País* oder *La Nación*. Das Markenversprechen der auf dem Kontinent meistverkauften Tageszeitung *Bild* ließe sich auch zusammenfassen als „Wir sind Deutschland. Alle anderen schreiben nur darüber.“ Der Weg zum europäischen Medium ist von hier aus weiter als von New York.

„Macht's euch doch selber“ könnte also bedeuten, dass die europäische Mediensphäre eher aus Netzwerken lokaler Startups entstehen wird, als aus Kooperationen journalistisch starker, aber zu traditionsreicher Medienhäuser. Und nirgends wird schon jetzt so viel über Grenzen hinweg diskutiert wie in der bedeutendsten Mediensphäre unserer Zeit, den sozialen Netzwerken.

WOLFGANG BLAU (46) ist seit 2013 Direktor für Digitalstrategie beim britischen Qualitätsmedienhaus um den „Guardian“. Blau war 2008 bis 2013 Chefredakteur von „Zeit Online“, davor in San Francisco und Washington freier Journalist für „Die Welt“, ZDF, ORF und die Deutsche Welle.

MEHR ÜBER MEDIEN

Was sich in der Welt der Medien und der Werbung tagesaktuell tut, finden Sie wie stets im Internet unter:

derStandard.at/Etat



„Blättern Sie weiter, wir schreiben über die EU“: Blau.

Foto: sagapacific

GÜNTER TRAXLER

Zwei Opfer Straches

Man kann es nicht anders sagen: Es ist erschütternd, was die Verknüpfung eines Menschen durch eine grausame Umwelt in demselben anrichten kann. Die Tragödie zeichnet sich schon auf dem Titelblatt der aktuellen Ausgabe von „Zur Zeit“ ab, wo hinter den Zeilen *Politisch korrekt – Ein Gespenst geht um* eine schwärzlich-graue Fratze dem freiheitlichen Leser eiskalte Schauer über den Rücken jagt. Das bedauernde Opfer dieses Gespensts ist niemand anderer als Andreas Mölzer, der in dem Blatt gleich zwei Erklärungen in eigener Sache abgeben darf – als Herausgeber hat er da gewisse Rechte: Eine persönliche Erklärung und eine Rücktrittserklärung.

Die erste ist mit dem Bekenntnis überschrieben: „Ich gebe dem PC-Terror nicht nach“, wobei seine folgende Selbstbeweinung als Opfer der *Faschismuskeule* erhebt, dass PC in diesem Fall nicht Personal Computer, sondern nur Political Correctness bedeuten kann. Gleichzeitig zum Opfer der *Faschismuskeule* und der PC zu werden, ist ein deutsches Schicksal, das seit den Nibelungen ä-

berst selten zu beobachten war, und nur noch getoppt werden kann, wenn man gleichzeitig Opfer des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands und der jüdischen Weltverschwörung wird. In Mölzers Fall ist es schlimmer: Es waren seine Gesinnungsgenossen, die ihn mit erhobener PC-Keule aus dem Paradies der EU vertrieben.

Man hat es mir verwehrt, anhand von Fakten meine in Wirklichkeit scharfe Verurteilung des NS-Gewaltregimes sowie meinen großen Respekt gegenüber allen Völkern und Rassen offenzulegen. Das muss einem erst einmal widerfahren! Da will man jahrelang seine in Wirklichkeit scharfe Verurteilung diverser Unzukömmlichkeiten offenlegen, und nur weil einem einmal ein Negerkonglomerat dazwischenkommt, wird es verwehrt.

Ich habe in der Vergangenheit in verschiedenen Publikationen, aus freien Stücken, somit ohne

dazu aufgefordert worden zu sein, meine Abscheu über die fürchterlichen Verbrechen des NS-Regimes zum Ausdruck gebracht und ausdrücklich betont, dass diese Verbrechen weder geleugnet noch verharmlost oder gar relativiert werden dürfen. Ich habe endlich vorbehaltlos dazu aufgefordert, diese Verbrechen endlich vorbehaltlos zu verurteilen. Er hat das nicht nur in verschiedenen Publikationen getan, sondern auch noch aus freien Stücken – wie soll man

jungen Menschen erklären, warum ein solcher Aufreder und Betoner nicht nur nicht längst Ehrenmitglied der Widerstandsbewegung ist, sondern seine hohen ethischen Ansprüche auch nicht mehr im EU-Parlament vertreten und einer Marine Le Pen dortselbst die Stirn bieten darf?

Ebenso völlig zu Unrecht wird mir nun auch eine rassistische Gesinnung unterstellt. Ich habe in vielen Beiträgen meinen großen Respekt gegenüber anderen Völkern und Rassen zum Ausdruck gebracht. Die Völker und Rassen werden zweifellos hochbeglückt gewesen sein über diese Ausdrücke des großen Respekts, aber sind sie Mölzer beigesprungen, als Strache, dieser PC-Terrorist, ihn mit allen Mitteln als Kontrahent um ein EU-Mandat ausschaltete?

Denn so war es, wie aus der Rücktrittserklärung hervorgeht. Nicht der anhaltende Druck der gesamten politischen Medienlandschaft und die geheuchelte Empörung des politischen Establishments der Republik, auch nicht die von der ultralinken Jagdgesellschaft organisierte Hetze zwecks strafrechtli-

cher Verfolgung meiner Person veranlassen mich dazu. Es ist der offensichtliche Vertrauensverlust in meiner Partei, der mich dazu bewegt. Wo soll das noch hinführen, wo er doch nichts Unredliches getan hat, außer der politisch nicht korrekten Formulierung nonkonformistischer Meinungen?

Aber Obacht, jetzt schlägt er endlich zurück. Sollte ich trotz dieser Klarstellung weiterhin mit Nazismus- und Rassismusrwürfen konfrontiert werden, werde ich mich gezwungen sehen, alle medialen und nötigenfalls auch rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Eine klarere Konfrontation mit Rassismusrwürfen als seine Eliminierung als EU-Kandidat ist schwer denkbar, Strache wird schon zittern. Der hat inzwischen ein anderes Opfer gefunden – den Säulenheiligen der ÖVP Leopold Figl. Dessen Balkonsager vom Mai 1955 „Österreich ist frei“ baute er in einen Wahlrap ein, mit der Ergänzung: Dank dieser EU ist 's fast vorbei.

Ein Großneffe Figls fühlte sich in „Heute“ und „Österreich“ betroffen. Andreas Mölzer hätte mehr Respekt gezeigt.



BLATTSALAT

Ein Museum über das Scheitern der EU als Denkanstoß



Eine vergilbte Karte im fiktiven Museum von Thomas Bellinck zeigt die EU in ihrer größten Ausdehnung: Als letzte neue Mitgliedsstaaten sind Schottland und die Westukraine mit Beitrittsjahr 2017 eingezeichnet. Weißrussland hat zu existieren aufgehört. Foto: J. Kaltenböck

„Auch nationale Identitäten sind Konstruktionen“

Thomas Bellinck wirft mit der Ausstellung „Das Haus der europäischen Geschichte im Exil“ aus der Zukunft einen Blick zurück auf das Ende der EU im Jahr 2018. Im Gespräch mit **Thomas Trenkler** erklärt der belgische Regisseur seine Gründe.

STANDARD: Bei den Wiener Festwochen präsentieren Sie „Das Haus der europäischen Geschichte im Exil“. Wie kamen Sie als Theaterregisseur auf die Idee, eine Ausstellung über das fiktive Scheitern der EU zu inszenieren?
Bellinck: Die KVS, die königlich-flämische Schaubühne in Brüssel, fragte mich, ob ich ein Stück über Jean Monnet, einen der Gründerväter der EU, machen will. Ich habe lange darüber nachgedacht – und kam zur Überzeugung, dass es heute wichtiger ist, über das Ende zu reden als über den Anfang. Ich las zum Beispiel *In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert* von Geert Mak aus dem Jahr 2004. Ein superspannendes Buch. Mak recherchierte auch in Wien und

stellte fest, dass in den österreichischen Medien 1914 sehr viel über das Begräbnis des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand berichtet wurde, aber fast nichts über den kommenden Krieg. Er meint, dass wir uns heute wieder in einer solchen historischen Situation befinden – und das nicht realisieren. Ich glaube, das stimmt. Denn wir haben keine Distanz zur Gegenwart. Daher wollte ich eine Distanz aufzubauen, um die Gegenwart anders zu sehen können. So bin ich auf die Idee eines fiktiven Museums gekommen, das nach der Implosion der EU als Einziges übrig bleibt.



STANDARD: Ist Ihre Ausstellung, die 2013 zunächst in Brüssel zu sehen war, eine Art Warnung?
Bellinck: Ja. Ich bin zwar kritisch, aber ich bin europäisch. Ich wollte mit der Ausstellung ein Gefühl von Nostalgie kreieren. Ein Gefühl, das man normalerweise für etwas hat, das verschwunden ist. Damit sich die Menschen überlegen können, wie es wäre, wenn es die EU nicht mehr geben sollte.

STANDARD: Eine Warnung an die Politik – oder an die Bürger?
Bellinck: An alle. Wir haben am Sonntag Europawahl. Aber kaum einer kennt die europäischen Fraktionen und deren Programme. Man wählt, obwohl es um Europa geht, sehr lokal. Darüber sollte man nachdenken. Manche nationalen Politiker geben uns das Gefühl, die EU sei eine abstrakte Maschine, die Entscheidungen trifft, auf die wir keinen Einfluss haben. Das stimmt so nicht. Wir haben dieses geeinte Europa geschaffen, diese Maschine kreiert. Leider haben wir vergessen, wie sie funktioniert. Ich will den Besuchern sagen: „Das ist eure Maschine! Denkt darüber nach! Denn nur wenn ihr wisst, wie sie funktioniert, könnt ihr sie ändern!“

STANDARD: Die Maschine ist komplex. Sie thematisieren den Lobbyismus, die Verordnungen und Versäumnisse. Hinzu kommt das Bekenntnis zum Kompromiss. Führt es tatsächlich zum Stillstand?
Bellinck: An sich ist es gut, dass man sich nicht mehr auf dem Schlachtfeld gegenübersteht, sondern an einem Tisch sitzt – und dass man so lange redet, bis es eine Lösung gibt. Ich verteidige daher den Kompromiss. Andererseits braucht es sehr lange, bis eine Entscheidung gefällt wird. Leider gibt es heute Parteien, die sagen: „Wir machen keine Kompromisse!“ Das ist erschreckend. Ich sehe auch aus Angst geschlossene Kompromisse kritisch. Die EU hat zum Beispiel keine offizielle Fahne, denn die nationalen Symbole sol-

len wichtiger sein. Es gibt daher nur ein Logo. Aber es darf auch auf Stoff gedruckt werden – und ist dann eigentlich eine Fahne.

STANDARD: Unterliegt die europäische Idee dem Nationalismus?
Bellinck: Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte man, dass der Nationalismus verschwinden wird. Aber jetzt kehrt er wieder. Die europäische Identität ist für viele etwas Fremdes. Etwas, das von oben diktiert wird. Nationalismus hingegen sieht man als etwas Organisches an. Man hat vergessen, dass auch die nationalen Identitäten Konstruktionen sind, sie existieren erst seit ein paar Jahrhun-

und die Westukraine, ein Rumpfstaat ohne Meerzugang, aufgenommen. Haben Sie die Entwicklung in der Ukraine geahnt?
Bellinck: Nein. Der US-Amerikaner George Friedman schrieb 2009 in seinem Buch *Die nächsten hundert Jahre*, dass Russland etwa im Jahr 2015 die Ukraine und danach Weißrussland annektieren werde. Ich fand das hochinteressant, aber vor einem Jahr noch völlig ungläubwürdig. Mein Museum ist zwar fiktiv, aber die dargestellten Szenarien sollten zumindest möglich sein. Daher ließ ich die Ukraine bestehen. Erst für Wien habe ich die Karte aktualisiert. Auf ihr gibt es Weißrussland nicht mehr.



Über Krieg reden, um dafür zu sorgen, dass es keinen Krieg gibt: Das wollte ich mit dem Museum.

STANDARD: Österreich ist genauso eine Konstruktion wie Belgien.

STANDARD: In Österreich gibt es derzeit aber keinen Separatismus.
Bellinck: Meine Eltern sind Flamen. Ihre Generation musste um Grundrechte kämpfen, zum Beispiel um einen Unterricht in der eigenen Sprache. Ich verstehe daher, dass sie ein Nationalgefühl haben. Nationalismus und Separatismus sind, wenn eine Minderheit unterdrückt wird, ein notwendiges Instrument, um sich zu befreien. Damit bin ich einverstanden. Aber der Streit ist ausgefochten. Als ursprünglich niederländisch sprechender Belgier habe ich nie das Gefühl, dass ich unterdrückt werde. Dennoch setzt man weiter auf diese Themen. Mir macht Angst, dass der Nationalismus immer extremer wird.

STANDARD: Auf einer Karte ist die EU in ihrer größten Ausdehnung zu sehen: Als letzte Mitgliedsstaaten werden 2017 Schottland, das sich von Großbritannien losgelöst hat,

STANDARD: Die Ausstellung endet mit einer Selbstmordwelle.

Bellinck: Man berichtet darüber nicht, um Nachahmer zu verhindern. Aber die Zahl der Selbstmorde ist aufgrund der Finanzkrise signifikant gestiegen.

STANDARD: Warum ein so deprimierender Schluss?

Bellinck: Heuer erinnert man an den Ersten Weltkrieg. Flandern vermarktet sich als „Friedensregion“ – obwohl Belgien einer der größten Schusswaffenexporteure in Europa ist. Das ist paradox. Man sagt immer: „Nie wieder Krieg!“ Das hoffe ich auch. Aber was wäre, wenn es wirklich wieder einen Krieg gäbe? Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie Krieg ist. Wir müssen über Krieg reden, um dafür zu sorgen, dass es keinen Krieg gibt. Das wollte ich mit dem Museum.

THOMAS BELLINCK, geboren 1983, ist Regisseur und Mitbegründer der Gruppe Steigeisen in Brüssel. Sein Museum ist bis 15. 6. in der Postgasse 10 zu sehen. Anmeldung notwendig! Foto: Willems

Europa endlich

Früher einmal schien Europa endlos. Als ich im Liegewagen länger als eine Nacht unterwegs war, bis der Zug in die Stationen Termini einfuhr oder in den Gare de l'Est. Damals, 1977, veröffentlichten Kraftwerk auf *Trans Europa Express* eine Art Hymne: „Flüsse, Berge, Wälder – Europa Endlos“.
 Erst später entdeckte ich die wirkliche Endlosigkeit (auch wenn sie natürlich irgendwann endete). Und mir wurde klar, dass man sie erfahren muss. Auf einem kleinen Schiff den Amazonas hinauf nach Manaus, mit dem Bus quer durch den Dschungel oder das, was davon übrig blieb. Mit der transsibirischen Eisenbahn quer durch Russland, mit dem

Leihauto quer durch den Mittleren Westen: Da wie dort fährt man tausende Kilometer geradeaus, ohne dass sich Entscheidendes ändert. In Australien zum Beispiel immer roter Sand, hin und wieder ein totes Rind, seltener noch eine Tankstelle.
 In Europa hingegen wechseln die Landschaften alle paar hundert Kilometer. Am Neusiedlersee sieht Europa ganz anders aus als in den Tauern. Und dort ganz anders als in Südtirol. Auf der einen Seite der Adria sind Sandbänke, auf der anderen Felsen. Die Olivenhaine in der Mancha unterscheiden sich eindeutig von jenen in der Toskana. Mein Europa wurde endlich. Aber zugleich unheimlich bunt.
 Thomas Trenkler



Europa, wie es miteinander und gegeneinander singt



Foto: Frank Schirmer



Ziel:
Bukarest
Rumänien



Abfahrt: Neapel
Strecke: 2232 km



Zeit: 22 h 9 min



Next Stop: Zadar / Seite 47

Als einmal der Weltfrieden drohte

Ein europäisches Phänomen von großer Beharrlichkeit ist der Eurovision Song Contest. Nebst künstlerischem Trallala gilt er punktuell als Gradmesser europäischer Befindlichkeiten. Ernst genommen wird er trotzdem nicht.

Karl Fluch

Europa kann richtig lustig sein. Als das deutsche Dauerwellenwunder Nicole mit dem 1982 besonders zeitgeistigen Lagerfeuergebet *Ein bisschen Frieden* den Eurovision Song Contest gewann, veröffentlichte die Deutsch Amerikanische Freundschaft als Reaktion das Lied *Ein bisschen Krieg*. Angesichts des allgegenwärtigen Wettrüstens in Ost und West war derlei Untergangszynismus ein gängiges Mittel, um in der musikalischen Ära des Postpunk eine gute Zeit zu haben.

So nah am Leben dran war der Song Contest, und um den soll es hier als europäisches Phänomen gehen, selten bis nie. Doch im

Europa des Kalten Kriegs erhob damals gerade das Blümchen der Friedensbewegung sein Köpfchen, aus dem in weiterer Folge die grünen Parteien und mit ihnen ein neues europäisches Bewusstsein entstehen sollten.

Nicoles offenerherziges Flehen sprach nicht nur den deutschen Schunklern aus dem Herzen, sondern Menschen in ganz Europa. Auch wenn wegen des Singsangs die Milch brach, was ist das schon im Vergleich zum drohenden Weltfrieden?

Seit 1956 gibt es dieses Wettsingen. Im Nachkriegseuropa war es ein Symptom für die Überlegung, lieber doch ein friedliches Miteinander zu suchen, anstatt sich weiter auf die Köpfe zu hauen. Was

gibt's da Schöneres, als zu musizieren, sich gemeinsam einfachen Zerstreungen hinzugeben. Zwar widerspiegeln sich in der Punktevergabe bis heute alte nationale Rivalitäten (Österreich versus Deutschland), doch derlei Scharmützel wurden von einem größer werdenden Teilnehmerfeld meist ausgeglichen.

Das jährlich abgehaltene Schlagertreffen konnte damals noch Karrieren befördern, zur belächelten Spaßveranstaltung wurde es später. Fast alle europäischen Länder haben in ihrer Geschichte am Contest teilgenommen. Nur Liechtenstein gelang das trotz Bemühungen nicht, der Vatikan zeigt sich diesbezüglich bis heute ambitionslos.

Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich der Song Contest den jungen und alten Ländern des Ostens, das Teilnehmerfeld vergrößerte sich. Neu entstanden und gerade erst befreiten Natio-

nen bot er eine Möglichkeit, ihren jungen Patriotismus vor großem Publikum auszustellen.

Seit damals gilt der Song Contest immer ein wenig als Stimungsbarometer und Gradmesser dafür, wie sehr die Mauer in den Köpfen der Menschen noch besteht. Gleichzeitig offenbarte sich in den ersten Jahren der Aufholbedarf in Sachen Popkultur in Osteuropa. Dieser Rückstand ist mittlerweile egalisiert, die Musik ist da wie dort meist gleich schlecht.

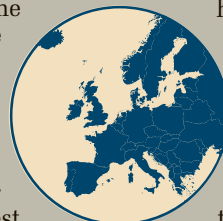
Ohne die permanente Atombombendrohung über dem Haupte, zog in den 1990ern die endgültige Irrelevanz in den Contest ein. Er schien nur noch mit den Mitteln der Satire ertragbar zu sein. Das besorgten hierzulande die Moderatoren Christoph Gresseman und Dirk Stermann auf FM4.

Wegen seiner Mischung aus Glamour und Trash etablierte sich

der selbst in Asien, den USA und Australien Fans aufweisende Contest zu einem Feiertag der homosexuellen Communitys, die ihn mit großer Emphase begleiten. Elend und Triumph sind in dieser Dichte sonst nicht so leicht zu finden, Betonung auf Elend.

Es erfordert also schon ein gehörig Maß an Dummheit, aus diesem wiederkehrenden Kirtag der Belanglosigkeit den Verfall irgendwelcher Werte abzulesen zu wollen und dies öffentlich kundzutun. Aber gut, Fundamentalisten und eingleisiges Denken gehören zusammen wie Gott und der Teufel. Gezeigt hat das der Sieg des österreichischen Beitrags von Conchita Wurst vor zwei Wochen.

Die falsche Dame mit Bart wurde gerade auch wegen der Anfeindungen, denen sie im Vorfeld ausgesetzt war, zur Siegerin gekürt. Man soll das nicht überbewerten, denn, wie gesagt, es ist nur der Song Contest. Es gab in Europa aber schon entmutigendere Entscheidungen.



Preisgekrönt nobel

Mein Europa und ich, wir sind super. Das ist amtlich. Seit 2012 sind wir sogar Friedensnobelpreisträger, also die EU und ich. Das erfüllt mich doch mit Stolz, und ich muss sagen: Es ist ein gerechter Preis. Über sechs Jahrzehnte lang kaum ein Krieg, und das nicht nur aus Faulheit.

Nein. Wir Europäer sind wirklich human geworden. Wir retten sogar Banken. Wobei: Unter uns, für mich persönlich war das keine so außerordentliche Leistung, mir ist die Großzügigkeit wesensimmanent, drum sag ich's geradeheraus: Für mein Geld zahl ich gern!

Da versteht hoffentlich jeder, dass wir für Flüchtlinge nicht auch noch zahlen können. Des-

halb bin ich für die Festung Europa. So ein Nobelpreis ist schließlich ein Auftrag. Herein kommt nur, wen wir brauchen. Sind eh schon so viele da. Wo man hinschaut, ist wer. Aber das sind eben die Zugeständnisse an eine Großfamilie - wobei ich mir die Verwandtschaft bitte schon aussuchen möchte.

Aussuchen, sag ich, nicht ausnutzen. Denn wer sich in meinem Europa vier, fünf Generationen lang nichts zuschulden kommen lässt, wird unverzüglich als Mensch anerkannt. Deswegen gilt Österreich ja als das Herz Europas. Gut, ein bisschen Hirn würd manchmal nicht schaden, aber bisher fahren wir auch so ganz gut.

Karl Fluch



1982 wünschte sich Nicole (ohne Bart) aus Deutschland beim Eurovision Song Contest „Ein bisschen Frieden“. 2014 rang Conchita Wurst der Welt mit „Rise like a Phoenix“ ein bisschen Toleranz ab. Die Konsequenz: ein Termin beim Bundeskanzler.

Fotos: picturedesk.com / Sten Rosenlund, EPA / Jörg Carstensen

Über alle Kontinente zurück nach Europa

Europa ist so herrlich uneinig

Mangelnde Einigkeit kann auch ein Vorteil sein. Dadurch verkörpert Europa eine Botschaft der Freiheit in der Welt und kompensiert seine vielen dunklen Seiten aus der Vergangenheit. Eine Abwägung über das Potenzial der Uneinigkeit.

Edgar Honetschläger

Am Parkplatz vor dem Supermarkt in Rom bietet mir ein Nigerianer Polyestersocken an. Er erzählt vom Ankommen in Sizilien, von der Kälte der Menschen, die ihm im ersehnten Europa entgegenschlägt, vom Fremdsein, von der Krux der Hautfarbe.

Tokio taucht in meiner Erinnerung auf, denn oft genug berührte mich dort eine Welle der Verachtung: „Dein Gesicht verrät dich, du gehörst nicht zu uns!“ Wenn man Gast ist, erfährt man diese Dinge nicht; man muss jahrelang in einer anderen Kultur leben, um ein wenig von ihr zu erahnen.

Gehen wir Richtung Westen, finden wir uns, von Japan aus gesehen, in der neuen Wirtschaftsmacht China – geführt von einem menschenverachtenden Regime, das alles Andersdenken erstickt, ausmerzt und ums Leben bringt. Wir fliehen nach Russland – Pussy Riot ist nur ein Synonym, die Oberen an der Wolga schimpfen uns Europäer „Schwuchtelpartei“.

Bleiben uns noch Afrika, der alte Kontinent der ewigen Hoffnung, und Südamerika. Brasilien als neuer Hoffnungsmarkt ist das Land, das sich über die Jahrhunderte den wohl eigensinnigsten Zugang zu Wirklichkeit erarbeitet hat, eine nicht genuine kulturelle Leistung – vor allem im 20. Jahrhundert. Es unterscheidet sich von allen anderen Staaten Lateinamerikas insofern, als deren Denken und Großstädte müde Repliken eines christlichen Europa sind. Für den Kontinent gilt: Demokratie findet nur partiell statt, der Feudalismus regiert, die längst überholten Strukturen brechen nur langsam auf.

Bleibt das gute alte Amerika als Zukunftsverheißung, sprich Silicon Valley und die Daten der ganzen Welt, die in „the land of the free“ gespeichert werden. Bei einem Vortrag in Los Angeles wagte ich zu fragen: „Seid ihr euch bewusst, dass die Bürger Europas im Moment mehr persönliche Freiheit genießen als ihr Kalifornier?“ Wider Erwarten ertete ich Applaus. Benjamin Franklin sagte: „Es ist die Aufgabe jedes Bürgers, die Autoritäten infrage zu stellen“, und Präsident Franklin D. Roosevelt rund 150 Jahre später: „Die Freiheit der Demokratie ist bedroht, wenn die Bürger das Erblühen individueller Macht bis zu einem Punkt tolerieren, wo sie stärker wird als der demokratische

Staat selbst. Dies ist in seiner Essenz Faschismus, wenn eine einzige Person oder Gruppe die Staatsgewalt innehat.“

Dies ruft das tausendjährige Byzanz ins Gedächtnis, in dem der Kaiser das Recht hatte, jeden Bürger, der zu reich und damit eine Bedrohung für den Staat und die Gemeinschaft wurde, zu enteignen. Stelle ich Amerikas demokratische Prinzipien infrage? In mancher Hinsicht ja, denn die großen, von Konzernen abhängigen Networks er- und unterdrücken die Meinung kritischer Journalisten und Individuen. Die mögen sich heute online in Blogs und in sozialen Medien finden; wir wissen, dass diese Meinungen zusehends innerhalb der befreundeten Gruppe verortet bleiben, sozusagen in einem Gefängnis vermeintlicher Freiheit. Edward Snowden lässt grüßen.

Wenn ich an Zukunft denke, dann fällt mir in erster Linie Demokratie ein. Noch gibt es davon in den meisten europäischen Ländern mehr als sonst wo auf der Welt. Ein Individuum kann ungeschminkt und vor laufender Kamera ein jeweiliges Staatsoberhaupt verunglimpfen und wird nicht unter Verfolgung leiden müssen. Das mag ökonomische Nachteile nach sich

ziehen, aber nichts Existenzbedrohendes. Das nenne ich Freiheit. Das böse Europa, das die Welt so lange geschunden hat, Europa, das nicht allein wegen des Holocausts, sondern auch wegen seiner Kolonialgeschichte leistretreten sollte. Und das tut es auch, denn es ist sich herrlich uneinig.

Solange es so bleibt, kann es nicht so viel Schaden anrichten wie die anderen großen Blöcke. Europa hat gelernt: Vor rund drei Jahren schickte ich ein Foto der damals führenden deutschen Politikerkaste, sprich Bundeskanzler, Finanzminister und Außenminister, an Freunde in aller Welt: eine Frau, einen Mann im Rollstuhl und einen offenen bekennenden Schwulen.

Europa setzt auf Diversität und Kultur – und das muss weiter so bleiben. Vertreiben Politik und Immobilienhaie die über Generationen ansässige Bevölkerung und die Kulturschaffenden aus den Zentren der Städte, so werden diese zu kristallinen, wie zu Eis gefrorenen Skulpturen. Nichts als



Europa und den Euro kann man nicht so einfach in die Tasche stecken, wie manche glauben mögen.

Foto: AP / Virginia Mayo

traurige Fassaden ohne Lichter, die in der Nacht angehen.

Öffnet die immer leerer werdenden Städte des Südens für Einwanderung! Kein Teil der Welt kann auf alle Zeiten von nur einer Kultur besetzt bleiben. Wir können und dürfen uns der aktuellen Völkerwanderung nicht mehr verschließen. Wir brauchen diese Menschen. Amerika hat jahrhundertlang von Immigration profitiert. Ab welcher Generation wird das Europa endlich begreifen?

Europa, heißt es, gerät wirtschaftlich ins Hintertreffen, Europa spielt keine Rolle mehr auf der politischen Weltbühne, Europa ist nicht mehr innovativ! Na und? Wir haben gelernt, eine andere Rolle zu spielen. Die Botschaft der Freiheit in der Welt zu verkörpern könnte eine kleine Wiedergutmachung für unsere dunkle Vergangenheit sein. Nicht die in den neoliberalen Jahren in den Hintergrund gedrängte soziale Nivellierung soll für uns sprechen, sondern der

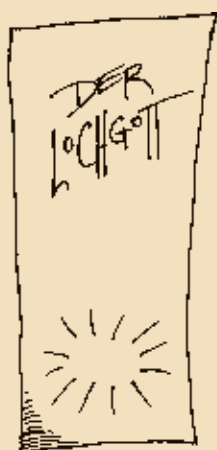
Transfer von Reich zu Arm – an dem wir in der Hoffnung auf eine glückliche Zukunft noch einen langen Weg vor uns haben. In der Verteidigung demokratischer Prinzipien und in der Gleichbehandlung der Bürger – auch jener, die von außen kommen – liegen die Zukunft und die Attraktion Europas.

EDGAR HONETSCHLÄGER (Jg. 1967) ist bildender Künstler und Filmemacher. Er lebt in Japan und Österreich und verbrachte Jahrzehnte in den USA, Brasilien und europäischen Ländern.



Edgar Honetschläger: Europa hat gelernt und tritt leiser.

Foto: APA



KNIET NIEDER UND DANKET
EUREM HERRN! DENN ER
HAT IN UNENDLICHER GNADE
EIN NICHTLOCH FÜR DIE
NICHTWÄHLER GESCHAFFEN!



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

KORREKTUREN

Betrifft: „100 Linke bei rechtem Marsch angezeigt“ von Colette M. Schmidt DER STANDARD, 19. 5. 2014
Wir berichteten über fünf bei dem Polizeieinsatz verletzte Frauen, von denen eine schwanger gewesen sein und in der Folge ihr Kind verloren haben soll. Das entsprach nicht den Tatsachen. Die Frau war weder schwanger noch hat sie ein Kind verloren. In einer Online-Version des Artikels war von einem Sprecher des Roten Kreuzes die Rede. Tatsächlich war die Wiener Rettung vor Ort.

Betrifft: „Buben im Mädchenrock sorgen für Aufruhr“ von Stefan Brändle DER STANDARD, 19. 5. 2014
Im Titel schrieben wir noch von Buben, in einer Bildunterschrift zu oben genanntem Text von „Schuljungs im Rock“. Schulbuben hätten es auch getan.

Betrifft: „Veganes Eis: Ja, dürfen s' denn des?“ von Tobias Müller DER STANDARD, 20. 5. 2014

In diesem Text gaben wir einer der Inhaberinnen des veganen Eissalons in der Wiener Neustiftgasse nicht ihren derzeitigen Namen (Cecilia Havmöller), sondern jenen, den sie bis vor einem Jahr geführt hat (Cecilia Blochberger).

HANS RAUSCHER

Die Neos sollten rasch die Reset-Taste drücken



Auf die Frage in der ORF-Wahlrunde, was denn eine Mindestpensionistin von der EU habe, geriet die Neos-Kandidatin Angelika Mlinar zuerst ins Stottern, dann brach es aus ihr heraus: „Scheiße, das ist schwierig.“

Es ist es auch. Von der Senkung der Roaminggebühren, den Entschädigungen bei Überbuchungen durch die Fluglinie und anderen konsumentenfreundlichen EU-Entscheidungen hat die österreichische Mindestpensionistin persönlich wenig. Nach dem EU-Beitritt sind wegen des Wettbewerbs die Preise von Konsumgütern gesunken; allerdings ist der österreichische Markt jetzt wieder bei Lebensmitteln eine Hochpreisinsel.

Die Vorteile für die Mindestpensionistin sind letztlich indirekt: Die EU-Mitgliedschaft Österreichs ist schlicht gut bis überlebensnotwendig für die Wirtschaft, das ist wieder gut für die Finanzierung des Sozialstaates. Dass ihre Kinder und/oder Enkelkinder sich in diesem Raum generell freier entfalten (Studium, Arbeit) können, kommt noch dazu.

Angelika Mlinar hätte trotzdem so argumentieren können/müssen, aber sie ist offenbar leicht aus dem Konzept zu bringen. Dazu kommt, dass sie wohl auch gar kein besonderes Konzept für den Wahlkampf hatte, denn sonst wäre sie nicht bei einer früheren Diskussion in die Wasserprivatisierungsfalle gegangen.

Aber das war schon immer das Kunststück des alten Liberalen Forums, von dem Frau Mlinar kommt: Bürgerliche Sympathisanten mit (für diese) zu radikalen und auch irrelevanten Themen verschrecken.

Aber auch die eigentlichen Neos um Mathias Strolz müssen dringend auf die Reset-Taste drücken. Die Neos wurden zu Hoffnungsträgern für eine gebildete, leistungsstarke, moderner denkende Schicht, denen ÖVP, SPÖ, Wirtschaftskammer, ÖGB und Arbeiterkammer zu dröge, die Grünen zu staatsgläubig und die FPÖ zu rechts und kulturlos sind.

Dieses Potenzial wird derzeit nicht genutzt, sondern im aktionistischen Kindereien verspielt.

Die Neos hätten Michael Spindeleggers Budgets im Parlament scharf analysieren, mit sachlicher Kompetenz in der Luft zerreißen müssen; stattdessen verließen sie das Hohe Haus. Nur hat in der SPÖ oder ÖVP jemand Begabung für treffende Boshaftigkeit und platzierte pinkfarbene Freizeitutensilien und Botschaften („Bin Bäume umarmen – euer Mathias“) auf den leeren Sitzplätzen.

Mathias Strolz macht im Gespräch geltend, dass es dem politischen Gegner gelungen sei, die Neos auf thematische Nebenschauplätze zu drängen. Mit den „eigentlichen“ Themen will man wieder Tritt fassen – autonome Schulen, Neuregelung des Pensionssystems und Finanzierung des Föderalismus.

Bei der Begründung, warum die Neos die Budgetdebatte im Parlament boykottierten, klingt Empörung und Überraschung durch, wie man denn so abgefeimt sein kann, das Budget noch einmal mit teils windigen Einnahmehöhen aufzubessern. Aber das sind ja genau die Methoden und Mentalitäten, deretwegen die Neos überhaupt entstanden sind, erste Erfolge erzielten und warum sie ein größeres Potenzial haben.

hans.rauscher@derStandard.at

Der Kontinent muss sich ideologisch neu erfinden

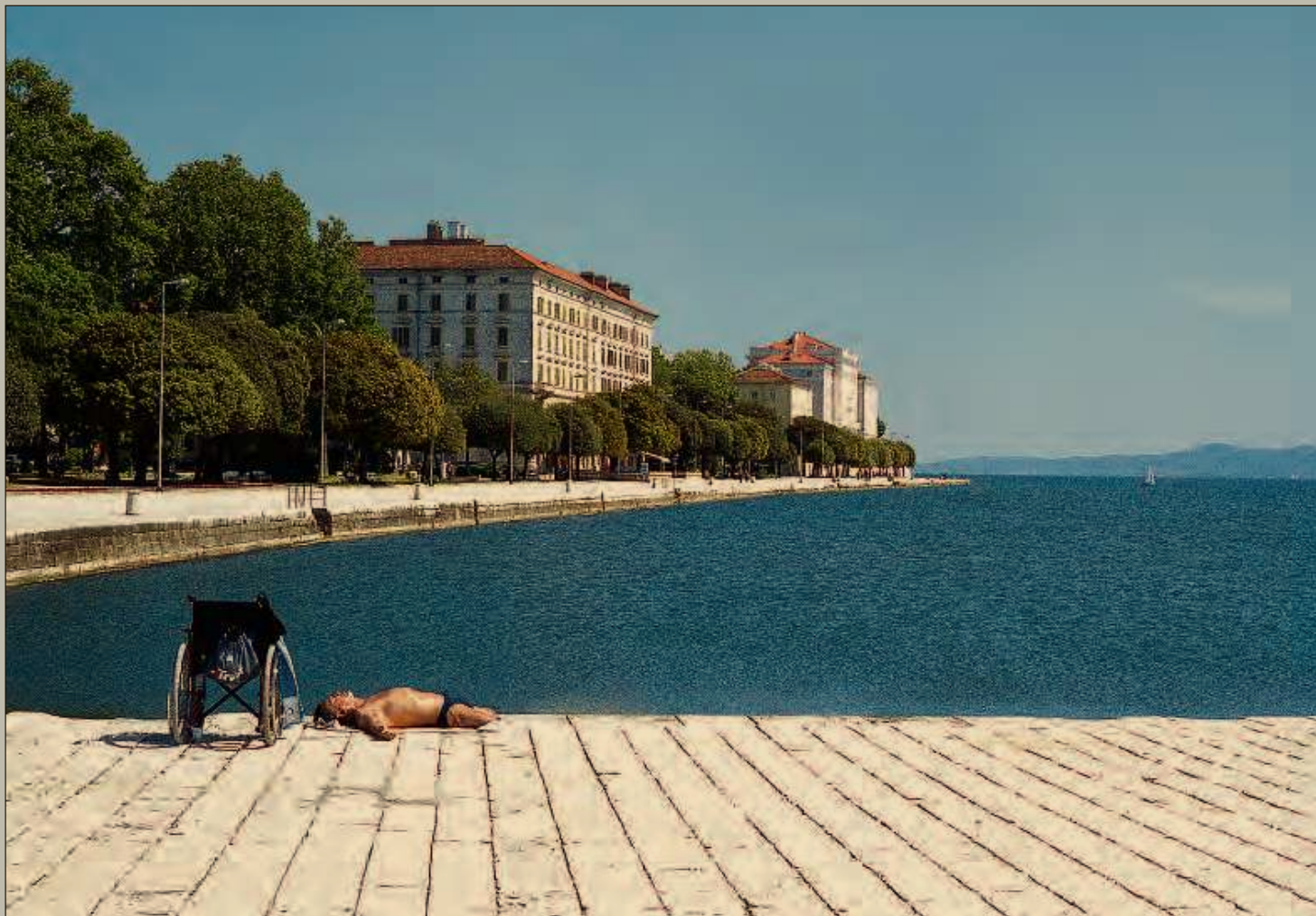


Foto: Frank Schirmermeister



● Ziel:
Zadar
Kroatien



Abfahrt: Bukarest
Strecke: 1265 km



Zeit: 14 h 16 min



Next Stop: Stettin / Seite M 3

Einzigste Hoffnung auf Europas Zukunft

Es ist nicht möglich, „business as usual“ zu betreiben und das politische Projekt des Kontinents zu befürworten, ohne für ein anderes Europa zu kämpfen, ja für seine komplette Neuerrichtung. Ein Plädoyer für eine radikale Alternative.

Étienne Balibar

Der Endspurt zu den EU-Wahlen am 25. Mai hat nicht klargemacht, was alles auf dem Spiel steht, auch wenn die Kandidaten wichtige wirtschaftliche, politische, moralische und kulturelle Themen angesprochen haben. Immer noch herrschen Mehrdeutigkeiten in beiden großen Lagern. Befürworter eines bundesstaatlichen „großen Sprungs vorwärts“ mit stärkeren gemeinsamen Institutionen stellen den Populismus als den Hauptfeind Europas dar.

Sie scheinen zu glauben, dass „rationalere“ Institutionen genügen würden, die Strukturkrisen zu überwinden, in die die EU seit dem Platzen der Spekulationsblase 2008 geraten ist, ohne dass die politischen Grundsätze oder die inneren Kräfteverhältnisse geändert werden müssten.

Auf der anderen Seite stehen die Kritiker der europäischen Konstruktion an sich. Sie sehen sie als eine Art Kriegsgeschütz, mit dessen Hilfe die neoliberale Globalisierung Wohlfahrt und öffentliche Ordnung des Kontinents abbaut. Sie werden oft von nationalistischen Diskursen über Souveränität unterwandert, die die Illusion einer möglichen Rückkehr zu obsoleten „geschützten Grenzen“ nähren und Formen von Xenophobie Vorschub leisten.

In dieser Situation ist es für Idee einer neuen Grundlegung bzw. Gründung (*réfondation*) Europas auf revolutionärer Basis schwierig, in glaubwürdiger Weise zu entstehen – auf der Basis von Solidarität, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung seiner Völker und der Fähigkeit, die Richtung der Globalisierung zu

ändern. Warum ist das so? Mehrere Gründe wären zu nennen. Einige haben mit der Tatsache zu tun, dass die europäischen Bürger nicht wirklich davon überzeugt sind, dass die Wahlen ihnen eine tatsächliche Macht geben, die in Brüssel beschlossene Politik zu beeinflussen.

Dazu kommt, dass die politischen Eliten die Debatten auf das Terrain der traditionellen Alternative einengen, die eine Sackgasse ist: Entweder man ist für ein Europa des „freien und ungestörten Wettbewerbs“, oder man will zurück zu „souveränen Nationen“.

Ich sage daher nicht, dass die Wahlmöglichkeiten klar und offensichtlich sind; natürlich ist Enthaltung auch keine Wahl oder höchstens eine zugunsten der antieuropäischen Positionen, wie sie von den Rechtsextremen massiv vertreten werden.

Am Scheideweg

In den letzten Wochen habe ich drei Erklärungen unterstützt. Die erste („Wählt Europa“) wurde von der Allianz Kulturstiftung in Deutschland in Umlauf gebracht und war durch Ulrich Becks Kritik *Das deutsche Europa* angeregt worden; Jürgen Habermas, Zygmunt Bauman, Mary Kaldor, Saskia Sassen, Edgar Morin und andere hatten sie ebenfalls befürwortet. Sie beharrt insbesondere auf der Dringlichkeit der Wahlen und auf der Notwendigkeit, die europäischen Institutionen radikal zu demokratisieren. Sie stellt die Wahl, die vor uns liegt, dar als eine zwischen David Camerons „weniger Europa“ und Martin Schulz' „anderer Art von Europa“, in dem die öffentlichen Gelder nicht dazu benützt würden, das Bankensystem zu stabilisieren,

sondern dazu, das Problem der Arbeitslosigkeit der jungen Menschen in Angriff zu nehmen. Das läuft auf eine implizite Unterstützung der Kandidatur von Schulz hinaus.

Die zweite Erklärung („L'Europa al bivio“, Europa am Scheideweg) wurde von einer Gruppe italienischer Intellektueller, angeführt von Barbara Spinelli, herausgebracht, die Alexis Tsipras als Kommissionspräsident unterstützt und sich für unabhängige Listen der Zivilgesellschaft ausspricht. Der Aufruf wurde später von mehreren linksradikalen Organisationen in Italien unterstützt, und zugleich wurde Tsipras als gemeinsamer Kandidat aller Parteien aufgestellt, die die „Europäische Linke“ ausmachen (front ihnen die französische Front de gauche, die Izquierda Unida Spaniens, und Die Linke in Deutschland). Sie betonten vor allem die Dringlichkeit, die Geschichte der großen Koalitionen und des Wechselbetriebs an der Spitze zwischen konservativ Liberalen und Sozialdemokraten zu unterbrechen; diese haben in allen Mitgliedsländern und in Straßburg und Brüssel die Aussicht auf ein soziales Europa ruiniert und die budgetären Beschränkungen in eine eherne Herrschaft der EU verwandelt, der sich jetzt jede Institution und politische Maßnahme unterordnen müssen.

Die Unterzeichner betonten die symbolische Bedeutung, den populären Politiker eines Landes für die Präsidentschaftskandidatur aufzustellen, das seit fünf Jahren als Versuchskaninchen für die erzwungene Privatisierung öffentlicher Dienste dienen musste und dessen repräsentative Demokratie unter Kuratel gestellt wurde. Sie unterstützten auch sein Programm: eine Konferenz für die Restrukturierung der Schulden, eine neue Aufgabe für die EZB, ein umfassender Plan für die Reduzierung der sozialen und regionalen Ungleichheiten.

Die dritte Erklärung schließlich („Another Road for Europe“, Ein anderer Weg für Europa) stammt vom European Progressive Econo-

mists Network Euro-pen unter der Leitung von so bedeutenden Mitgliedern wie Rossana Rossanda und Luciana Castellina aus Italien, Elmar Altvater aus Deutschland, Susan George von Attac Frankreich und wiederum Zygmunt Bauman, Mary Kaldor und Saskia Sassen. Sie fordern: Austerität beenden, Finanzen kontrollieren, Arbeitsplätze schaffen, das wirtschaftliche Auseinanderdriften umkehren, Ungleichheit reduzieren, Demokratie erweitern.

Die Erklärung betont, dass es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen einem Programm öffentlicher Ausgaben und einem „ökologischen Übergang“ im Produktionsmodell; dass die Regulierung der Bankaktivitäten, die Spekulations- von Zinsgeschäften trennt, weit über die kürzliche Einigung auf eine „Bankenunion“ hinausgehen muss; und dass wirtschaftliche Verhandlungen, die in Europas Namen von der Kommission geführt werden, parlamentarischer Kontrolle unterliegen müssen.

Zweifellos gibt es Unterschiede in Inhalten und Taktiken zwischen diesen Erklärungen, aber ein Kern gemeinsamer Prinzipien ist vorhanden: nämlich die klare Erkenntnis der Tatsache, dass die EU spätestens seit Maastricht in einem Zirkel autoritärer Governance gefangen ist – was durch die Undurchsichtigkeit ihres institutionellen Systems, in dem Finanzlobby eine entscheidende Rolle spielen, noch verstärkt wird.

Neue Weltordnung

Wenn die genannten Prinzipien und Vorschläge wirklich zu einer Alternative im gegenwärtigen europäischen System werden sollen, dann müssen sie in mehreren Bereichen ihr Ziel erreichen. Die wichtigsten sind in meinen Augen

(1) eine gemeinsame Politik in Erziehung, Sprachen und Kultur (denn die europäische Jugend braucht nicht nur Arbeit, sondern auch eine gemeinsame Identität

auf der Grundlage ihrer verschiedenen Traditionen, die zugleich verschiedene Kompetenzen sind);

(2) eine energische Verteidigung der Menschenrechte; sie waren einmal das Aushängeschild der europäischen Demokratien und sind zurzeit in großer Gefahr; und (3) eine generalüberholte internationale Politik. Im eigenen wie im globalen Interesse sollte sich Europa andere Ziele setzen als an Nachhütgefechten des amerikanischen Imperiums teilzunehmen, Diktatoren in Afrika zu stützen oder zu stürzen oder mit dem postsowjetischen Imperium um die Kontrolle slawischer und kaukasischer Nationen zu kämpfen. Es muss vielmehr um eine neue Weltordnung kämpfen.

Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Genügen Wahlen mit einem begrenzten Einsatz, wenn man so ein Programm herauskristallisieren und bedeutende Kräfte dafür sammeln will? Offensichtlich nicht. Zur Wiedergeburt der politischen Linken in Europa braucht es mehr, und andere Formen grenzüberschreitender Mobilisierung sind nötig. Doch die Wahlen

könnten dabei helfen, ihre Notwendigkeit zu popularisieren, vor allem angesichts der allgemeinen Zunahme der rechtsextremen (manchmal offen faschistischen) Parteien in Europa. Aus diesem Grund werde ich am 25. Mai für die Kandidaten wählen, die den eben genannten Prinzipien am nächsten kommen. Ich sehe in ihnen die einzige Hoffnung auf eine demokratische Zukunft des Kontinents (und seiner Inseln ...), auf dem ich vor langer Zeit mein bürgerliches Engagement eingegangen bin.

Aus dem Englischen und Französischen von Michael Freund

ÉTIENNE BALIBAR (72) ist ein französischer Philosoph. Ab 1961 war er Mitglied der KPF, bis er 1981 ausgeschlossen wurde. Auf Deutsch erschien von ihm zuletzt „Marx' Philosophie“.



Für eine Wiedergeburt der Linken: Étienne Balibar.
Foto: T. Medak

DEUTSCHE PENSIONSPOLITIK

Ein hoher Preis

Birgit Baumann

Man kann nicht sagen, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nicht eine der Flinksten im deutschen Kabinett ist. Während ihr Kollege Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) immer noch über seiner geheimnisvollen Ausländermaut brütet und diese erst für 2016 in Aussicht stellt, bekommen zehn Millionen Bundesbürger schon ab 1. Juli 2014 höhere Pensionen.

Grundlage dafür sind jene Gesetze, die der Bundestag am Freitag beschloss und damit auch gleich einen Rekord aufstellte. Die „Mütterrente“ von monatlich rund 28 Euro für Frauen, die vor 1992 Kinder zur Welt brachten, und die abschlagsfreie „Rente mit 63“ für langjährige Versicherte sind die teuersten Vorhaben dieser Legislaturperiode. Pro Jahr werden sie zwischen neun und elf Milliarden Euro kosten.

Aber es gab ja auch zwei Wahlversprechen einzulösen, und daher war der koalitionsfähige Widerstand im Bundestag letztendlich bescheiden – wenn gleich einige mit der geballten Faust in der Hosentasche abgestimmt haben.

Man gönnt jedem betroffenen Pensionisten jeden einzelnen Euro mehr. Aber es ist klar, wer für diese pensionspolitische Kehrtwende teuer bezahlen wird müssen: die Jüngeren, die noch mehr Beiträge einzahlen und noch weniger Pension bekommen als die jetzt Bedachten. Nur so lässt sich das Paket finanzieren, das im Widerspruch zur bisherigen Politik steht. Denn eigentlich gehen die Deutschen bereits in Richtung längerer Lebensarbeitszeit.

EXKOMMUNIKATION VON KIRCHENKRITIKERN

Riss zwischen Gläubigen

Irene Brickner

Bei den katholischen Kirchenvertretern, die nach der Exkommunikation der „Wir sind Kirche“-Vorsitzenden Martha Heizer und ihres Mannes bisher das Wort ergriffen haben, herrscht öffentliches Bedauern: Er empfinde es als „Niederlage“, das Ehepaar, das wegen privater Messen ohne Priester als kirchenrechtlich abtrünnig gilt, nicht zum Umdenken bewegt zu haben, sagte der Innsbrucker Diözesanbischof Manfred Scheuer – er selbst hat den Kirchenbann ausgesprochen. Er hoffe weiter auf Einsicht der zwei Kritiker, „die Tür ist jederzeit offen“, betonte der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn.

Vollwertige Mitglieder der römisch-katholischen Kirche können die Heizers aber nur noch wieder werden, wenn sie bereuen und widerrufen. Das jedoch ist höchst unwahrscheinlich, denn laut eigenen Aussagen schätzen sie ihre pfarrerlosen Eucharistiefeiern, finden es richtig, die heilige Kommunion auf diese Art zu begehen – und verbinden das mit einer Kritik am Priestertum an sich.

Wer je daran zweifelte, dass sich Klerus und kritische Laien in Österreich fast unüberbrückbar auseinandergeliebt haben: Hier ist der Beweis. Und die Brisanz dieser Affäre überschreitet Österreichs Grenzen, denn Martha Heizer steht nicht nur hiesigen Kirchenkritikern, sondern auch deren weltweitem Zusammenschluss, dem International Movement We Are Church, vor. Somit dürfte dieser Kirchenbann die Entfremdung auch international steigern.

NEUER AUFSICHTSRAT FÜR HYPO ALPE ADRIA

Ho ruck in den Aufsichtsrat

Renate Graber

Bei der Hypo Alpe Adria muss jetzt alles ruck, zuck gehen. Es braucht ehebaldig ein Gesetz für die Abbaugesellschaft. Erst dann ist die Bank keine Bank mehr, erst dann ist sie eigenkapitalmäßig aus dem Schneider.

Schnell, schnell hat der Finanzminister vorher noch den Aufsichtsrat ausgetauscht; und zwar den ganzen. Die Kontrolloren werden, schon beim Einarbeiten, ihre Freude haben. Bei seiner Ho-ruck-Aktion hat sich der Minister aber fast selbst überdrückt. Am Dienstag kündigte er für Freitag den Aufsichtsratsaustausch an – leider fehlte ihm das Personal. Gut: Zwei, drei Leute hatte er schon; und dass aus einem Wunsch Kandidaten nichts wurde, war Pech. Am Donnerstag fehlten nur noch dessen Ersatzmann und eine (zweite) Frau – auch die fanden sich. Etwas holprig das Ganze, aber es geht ja nur um die Bank der Steuerzahler.

Wenigstens die Vermarktung der ganzen Geschichte gelang grandios. Die Neuen (drei statt bisher zwei Banker, eine Ex-Speditionsbesitzerin und die Chefin des Bundesrechenzentrums) brachten „Professionalisierung“, schrieb man den scheidenden Kontrolloren charmant ins Stammbuch. Zudem sei nun „Entpolitisierung“ im Aufsichtsrat erreicht – dass die frühere steirische Vize-ÖVP-Chefin und die Vize-Kabinettschefin von Karl-Heinz Grasser in selbigen eingezogen sind, wurde verschwiegen.

Auch das etwas patschert. Aber es geht ja nur um die Bank der Steuerzahler.



derStandard.at/Cartoons

Ein Wahlkampf mit Überraschungen

Nicht nur Kandidaten, auch Parteien beschränkt bei der Positionierung neue Wege

Alexandra Förderl-Schmid

Der EU-Wahlkampf hat doch einige Überraschungen gebracht, nicht nur die Rückzieher von zwei Spitzenkandidaten im rechten Lager gleich zu Beginn der heißen Phase: Andreas Mölzer und Ulrike Haider-Quercia. Das politische Wirken der Tochter Jörg Haider hinterließ nicht nur beim BZÖ keine Spuren.

Bei der FPÖ wirkte die Kampagne ohne Mölzer weichgespült. Diesmal bemühte sich die FPÖ, auf allzu dumpe Sprüche zu verzichten. Zwar wurden die üblichen populistischen Klischees wie die Angst vor den Türken bedient, aber vor der Forderung, einen EU-Austritt zu verlangen, schreckte der nunmehr alleinige Spitzenkandidat Harald Vilimsky letztendlich zurück. Selbst die Euro-Süd- und -Nord-Fantastereien wiederholte er in der letzten ORF-Konfrontation nicht mehr.

Der vergleichsweise schaumgebremste Wahlkampf der FPÖ war sicher auch dem Wunsch von Parteichef Heinz-Christian Strache geschuldet, möglichst „kanzlerauglich“ zu wirken und nicht allzu viele Wähler zu verprellen. Denn der EU- und eurokritischen Stimmen ist sich die FPÖ ohnehin gewiss. Ein Teil der Wählerinnen und Wähler, die 2009 für Hans-Peter Martin gestimmt haben – immerhin fast 18 Prozent –, werden ihren Protest durch ein Votum für die Freiheitlichen artikulieren.

Umso erstaunlicher war, dass just die Grünen mit den geschmacklosesten Plakaten in diesem Wahlkampf auffielen, für die tief in den Schmutzkübel gegriffen wurde. Die meuchlerische Darstellung des nicht rechtskräftig verurteilten ehemaligen EU-Parlamentariers Ernst Strasser (ÖVP) war ein widerliches „An-den-Pranger-Stellen“ – und das durch eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, sich besonders für Menschenrechte einzusetzen.

Populistisch war auch, die längst abgeschaffte Gurkenkrümmung auszugraben. Dass sich ausgerechnet die Grünen Uraltklischees der EU-Gegner bedienen, hat sich für Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek, die einen unaufgeregten Wahlkampf geführt hat, zur Hypothek entwickelt.

Mit ihrer Spitzenkandidatin Angelika Mlinar wurde das Problem der Neos deutlich: Nach ihrem Höhenflug bei der Nationalratswahl, bei der sie viele Proteststimmen insbesondere enttäuschter ÖVP-Sympathisanten ver-

buchte, muss die Neopartei politische Positionen entwickeln. Nicht nur durch den „Scheiße“-Sager Mlinars wurde deutlich, wie schwer sich die Partei tut, wenn es konkret wird.

Auch Eugen Freund ließ die Öffentlichkeit miterleben, wie schwer es für einen Journalisten ist, als Politiker plötzlich Antworten geben zu müssen. Nach den anfänglichen Schnitzern beschränkte er sich auf die Wiedergabe vorgestanzter Sätze und auswendig gelernter SPÖ-Positionen. Diese gestelzte Art nahm man dem ÖVP-Spitzenkandidaten Othmar Karas dagegen ab, weil das bei ihm authentisch ist.

Karas konnte auch seine europäische Politerfahrung gegen Freund einsetzen. Mit Aktionismus versuchte in der Endphase Europa-anders-Kandidat Martin Ehrenhauser aufzufallen und gelangte damit in die *Kronen Zeitung*. Mit Sachthemen fiel er nicht auf.

Thematisch hat der Wahlkampf keine Überraschungen gebracht. Die Finanzkrise hat nicht mehr die Brisanz vergangener Monate, trotz der Ukraine-Krise spielte die Außenpolitik kaum eine Rolle. Was macht Europa aus? Darüber wurde viel zu wenig diskutiert. Mitreißende Europabegeisterung machte sich nicht breit.

KOPF DES TAGES

Europa und der verlorene Faden



Europa, die Kuhäugige, und der Stiergestaltige, die – nun ja: ja. F.: Saiklo

Europa hat zweifellos etwas Anrühiges. Wobei das noch euphemistisch ausgedrückt ist. Tatsächlich ist Europa eine Geschichte, die so tief ins Sodomitische geht, dass es, um es den Kindern zu erklären, jene Zeit braucht, die man gemeinhin Bildung nennt.

Europa war die Tochter von Agenor, König aus dem levantinisch-nordafrikanischen Seefahrer- und -handelsvolk der Phönizier. Ihre grazile Anmut machte gar den Himmelvater ganz gamsig, weshalb dieser Zeus sich – der eifersüchtigen Gattin Hera ein mimetisches Schnippchen schlagend – in einen Stier wandelte. Der aber böckelte betörend genug, sodass die Europa sich gerne an die Gestade Kretas entführen ließ, wo die Kuhäugige sich dem Stiergestaltigen – nun ja: ja.

Damit aber ist die zoophile Verstrickung noch lange nicht zu Ende. Ja, jetzt fängt die abendländische Kultur erst richtig an, Wurzeln zu schlagen. Dem Gehörnten gebar Europa ja unter anderen einen Sohn namens Minos, der dann als König über Kreta herrschte.

Verbunden hat er sich mit einer gewissen Pasiphaë. Die aber – das komplizierte Warum und Weshalb sei einmal dahingestellt – tat es der Schwiegermama lustbezüglich gleich. Behilflich war ihr dabei der Hofbaumeister

Daidalos. Der entwarf ihr ein mit Kuhhaut bespanntes, heute würde man sagen: Absamungsgestell, in das sie listig schlüpfen konnte, um – nun ja: ja.

Das verschaffte Daidalos den nächsten Auftrag. Die einschlägige Frucht ihres Leibes war nämlich jener stierköpfige Minotauros, den Stiefvater Minos in das Labyrinth steckte, das Daidalos ersann. Um das Geheimnis zu wahren, wurde Daidalos inhaftiert, weshalb er gezwungen war, sich auch dem Flugwesen zu widmen, mit den bekannt fatalen Folgen für Sohn Ikarus.

Bezwungen wurden Labyrinth und Untier schließlich doch, und zwar auf denkbar einfache Weise, durch liebesgestärkte weibliche List. Die minoische Tochter Ariadne, Europas Enkelin also, gab dem herrlichen Helden Theseus jenen Faden mit ins Labyrinth, der so sprichwörtlich geworden ist, dass er ganz Europa bis heute als ein Sinnbild dienen kann.

Appropos Faden verlieren. Auch Österreich hat seine europäischen Wurzeln – auf Naxos. Dort ließ der undankbare und untreue Athener Theseus die Ariadne mütter-, in dem Fall auch großmutterseelenallein zurück. Was blieb Ariadne also übrig, als sich Dionysos an den Hals zu werfen, dem Gott des Weines. Wolfgang Weisgram

Wie die Europäische Union junge Leute nach Europa lockt



Foto: Frank Schirrmeyer



Ziel:
Calais
Frankreich



Abfahrt: Stettin
Strecke: 1081 km



Zeit: 9 h 33 min



Next Stop:
Swinemünde / Seite K48

Studieren und arbeiten in Europa

Studienaufenthalte im Ausland sind unter österreichischen Studierenden beliebt. Mit dem Programm Erasmus+ soll die Mobilität auch von Lehrlingen weiter gefördert werden.

Gudrun Ostermann

Europa kennenlernen, so lautet das Ziel der europäischen Mobilitätsprogramme. Erasmus, Comenius, Leonardo da Vinci und Grundtvig heißen die beliebtesten Austauschprogramme

bis zum letzten Jahr. Seit 2014 sind sämtliche Mobilitätsangebote unter Erasmus+ zusammengefasst. Und erstmals gibt es auch Fördermöglichkeiten für Sport.

„Simplify things“ nannte EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou die Idee dahinter. Damit soll der Zugang zu den einzelnen Mobilitätsprogrammen erleichtert werden. Denn viele wussten nicht, welches Programm das richtige für sie sei und wo sie sich dafür bewerben könnten.

Das beliebteste war Erasmus, das Studienaufenthalte, -praktika sowie Lehrtätigkeiten im europäischen Ausland unterstützt. Österreichische Studierende gehören

seit jeher zu den mobilsten. Im Ländervergleich belegen sie den fünften Rang. Im vergangenen Studienjahr absolvierten rund 4600 Studierende einen Teil ihres Studiums im Ausland. Immer beliebter werden Auslandspraktika, und rund 1100 Praktikanten sammeln durch Erasmus im Ausland Berufserfahrung.

Das beliebteste Gastland für einen Studienaufenthalt ist nach wie vor Spanien, gefolgt von Frankreich und Schweden. Bei den Auslandspraktika hat Deutschland ganz klar die Nase vorne. Mehr als die Hälfte der Praktikanten wählt Deutschland als Gastland.

Bis 2020 werden für das Programm 14,7 Milliarden Euro von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt, das sind 40 Prozent mehr als in der vorangegangenen Programmperiode 2007 bis 2013.

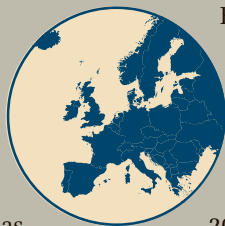
Bis zu fünf Millionen junge Menschen und Erwachsene sollen dadurch die Möglichkeit haben, in einem anderen Land zu lernen, eine Ausbildung zu absolvieren, zu arbeiten oder eine Freiwilligentätigkeit auszuüben.

Deutlich gestärkt werden soll die Möglichkeit für Lehrlinge. Bis 2020 sollen mehr als 650.000 Lehrlinge aus ganz Europa dieses Programm nutzen können – um 50 Prozent mehr als in der vergangenen Programmperiode.

Für Österreich stehen in diesem Jahr 22,3 Millionen Euro zur Ver-

fügung. Seit dem Start des Erasmus-Programms 1992 waren insgesamt 75.000 Studierende im Ausland. Geht es nach den Plänen von Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, soll bis 2018 die 100.000er-Marke überschritten werden.

www.bildung.erasmusplus.at



Freundschaft, grenzenlos

Neulich war ich wieder mal in Brüssel. Bei C. gewohnt, gemeinsam mit P. und E. durch die Restaurants der Stadt geschlemmt, mit der internationalen Journalisten-Bubble EU-Anekdoten ausgetauscht. Eigentlich wollte ich auch schon längst bei F. in Oxford vorbeischauen und so nebenbei P. in London besuchen. Dort habe ich auch mit V. mal ein lustiges Wochenende verbracht, als sie auf der Isle of Wight gearbeitet hat.

Aber Zeit ist ein knappes Gut. Ich muss nämlich endlich wieder meine Freunde in Andalusien sehen! Die lustige Engländerin J., die fleißigen Deutschen L. und M., die geduldige Spanischlehrerin A. In Marbel-

la habe ich auch T. aus Deutschland und A. aus der Schweiz kennengelernt, sie kommen mich demnächst in Wien besuchen.

Überhaupt, Spanien. Alle waren sie dort. K. auf Erasmus in Sevilla, V. auf Selbstfindung in Valencia. Und ich bin immer eifrig hinterhergefliegen. Natürlich auch zu C. nach Amsterdam, die jetzt wieder in Süddeutschland wohnt. (Dort war ich eigentlich auch schon lang nicht mehr!)

Mein Europa? Das sind Freunde, die sich ganz selbstverständlich über den Kontinent verteilen. Und ich kann ihnen hinterherreisen, ohne auch nur einmal an eine Grenze zu denken.

Andrea Heigl

MEIN
EUROPA



„Simplify things“ war laut EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou das Motto für das neue „Erasmus+“. Foto: EPA / Lajos Soos




Jetzt anmelden!

ars.at

Arbeitsrecht Jahrestagung
mit o. Univ.-Prof. Dr. SCHRANK, Mag. BINDER u. a.
von 26.–27.06.14, Wien | 25.–26.11.14, Wien

HR Akademien I + II
Grundlagen & Professionell
mit Dr. JÖST, Mag. BAUMGARTNER, Dr. PICHLER u. a.
Details & Termine finden Sie unter www.ars.at

4. HR Kongress 2014
Herausforderungen für Arbeitgeber – anspruchsvollere Mitarbeiter & vernetzte Welt
mit F. KÜHMAYER, H. HEINEKE, Prok. RUF u. a.
von 06.–07.10.14, Wien

Einführung Arbeitsrecht Lehrgang
mit Univ.-Prof. Dr. REISSNER, HR Dr. KURAS u. a.
von 25.–27.06.14, Innsb. | 27.–29.08.14, Wien u. v. m.

Recruiting von A-Z Lehrgang
mit Mag. KERBLER, MAS, MSc, Mag. (FH) BARTIK
von 05.–06.+17.06.14, Wien | 13.–14.+29.10.14, Wien

Gleitzeit richtig gestalten
mit ao. Univ.-Prof. Dr. RISAK, Dr. JÖST
am 11.06.14, Wien | 27.10.14, Wien

JourFixe – 4x jährlich
Einstieg unterjährig möglich!

- ✓ Arbeitsrecht
- ✓ Personalverrechnung
- ✓ Immobilienrecht
- ✓ etc.



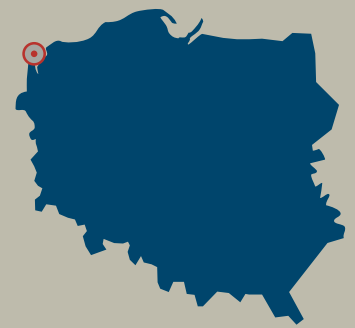
ARS
AKADEMIE
FÜR RECHT,
STEUERN &
WIRTSCHAFT

Von den Besten lernen.

Virtuelle Vernetzung für Jobhopper quer durch Europa



Foto: Frank Schirmermeister



● Ziel:
Swinemünde
Polen



Abfahrt: Calais
Strecke: 1083 km



Zeit: 9 h 57 min

Ende der
STANDARD-Europatour

Karrieresprung mit sozialen Netzwerken

Soziale Netzwerke sind auch aus dem Berufsleben nicht mehr wegzudenken. Gerade in der Kommunikationsbranche gibt es nur wenige Plattformen, die europaweit agieren – dabei hätte das durchaus Potenzial.

Marie-Theres Eged

Der Vernetzung der Wirtschaft folgt die Vernetzung der Kommunikationsbranche. Wer europaweit seine Produkte verkaufen will, kann nicht mehr in den Grenzen von Nationalstaaten denken. Diesem Ansatz folgt auch Gorkana, doch trotz Vernetzungsanspruchs ist die Plattform kein klassisches soziales Netzwerk. In der Selbstbeschreibung des Unternehmens heißt das „Schnittstelle für Kommunikationsprofis aus Unternehmen und Organisationen mit Journalisten“.

Es ist kein europäisches Facebook für Journalisten, sondern eher eine PR-Firma, die europaweit agieren will. Paul Roethler, Social-Media-Berater, beschreibt

Gorkana als eine „Datenbank für PR-Verantwortliche“.

Doch welche Vorteile soziale Netzwerke im Berufsleben und bei der Jobsuche haben können, haben längst auch Personalmanager erkannt. Profile bei Portalen wie Xing und LinkedIn sind schnell angelegt und gehören für manche dazu wie ein Facebook-Account, nur eben ohne Urlaubsbilder.

Aber auch hier gilt: Je spezifischer man sich vernetzen kann, desto bessere Ergebnisse lassen sich erzielen. Dabei haben laut Roethler Netzwerke durchaus Potenzial und würden in der Kommunikationswelt Anklang finden. Gerade für freie Journalisten sei es wichtig, sich

über ein digitales Portfolio zu präsentieren. Im deutschsprachigen Raum will sich Torial dieser Lücke annehmen.

Den Unterschied und Vorteil gegenüber Gorkana sieht Roethler in der Interaktion, die zwischen den Usern möglich ist. „Es ist ein dynamisches Netzwerk, das Inhalte zusammenführt und zu Kooperationen anregen will“, sagt der Social-Media-Berater.

Gorkana hingegen mache auf ihn einen „sehr traditionellen Eindruck“ und sei aus journalistischer Sicht weniger interessant. Die Sicht der PR-Branche ist natürlich eine andere: Für sie kann Roethler durchaus einen Nutzen erkennen, da eben beispielsweise Ansprechpartner nach Themen gesammelt werden.

Während Torial versucht, seine Klienten einander näherzubringen, arbeitet Gorkana im klassischen Sinn. Via Media-Alert – einen wöchentlichen Newsletter – informiert die Plattform, dass *Bri-*

gitte online sich neu aufgestellt hat oder dass Arabella Kiesbauer die neue Moderatorin von *Bauer sucht Frau* ist. Der Fokus liegt aber dabei nicht auf Deutschland, sondern auf ganz Europa.

Die Idee zu Torial hatte Marcus Jordan, der auch Chefredakteur des Portals ist. Unterstützt wird er von Konrad Schwingenstein, einem Enkel eines Mitbegründers der *Süddeutschen Zeitung*. Nach dem Verkauf seiner Anteile wollte er etwas für Journalisten machen – und stieg als Mäzen bei Torial ein. Derzeit wird Torial für Deutschland aufgebaut, bald will man auch international agieren.

Blog zur Selbstpräsentation

Doch auch wenn es schon etwas älter ist, ein Blog ist für Social-Media-Berater Roethler immer noch die beste Möglichkeit, sich und seine Arbeit im Internet vorzustellen – und es kann auch zweisprachig sein, um sich europaweit besser vernetzen zu können.

www.gorkana.com
www.get.torial.com



Südspanien als Ausweg aus der Jobsackgasse

Meiko Haselhorst hat beruflich Europa durchquert

Andrea Heigl

Ausgerechnet Andalusien. Die krisengebeutelteste Region im krisengebeutelten Spanien. Für den deutschen Journalisten Meiko Haselhorst war die Übersiedlung nach Marbella, ins einstige Jet-Set-Städtchen an der Costa del Sol, dennoch der „Ausweg aus der Sackgasse“, wie er sagt. Er „hangelte sich von Jahresvertrag zu Jahresvertrag“ in einer Lokalredaktion der *Neuen Westfälischen*, als das Angebot von den *Costa del Sol Nachrichten* kam.

Auch wenn das Gehalt in Spanien deutlich niedriger ist, Haselhorst hat einen unbefristeten Vertrag. „Das gibt's in Deutschland für Redakteure fast gar nicht mehr.“ Und er macht nun die „anderen Geschichten“, die er oft vermisst hat: „Neulich hab ich mich auf den Monte Gurugú in Marokko geschlichen, um dort die Flüchtlinge in ihrem illegalen Camp zu besuchen. Der Verlag hat mir den Flug gezahlt. In Deutschland hätte ich da lange warten können.“

Die Bürokratie erwies sich als große Hürde für den Neustart in Spanien; schon die „Ausländerregistriernummer“ von der Polizei zu erhalten, war ein wahrer Spießrutenlauf. Haselhorst: „An sich hatte ich immer das Gefühl, dass man hier als Tourist alle Möglichkeiten und Freiheiten hat. Aber wehe, man will so richtig dazugehören – dann wird's vorübergehend kompliziert.“ Was das Auswandererleben hingegen angenehm macht, auch wenn's nach einem Klischee klingt: „Ich hab den Strand vor der Tür und die Sonne fast immer am Himmel.“

Der deutsche Journalist Meiko Haselhorst (39) hat den Absprung nach Spanien gewagt.

Foto: privat



Dreiländerblick

Ich hab ein Büro mit Dreiländerblick: rechts drüben das malerische deutsche Städtchen Lindau, links die Schweizer Berge, vor mir der österreichische Teil des blaugrünen Bodensees. Mein kleines Europa lässt sich bei guter Kondition in einem Tag mit dem Fahrrad umrunden.

Wenn ich mehr Europa will, setze ich mich zwei, drei Stunden in den Zug oder ins Auto. Oberitalien oder das Elsass sind quasi ums Eck. Nach Paris ist es von hier aus gleich weit wie nach Wien. Will ich einen größeren Hafen als den Bregenzer, bin ich in wenigen Stunden in Genua oder Nizza. Nein, das ist jetzt kein Beitrag unter dem Motto

„Leben, wo andere Urlaub machen“. Denn leider: Der Dreiländerblick wird immer wieder getrübt. Nicht nur durch die Rußpartikel, die Autoschlangen mobiler Europäer an meinen Bürofenstern hinterlassen.

Gar nicht in mein Bild von Europa passt das Unvermögen, unterschiedliche nationale und regionale Bürokratien anzupassen. Anerkennung der Ausbildung, Versicherungen,

Steuererklärung und so weiter. Europa ist noch nicht im Alltag angekommen. Abendfüllend sind die Geschichten meiner europäischen Freundinnen und Freunde über mühsame Amtswege und Grenzbalken in den Köpfen. Jutta Berger



WIFI

WKO

Basis- und Aufbaulehrgang

Controlling

Details siehe www.wifiwien.at/151053

Kostenlose Info-Veranstaltung:
Mo, 16.6.2014, 18.00 Uhr

WIFI. Wissen Ist Für Immer.
www.wifiwien.at/kontakt
T 01 476 77-5555
Währinger Gürtel 97, 1180 Wien

www.wifiwien.at

f www.facebook.com/WIFI-Finanzakademie

Jetzt
anmelden



Kein Ausblick auf den Golf von Neapel, aber dafür eine riesige Linde vor dem Schlafzimmerfenster. Maria Noemi Plastino in ihrer Wohnung in Wien-Alsergrund. Foto: Pilo Pichler

Ich bin eine europäische Nomadin

Maria Noemi Plastino wohnt in Wien und Neapel. Doch zu Hause fühlt sich die Italienisch-Dolmetscherin, die für die EU, die OSZE und den Europarat arbeitet, in ganz Europa. **Wojciech Czaja** hat sie besucht.

„Vor meinem Schlafzimmer befindet sich eine riesige, mehr als 20 Meter hohe Linde. Die Äste kommen so nah an mein Fenster, dass ich sie angreifen kann. Mittlerweile ist das Begrüßen der Linde eine Art morgendliches Ritual geworden. Damit verbinde ich mich mit dem Tag und mit der Natur. Manchmal verirren sich sogar ein paar Meisen in die Wohnung, zwischen durchs Zimmer und machen eine Ehrenrunde. Ich finde das großartig.“

Eingezogen bin ich hier 1984, als ich zum Studium nach Wien gezogen bin. Im Haus herrscht ein nettes und freundliches Klima. Die Mietwohnung hat 110 Quadratmeter und war damals in einem ausgezeichneten Zustand. Als die Wohnung vor wenigen Jahren renoviert wurde, habe ich allerdings entdeckt, dass in der Küche, im Bad, im Vorzimmer und in einem der Schlafzimmer Zwischendecken eingezogen

waren. Unglaublich! Ich habe die Decken entfernen und die alten Gewölbe freilegen lassen. Hofseitig habe ich zudem einen kleinen Balkon angebaut. Mittlerweile ist der Balkon so zugewachsen, dass man dort kaum noch Platz zum Sitzen hat. Es ist eine wilde Oase mit kleinen Bäumen. Letztes Jahr hatte ich 62 Weingartenpfirsiche! Mir war schon richtig schlecht. Ich wusste nicht mehr, was ich damit machen soll.

Ich lege großen Wert auf schöne, gut designte Möbel. Besonders gern jedoch habe ich diese chinesische Schubladenkommode beim Fenster. Sie stammt aus der Kolonialzeit und wurde seinerzeit für die Europäer in China gebaut. Mein Lieblingsplatz ist dieser alte Art-déco-Kanadier. Hier sitze ich immer mit den Füßen auf dem Fensterbrett und genieße mein grünes Panorama – ein kleines Trostpflaster, das mich über den Ausblick auf den Golf von Neapel hinwegtröstet, den ich hier nicht habe. Immerhin die Linde. Man soll dankbar sein.

Leider komme ich nur sehr wenig zum Wohnen, denn ich bin viel unterwegs. Ich dolmetsche regelmäßig in Brüssel und Straß-

burg. Außerdem war ich heuer schon in London, Edinburgh, Vilnius, Tallinn, Kiew, Belgrad, Zypern, Istanbul, Baku und so weiter. Ich mache so an die 20 Reisen pro Jahr. So gesehen, habe ich den besten Beruf, den ich mir hätte aussuchen können. Ich bin eine europäische Nomadin. Und Europa hört für mich nicht am Ende des Kontinents auf, sondern reicht noch viel weiter. Europa ist eine

Maria Noemi Plastino, geboren in Neapel, studierte ebendort Philosophie und zog anschließend nach Wien, wo sie ab 1984 Dolmetsch (Italienisch) studierte. Seit 1990 arbeitet sie als Simultandolmetscherin. Anfangs war sie vor allem auf dem Privatmarkt tätig, in den letzten Jahren jedoch arbeitet sie zunehmend für internationale Organisationen – für die EU, den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Außerdem arbeitet sie in Wien als Übersetzerin im Kunstbereich. Plastino lebt im neunten Bezirk in Wien sowie in Neapel und hat zwei Kinder.

Idee. Und zu dieser Idee zähle ich für mich persönlich auch die Türkei. Es wäre schön, wenn sie eines Tages EU-Mitglied würde.

Natürlich ist das Wohnen in anderen Städten nicht vergleichbar mit dem Wohnen in Wien, denn schließlich steige ich immer in Hotels ab. Trotzdem hat auch nur eine Nacht im Hotel eine zutiefst existenzielle Bedeutung für mich. Ich kann nicht einschlafen, wenn ich mich nicht räumlich wohlfühle. Das macht mich unglücklich. Mein Lieblingshotel, in dem ich immer wieder einchecke, ist übrigens ein kleines Hotel in der Orangerie in Straßburg, nicht weit vom Europäischen Parlament. Aus dem Fenster schaue ich direkt auf eine Horde von Störchen. Ich beobachte sie beim Nestbauen, Fliegen und Herumstaksen.

So sehr ich Europa liebe, mein Herz schlägt wohl für Neapel. Ich habe da einen wiederkehrenden Traum: Ich träume mich immer wieder in meine Wohnung hinein, aber sie schaut jedes Mal anders aus. Es gibt versteckte Türen, neue Räume, die ich im Schlaf entdecke, wieder versteckte Türen, wieder neue, unbekannte Räume, und die allerletzte Türe führt auf eine Terrasse, und vor dieser Terrasse liegt der Golf von Neapel. Das ist mein Traum. “

STANDARD EXKLUSIV

WOHNEN NAHE PRATER & CAMPUS WU

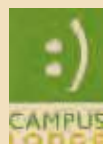


© IG Immobilien

- Erstbezug: 2-Zimmer-Wohnungen
- mit Garten, Terrasse, Balkon
- Outdoor-Pool + Wellnessbereich

 HWB = 24,02 – 24,74 kWh/m²a

 Anita Eckhardt
berät Sie gerne!
a.eckhardt@ehl.at
01-512 76 90-404

www.campuslodge.at

www.gre.generalreali.at

Wohnen mit Leidenschaft ...

Exklusive Mietwohnung in 1010 Wien:

484 m² helle, repräsentative Altbauwohnung. Bestens angelegte Räumlichkeiten mit prachtvollen Stuckarbeiten, wunderschönen Holz-Flügeltüren mit kunstvollen Alt-Wien-Beschlägen, schönen Parkettböden, moderner Küche, komfortablen Sanitäreinrichtungen, u.v.m., Erstbezug nach Generalsanierung.

Info unter:


01 535 01 01

Wohnungen Büros Geschäftslokale Hausverwaltung


Literatur aus Osteuropa

In Rumänien braucht man auch nach der Wende viel Zynismus zum Überleben. A 3

Architektur

Undefinierbares Vorbild: Europäische Städte werden weltweit kopiert. A 4

Ich frage mich ...

Schriftstellerin Barbara Frischmuth über den kleinen und den großen Mut. A 12

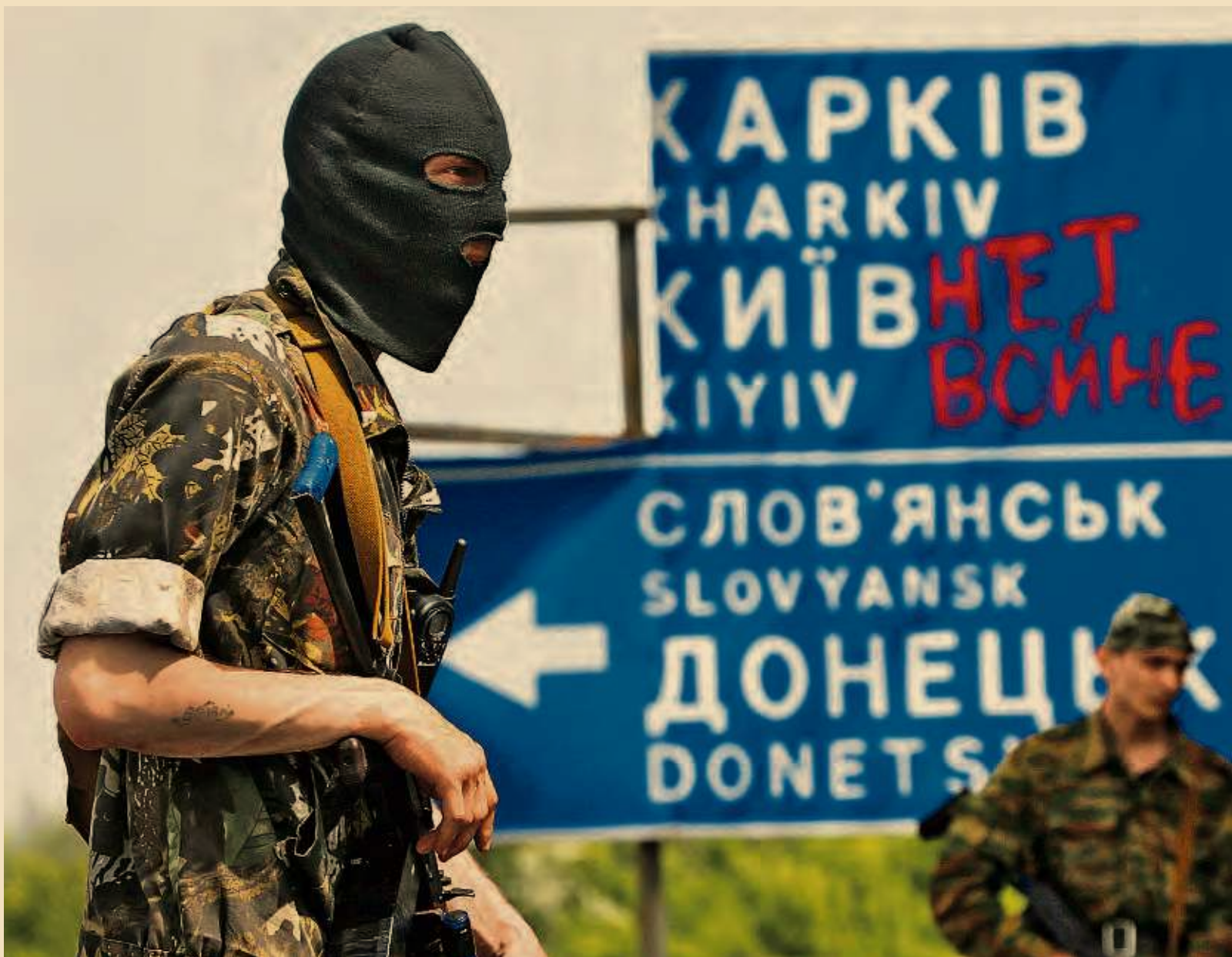


Foto: Reuters

„Provokacija“ ist ein wichtiges Wort: prussisches Militär am 19. Mai bei einer Straßensperre in der Ostukraine.

Am Gängelband Putins

Über die Interessen Russlands, die Spaltung der Ukraine und die Untätigkeit der Europäer.

Martin Pollack erklärt, warum Putin die Wahlen in Europa gewinnen möchte.

Eine alte Frau auf dem Ploschtscha Swobody, dem Freiheitsplatz, in Charkiw. Schwarz gekleidet, ein altmodisches Hütchen, um das sie ein blau-gelbes Band gebunden hat. Blau-Gelb sind die nationalen Farben der Ukraine. Hier, im Osten des Landes, ist es ein politisches, nicht ganz ungefährliches Statement, sich damit in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Frau steht am Fuß der 20 Meter hohen Lenin-Statue und streut Körner für die Tauben, die auf dem monumentalen Revolutionsführer hocken. Drei junge Männer, Stiernacken, geschwollene Bizepse, Glatzen, kommen des Weges. Sie bleiben stehen, bauen sich vor der Alten auf und starren mit finsternen Blicken auf das Hutband. Es scheint ihnen nicht zu gefallen. Die Frau lächelt freundlich und rückt kokett ihr Hütchen zurecht. Die Burschen spucken aus und trollen sich.

Charkiw im April 2014. Ich bin mit meiner Übersetzerin Nelia Vakhovska in die zweitgrößte

Stadt der Ukraine, dreißig Kilometer von der russischen Grenze entfernt, gekommen, um die ukrainische Ausgabe des Buches *Der Tote im Bunker* zu präsentieren. Vorher waren wir auf der Buchmesse in Kiew. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit der Schuld der Väter, ist in der Ukraine ein brisantes Thema. Es ist höchste Zeit, dass wir uns damit auseinandersetzen, wir haben das viel zu lange aufgeschoben, das rächt sich jetzt, sagt Nelia. Sie sieht mit großer Sorge die Entwicklung im Osten. Es gebe Banden, aufgehetzt und unterstützt vom benachbarten Russland, durchsetzt mit kriminellen Elementen, aber auch authentische Empörung, Menschen, die sich von Kiew missachtet fühlen und daher empfänglich sind für die russische Propaganda von den „Faschisten“, die in der Ukraine die Macht an sich gerissen hätten. Tatsächlich kümmern sich die neue Regierung in Kiew viel zu wenig um die Gebiete im Osten und die Anliegen ihrer Bewohner, meint Nelia.



Solche Kritik ist in Charkiw überall zu hören. Kiew lässt uns links liegen, ignoriert unsere Sorgen, das spielt den Separatisten und letztlich Putin in die Hände, klagt ein Historiker, der ungenannt bleiben möchte. Er stammt aus einem Vorort von Charkiw, in seiner Familie hat man immer Ukrainisch gesprochen, obwohl die Mehrheit in der Stadt (wie auch in Kiew) russischsprachig ist. Auf meine Frage, was er machen würde, wenn Russland die Gebiete im Osten annektiert, zuckt er die Achseln. Er wisse es nicht, er sei mit ganzem Herzen und seiner Seele Ukrainer, sagt er, aber hier sei er zu Hause.

Blutige Zusammenstöße

Als ich nach Charkiw kam, war die Lage gespannt, aber es gab im Osten noch keine regelrechten Kämpfe wie heute. Am Tag vor unserer Ankunft erlebte die Stadt blutige Zusammenstöße, Zeitungen und Fernsehen zeigten am nächsten Tag erschreckende Bilder von blutüberströmten Menschen, umringt von einem entfesselten Mob, der auf die Wehrlosen einprügelt. Den Kommentaren

war nicht zu entnehmen, wer welche Seite vertrat. Das ist in solchen Situationen vielleicht nicht so wichtig, es geht darum, dass blinder Hass geschürt, Exzesse provoziert werden. Provokacija, Provokation, ist ein wichtiges Wort in diesem schmutzigen Spiel, das der Kreml meisterhaft beherrscht. Die russische Propagandamaschine, perfekt geölt, läuft auf Hochtouren, dazu kommen militärische Aktionen, Entführungen, echte oder vermeintliche Gegner verschwinden, irgendwann werden ihre Leichen gefunden, mit Spuren von Folterungen. Darauf verstehen sich die russischen „Berater“, uniformiert (ohne Hoheitsabzeichen) und in Zivil, mehr schlecht als recht getarnt als lokale Bewohner, die wie aus dem Nichts auftauchen und das Kommando übernehmen. Dass viele Menschen im Westen die russische Behauptung, in der Ukraine seien Faschisten, Neonazis, Pogromisten am Werk, willig

schlucken, bestärkt Putin in seinem Vorhaben. Heute die Krim und morgen die Ukraine. Und übermorgen vielleicht die Republik Moldau. Und dann Lettland. Es gibt viele Länder mit russischen Minderheiten.

Als wir am Tag nach den Zusammenstößen durch Charkiw spazieren, ist alles ruhig. Am Gebäude der Gebietsverwaltung sind alle Scheiben zer schlagen, über dem Eingang ist ein bizarres Muster von Einschusslöchern zu sehen, schwer gerüstete Bereitschaftspolizisten bewachen den Amtssitz. Aber sonst wirkt die Stadt friedlich, atmet Normalität, die Menschen flanieren, als wäre nichts geschehen, Mütter mit kleinen Kindern, Liebespaare. Es ist beeindruckend, wie ruhig und gelassen die Ukrainer auf die Bedrohung und ständigen Provokationen reagieren, das ist mir schon in Kiew aufgefallen. Sie lassen sich nicht ein-

„Dass viele Menschen im Westen die russische Behauptung, in der Ukraine seien Faschisten, Neonazis, Pogromisten am Werk, willig schlucken, bestärkt Putin in seinem Vorhaben.“

▷ Fortsetzung von Seite A 1

schüchtern, verfallen nicht in Panik, bewahren einen ruhigen Kopf. Auch in Lemberg, so erzählen Freunde, gibt es keine gehässigen antirussischen Parolen, keiner wird scheel angeschaut, wenn er auf der Straße russisch spricht.

Revolution der Würde

In der Revolution der Würde, wie man den Kampf gegen das Janukowitsch-Regime nennt, wurde eine neue ukrainische Identität geboren, die sich nicht gegen Russland, gegen die russische Kultur richtet. „Ich liebe Puschkin, aber nicht Putin“, lautete eine Losung auf dem Maidan. Er war multiethnisch, russischsprachige und ukrainischsprachige Ukrainer kämpften

gemeinsam mit Armeniern, Juden, Weißrussen und Angehörigen anderer Volksgruppen für Demokratie und Freiheit. „Wenn man von einem neuen ukrainischen Patriotismus sprechen kann“, so der

aus Lemberg stammende Dichter Oleksandr Irwanez, dem ich auf der Buchmesse im Kiewer Arsenal begegne, „dann ist er politisch, nicht ethnisch, das heißt die Sprache, Ukrainisch oder Russisch, ist ohne Belang.“

Die meisten Medien im Land, Zeitungen, Fernsehen, auch in der Hauptstadt, sind russisch, sogar der Katalog der Buchmesse ist in russischer Sprache gedruckt. So viel zu den im Westen von vielen geglaubten Behauptungen Putins, es gehe vor allem darum, die russischsprachigen Menschen in der

Ukraine zu schützen, ihr Recht auf die eigene Sprache und Kultur, die ukrainische Ultranationalisten und Faschisten verbieten wollten.

Wie schaut es umgekehrt aus? In den von Separatisten besetzten Städten im Osten ist es nicht ratsam, Ukrainisch zu sprechen, dort würde es keiner wagen, einen Hut mit blau-gelbem Band zu tragen. Toleranz à la Putin. Die registert auch in Russland. Wer nicht in die russische Propaganda einstimmt und nicht den Feldzug gegen die Ukraine bejubelt, wird als Volksverräter abgestempelt, sagt die russisch schreibende weißrussische Autorin Swetlana Alexijewitsch. Russischsprachige Intellektuelle in der Ukraine, die sich dagegen verwahren, von Putin „beschützt“ zu werden, wie der Autor Andrej Kurkow, werden als „russischsprachige ukrainische Nationalisten“ und Volksverräter diffamiert.

Wie es um die Glaubwürdigkeit Putins und seiner Handlanger, die sich als hehre Kämpfer gegen Faschismus und Anarchie stilisieren, bestellt ist, zeigt das Beispiel der Krimtataren. Nach der Besetzung der Krim versprach Putin den Tataren eine vollständige Rehabilitierung – unter Stalin waren sie wegen angeblicher Kollaboration mit Hitlerdeutschland aus ihrer Heimat deportiert worden – und Anerkennung als „Opfer Stalins“, dazu großzügige Investitionen in die soziale Infrastruktur der islamischen Minderheit. Die Realität: Vor kurzem haben die Behörden der Krim alle Massenversammlungen verboten, voran die Feiern

der Tataren anlässlich des 70. Jahrestages ihrer Deportation. Zufall oder Absicht? Als der langjährige Führer der Tataren, Mustafa Dschemiljew, von einer Reise auf die Krim zurückkehren wollte, verweigerten ihm die Behörden die Einreise. Es sei allgemein bekannt, dass Dschemiljew für westliche Geheimdienste arbeite, erklärte ein Krim-Politiker nebulos.

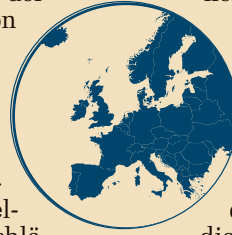
„Warum schaut Europa untätig zu, während Putin alles daran setzt, die Ukraine zu destabilisieren?“, wurde ich auf der Buchmesse in Kiew von einem Mann im Publikum auf Russisch gefragt. „Zuerst die Annexion der Krim und jetzt die Intervention im Osten und Süden, im Donbass, stets nach demselben Muster, bezahlte Schläger und Unruhestifter, unterstützt von russischen Agenten, ernennen sich selber, mit der Waffe in der Hand, zu Vertretern der russischsprachigen Bewohner und fordern die Abtrennung von der Ukraine. Warum lässt uns der Westen im Stich, so wie er 1938 die Tschechoslowakei und ein Jahr später Polen im Stich gelassen hat?“

Kein Moment der Ruhe

Ich wusste nicht, was ich sagen sollte. Und immer wieder die Frage nach einem Rat: Was sollen wir in dieser Situation tun? Ich fühlte mich beschämt, weil ich keine Antwort wusste. Heute, da die Situation noch viel gefährlicher ist, wüsste ich noch weniger eine Antwort. Die weiß keiner. Auch nicht die neuen Politiker in Kiew, die nicht wirklich neu wirken. Unser Problem besteht darin, dass die „vorgestrigen“ Politiker bis dato

erst durch „gestrige“ ersetzt wurden, konstatiert der ukrainische Historiker Jaroslav Hrytsak skeptisch, auf „heutige“ Politiker wartet das Land immer noch.

Das nützt Putin skrupellos aus, er gönnt der Ukraine keinen Moment der Ruhe. Sein wichtigstes kurzfristiges Ziel besteht darin, die Präsidentschaftswahlen zu verhindern. Das soll die Ukraine weiter schwächen und den Glauben an die Legitimität der Politiker untergraben. Es gibt ernstzunehmende Beobachter, die meinen, die Ukraine sei nur ein



Etappenziel, insgesamt verfolge Putin eine Strategie, die sich gegen Europa richte. „Putin will nicht nur die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine verhindern, er will gleichzeitig auch die Wahlen in Europa gewinnen“, sagt der amerikanische Historiker Timothy Snyder, ein ausgewiesener Kenner. „Putin gibt mittlerweile offen zu, dass er auf der Seite der europäischen Neonazis, der Faschisten und der rechtspopulistischen Parteien steht. Und die werden sehr erfolgreich sein. Das ist eine bewusste Strategie Putins, um die EU zu kapern, sie zu destabilisieren und von innen heraus zu zerstören.“ Putin möchte dem freien Europa, für ihn eine Marionette des Erzfeindes Amerika, eine Eurasische Union unter russischer Führung entgegenstellen. Doch ohne die Ukraine bliebe das eurasische Imperium Stückwerk. Deshalb drückt Putin jetzt aufs Tempo.

Innerhalb weniger Wochen hat die russische Aggression die Weltordnung grundlegend verändert. „Die Welt wird nie mehr die gleiche sein. Putin hat die Welt, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, in die Luft gesprengt“, schlägt Swetlana Alexijewitsch Alarm.

Aber im freien Europa, auch in Deutschland und Österreich, stecken viele den Kopf in den Sand. Dabei gibt es auch in Russland, obwohl die Medien weitgehend gleichgeschaltet und kritische Stimmen mundtot gemacht wurden, Intellektuelle, die gegen die aggressive Politik Moskaus offene Worte finden. Neunzig bekannte Bürgerrechtler, Wissenschaftler und Schriftsteller unterzeichneten einen öffentlichen Appell „Gegen den Krieg, gegen die Selbstisolierung Russlands, gegen die Restauration des Totalitarismus“. Sie werden als Nationalverräter gebrandmarkt.

Wo bleibt der Aufschrei westlicher Intellektueller, wo bleiben die Solidaritätserklärungen, die aktive Hilfe für diese mutigen Menschen, wie in den Zeiten des Kalten Krieges? Leben wir nicht längst in einem neuen kalten Krieg, ohne dass wir das wahrhaben wollen, weil wir uns bequem eingerichtet haben innerhalb der Schengen-Grenzen, warm und gemütlich? Was kümmern uns die Ukrainer, die sind draußen, fern und fremd.

Prominente Putin-Versteher

Oft hat man den Eindruck, dass Putin gar keine Propaganda mehr braucht, weil er ohnehin auf genügend „nützliche Idioten“ im Westen zurückgreifen kann, die ihn verstehen und seine Aggression schönreden. In Deutschland, Österreich und anderswo. Etwa die deutschen SPD-Politiker Gerhard Schröder, Günter Verheugen und Helmut Schmidt, um nur ein paar große Namen zu nennen.

Bevor ich nach Kiew zur Buchmesse fuhr, nahm ich in Berlin an einer Diskussion über die Ukraine teil, mit auf dem Podium saß der langjährige EU-Kommissar Günter Verheugen. Er wettete gegen die „Faschisten, Neonazis und ra-

biaten Antisemiten“, die in der Ukraine das große Wort führten und alles Russische ausmerzen wollten. Als der neben ihm sitzende Andrej Kurkow diese Darstellung ins Reich der Putin'schen Fabel verwies und versicherte, dass er als russischsprachiger Autor in Kiew keinerlei Diskriminierung ausgesetzt sei, wurde der prominente Putin-Versteher grantig. Argumente wollte er nicht zur Kenntnis nehmen.

In Österreich finden regierende Politiker nichts dabei, dass die OMV vor kurzem mit dem russischen Energieriesen Gasprom eine Absichtserklärung für den Bau einer neuen Gaspipeline, unter Umgehung der Ukraine, unterzeichnete, die ab 2017 russisches Gas nach Österreich bringen soll.

Dass die Europäische Kommission erklärte, der Bau der Gaspipeline South Stream widerspreche EU-Recht, stört die Verantwortlichen nicht, auch nicht die Tatsache, dass die EU angesichts der fortgesetzten Aggression über eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland diskutiert. Was geht das uns an? Sanktionen gegen Russland würden für die österreichische Wirtschaft eine Katastrophe bedeuten, erklären österreichische Wirtschaftstreiber unisono – und die Politiker nicken dazu.

Ein irrwitziger Vorschlag

Dass Putin drauf und dran ist, ein souveränes Land zu zerschlagen und die Grenzen in Europa gewaltsam zu verschieben, passt nicht in ihr Konzept und wird ausgeblendet. Ist alles nicht so schlimm. Man darf Putin nicht vergrätzen, man muss nur mit ihm reden, sich mit ihm an einen Tisch

zu setzen. „Österreich am Gängelband Putins“ überschrieb die polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* einen Bericht über den peinlichen OMV-Deal.

Der rechtsextreme russische Politiker Wladimir Schirinowski, Chef der noch mithilfe des KGBs gegründeten Liberal-Demokratischen Partei Russlands, machte vor kurzem den bizarren Vorschlag, die Ukraine unter den Nachbarn aufzuteilen, Moskau solle den Osten und Süden des Landes bekommen, Polen „sein“ Lemberg, Ternopil und die Region Wolhynien, Ungarn die ehemalige Karpato-Ukraine und Rumänien Czernowitz. Schirinowski wird oft als Hofnarr des Kremls angesehen – aber Narren können auch nützlich sein. Der Kreml lässt Schirinowski manchmal von der Leine, um auszuloten, wie weit Moskau gehen kann.

Ein irrwitziger Vorschlag? Gewiss. Aber der ungarische Staatschef Viktor Orbán, auch er ein lupenreiner Demokrat, griff die Anregung umgehend auf und forderte für die in der Karpato-Ukraine lebenden Ungarn fürs Erste weitgehende Minderheitenrechte wie das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft und, falls gewünscht, Selbstverwaltung.

Die Spaltung Europas hat bereits begonnen.



Martin Pollack, geb. 1944 in Oberösterreich, ist österreichischer Journalist, Schriftsteller und Übersetzer. Er

studierte u. a. osteuropäische Geschichte. Sein letzter STANDARD-Essay erschien im Sammelband „Majdan! Ukraine, Europa“ von Claudia Dathe und Andreas Rostek (Edition Fototapete, 2014).

ALBUM

Mag. Christoph Winder (Redaktionsleitung)
E-Mail: album@derStandard.at



Das Problem ist, dass „vorgestrige Politiker“ vorerst durch „gestrige“ ersetzt werden. Im Südwesten des Landes hielten Ukrainer Anfang der vergangenen Woche (am 19. Mai) eine riesige Nationalflagge.

Foto: EPA

Lachhafte Absurditäten

Frustrierend ist nur die Politik, und der Zynismus ist überlebensnotwendiger denn je: Der Schriftsteller Florin Lăzărescu zeichnet ein buntes Bild vom Rumänien nach der Wende. Von **Cornelius Hell**

Unser Sonderberichterstat-ter von Florin Lăzărescu ist ein buntes Fresko Rumäniens nach der Wende. In Iași sehe ich die brandneue Taschenbuchausgabe des Romans, der mittlerweile auch ins Französische, Spanische, Italienische, Slowenische, Kroatische und Ungarische übersetzt wurde, in allen Buchhandlungen. Als ich den Autor treffe, schenkt er sie mir – nicht weil er mich überschätzt und glaubt, ich könne Rumänisch, sondern mit der verschmitzten Bemerkung, das Coverfoto habe er bei seinem letzten Wien-Aufenthalt gemacht. Besser hätte er mein Vorhaben, Schauplätze des Romans in Iași aufzusuchen, nicht ironisieren können.

Lăzărescu stellt sich nie eine konkrete Stadt vor, wenn er schreibt, und er betont, der Roman sei nicht in Iași lokalisiert. Er selbst kann freilich nur in dieser Stadt leben – hier hat er Literaturwissenschaft studiert, im Verlag gearbeitet und im Vorjahr ein Literaturfestival

organisiert; viele Leute kamen, alle wussten davon, auch die Taxifahrer, erzählt er mit leuchtenden Augen. Der vierzigjährige Florin Lăzărescu ist in Rumänien ein arrivierter Autor, vor seinem Roman *Trimisul nostru special* (*Unser Sonderberichterstat-ter*) sind Bücher von Aldous Huxley, Haruki Murakami, Henry James, Elif Shafak und Cătălin Dorian Florescu in derselben Taschenbuchreihe erschienen. Aber finanziell überleben kann Lăzărescu nur vom Film und vom Fernsehen. Er hat unter anderem das Drehbuch für den Kurzspielfilm *The Tube with a Hat* von Radu Jude geschrieben, der weltweit mit zahlreichen Filmpreisen ausgezeichnet wurde. Doch besessen ist er von der Literatur; immer hat er mindestens zwei Bücher im Kopf.

„In Rumänien muss man nur

das Fenster aufmachen oder den Fernseher einschalten, schon finden sich Geschichten“, sagt Florin Lăzărescu. Neben uns auf der Terrasse des Cafés sitzt ein Pope – der einzige Mann mit einem schicken Rucksack, den ich in Iași entdecken konnte. Und während wir uns unterhalten, geht ein alter Mann mit einer Krücke und einem Einkaufssackerl an uns vorbei ins Geschäft – seine Polizeiuniform mit den mir unbekanntem Rangabzeichen ist beeindruckend.

Ja, hier müssen Geschichten zu finden sein. Aus Florin sprudeln sie nur so hervor – seine Wurzeln liegen im nur etwa 30 Kilometer entfernten Dorf Doroscani, wo er 1974 geboren wurde und seine Eltern noch leben; dort wurden viele Geschichten erzählt. Im letzten Prosaband hat er „seine“ Kriegserinnerungen aufgeschrieben – diese Erinnerungen wurden ihm so intensiv erzählt, dass er sie wie seine eigenen Erfahrungen empfand. Seine Schwester lebt in London, dort fährt sie eine Stunde zur

Arbeit, er hingegen freut sich, dass er in einer halben Stunde im Dorf sein kann, wie er in fließendem Englisch erzählt. Er hatte einmal ein Superangebot mit einem guten Gehalt nach Bukarest, doch er hat es abgelehnt: Schon dort wäre er fremd, außerdem ist die eigene Zeit das wichtigste Gut. Die Zeit zum Erzählen, zum Schreiben.

„Frustrierend“, sagt mir Florin Lăzărescu, „ist in Rumänien nur die Politik.“ Alles ist polarisiert: Entweder ist man für den Präsidenten oder für den Ministerpräsidenten. So kann man sich auf diesem Feld als Autor gar nicht äußern, sonst gilt man sofort als „gekauft“. Und die Politik greift auch in die Kultur ein: Vor kurzem, erzählt Florin, wurde ein guter Mann, der für die Auslandskultur zuständig war, durch einen inkompetenten ersetzt. Doch es gibt

Inseln der Normalität – Florin nennt als erste seinen in Iași ansässigen Verlag Polirom, bei dem er einige Jahre auch angestellt war und sich für junge AutorInnen einsetzen konnte.

Die Polit- und Medienszene Rumäniens in den 1990er-Jahren hat Florin Lăzărescu im *Sonderberichterstat-ter*-Roman mit satirischen Elementen gezeichnet. Beim Begräbnis eines bekannten Journalisten ist der Besuch des rumänischen Staatspräsidenten angekündigt. Der Sonderberichterstat-ter Antonie lauert ihm auf, um ein Statement zu erhaschen, der arabische Terrorist Mohammed, um ihn in die Luft zu jagen; doch das Begräbnis wurde in letzter Minute in eine andere Kirche verlegt. Als Antonie bei einer Pressekonferenz doch noch auf den Präsidenten trifft, wird er von dessen Leibwächtern mit einem Schlag ins Gesicht niedergestreckt. Er verliert das Bewusstsein und fällt in einen orangefarbenen Tunnel, in dem sein ganzes bisheriges Leben Revue passiert. Spannung, Humor und Gesellschaftsanalyse verbinden sich produktiv.

Insider-Geheimnisse

Dass ich bei diesem Roman viel gelacht habe, versteht Florin, er sagt allerdings: „Ich schreibe nicht, um Menschen zum Lachen zu bringen, sondern weil mich die Absurdität der Existenz interessiert, die einen zum Lachen bringt.“ Er wollte ursprünglich auch kein Fresko der Gesellschaft malen – das entstand durch die Figuren und die Welt, in der sie leben. Lăzărescu kannte die Medienwelt und wusste viele Insider-Geheimnisse. So ist zum Beispiel die Geschichte vom Foto in der Zeitung, neben dem „FOTO: Hau ihr einen verfluchten schwarzen Balken über die Augen!“ stand, ganz genau so in Iași passiert. Lăzărescu geht immer von realen Handlungen aus, von Menschen, die er kennt, erzählt aber nie nur das, was er ge-



Foto: Mircea Truteanu

„Er ist besessen von der Literatur, er hat immer mindestens zwei Bücher im Kopf“: Florin Lăzărescu ist in seiner Heimat ein arrivierter Autor, der aber finanziell nur von Film und TV leben kann.

sehen hat, sondern macht Fiktion daraus. Und er schreibt seine Bücher vom Anfang und vom Ende her – bevor er nicht den Schluss, die letzten drei, vier Seiten stehen hat, kann er den Roman nicht schreiben.

„Was hat das heutige Rumänien noch mit der Romanwelt des *Sonderberichterstat-ters* gemein?“, frage ich ihn. Das Rumänien von heute ist um einiges normaler als damals, konstatiert Florin: „Wir sind EU- und Nato-Mitglied geworden und nicht in der Situation wie Moldawien oder die Ukraine.“ Aber die Rumänen, denkt er, sind noch immer nicht jene „westlichen Schweine“, als die sie der arabische Terrorist im *Sonderberichterstat-ter* in die Luft jagen will. „Man fühlt den Unterschied auf der Straße, wir sind nicht wie Engländer oder Deutsche.“ Bei einem Kroatien-Aufenthalt hat er dieselbe Art von Zynismus kennengelernt, die auch zu Hause zum Überleben notwendig war – und Witze, die ein „Westler“ nicht verstehen

kann. Was keine Frage der Intelligenz ist, sondern eine der Atmosphäre, des kulturellen und historischen Hintergrundes.

In einer Stadt ohne historischen Hintergrund, ist Florin überzeugt, wäre er nicht Schriftsteller geworden. Darum kehrt er von jeder seiner Reisen wieder gerne zurück in seine Stadt. Er erzählt von Iași im 19. Jahrhundert, das ein Schmelztiegel war: Polen, Österreicher, Deutsche, Bulgaren und viele Griechen lebten in der Stadt, die lange als kulturelle Hautstadt Rumäniens galt. Auch die fundamentale Bedeutung der Erinnerung hat Florin Lăzărescu seinem *Sonderberichterstat-ter* eingeschrieben – der Journalist wird aus der Erinnerungslosigkeit der Medienwelt hinauskatapultiert, und im orangefarbenen Tunnel kehrt seine ganze wunderbare Vergangenheit zu ihm zurück. Sein Vater oder der Mönch, der auch eine wichtige Rolle spielt – das ist eine ganz andere Welt; die freilich ebenso ironisch gespiegelt wird. Darum kehre ich zu diesem Roman genauso gerne zurück wie Florin Lăzărescu in sein Iași.



Ein europäisches Karussell

Zwischen 2006 und 2012 nominierten lokale Jurys aus 16 Ländern (Bosnien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Ukraine und Ungarn) alle zwei Jahre Autorinnen und Autoren für den Bank-Austria-Literaris, ein gemeinsames Projekt von Kulturkontakt Austria, dem Wieser-Verlag und der Bank Austria. Eine internationale Jury unter dem Vorsitz von Jifí Gruša und später György Dalos entschied dann über die jeweiligen Gewinner des Preises für Prosa und für Lyrik sowie der sieben „Writers in Residence“-Stipendien.

Ziel des Bank-Austria-Literaris war und ist es, das umfangreiche literarische Schaffen in der Region Ost- und Zentraleuropa sowie Südosteuropa einem deutschsprachigen Lesepublikum zugänglich zu machen. Die Aktion „Ein europäisches Karussell“, in deren Rahmen DER STANDARD zehn Texte über osteuro-

päische Autoren publiziert, will hier einen weiteren, vertiefenden Beitrag leisten. Autoren des Bank-Austria-Literaris werden besucht und samt ihrer Literatur in der Landschaft präsentiert, vor deren Hintergrund ihre Texte entstehen. Das Road-Movie wird zum Road-Feuilleton.

Zum europäischen Karussell erscheint ein Kartonschuber mit neun Bänden (2222 Seiten, 75 Euro plus zehn Euro Versandkosten, versandkostenfrei für alle STANDARD-Abonnenten).

Zu beziehen ist der Schuber über Ihre Buchhandlung oder per Mail: office@wieser-verlag.com, per Fax: 0463/370 36, per Post: Wieser-Verlag, 8.-Mai-Straße 12, 9020 Klagenfurt/Celovec.

Ö1 spielt die „Karussell“-Texte wöchentlich in „Ex libris“ (jew. Sonntag, 16 Uhr).

Die Aktion wird unterstützt von:

Wieser Verlag



Bank Austria
Member of UniCredit

DER STANDARD



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von **Christoph Winder**

Mehr Toleranz beim Sex mit Bankomaten! Ein vernachlässigtes Medienthema.

Aus dem schönen Ort Murfreesboro (Tennessee), der bis dato eigentlich nicht als Hort der gepflegten Gamprigkeit bekannt war, erreichen uns erregende Nachrichten. Laut einem Bericht der TV-Station WKRN Nashville wurde dort Lonnie H. (49) von der Polizei verhaftet, nachdem er in „Boros Bar and Grill“ unvermutet die Hosen heruntergelassen und versucht hatte, mit einem Bankomaten zu kopu-

lieren. Offenbar spielten dabei Rauschmittel eine Rolle. Dem Polizeiprotokoll zufolge roch H. beim Liebesakt „nach Alkohol“.

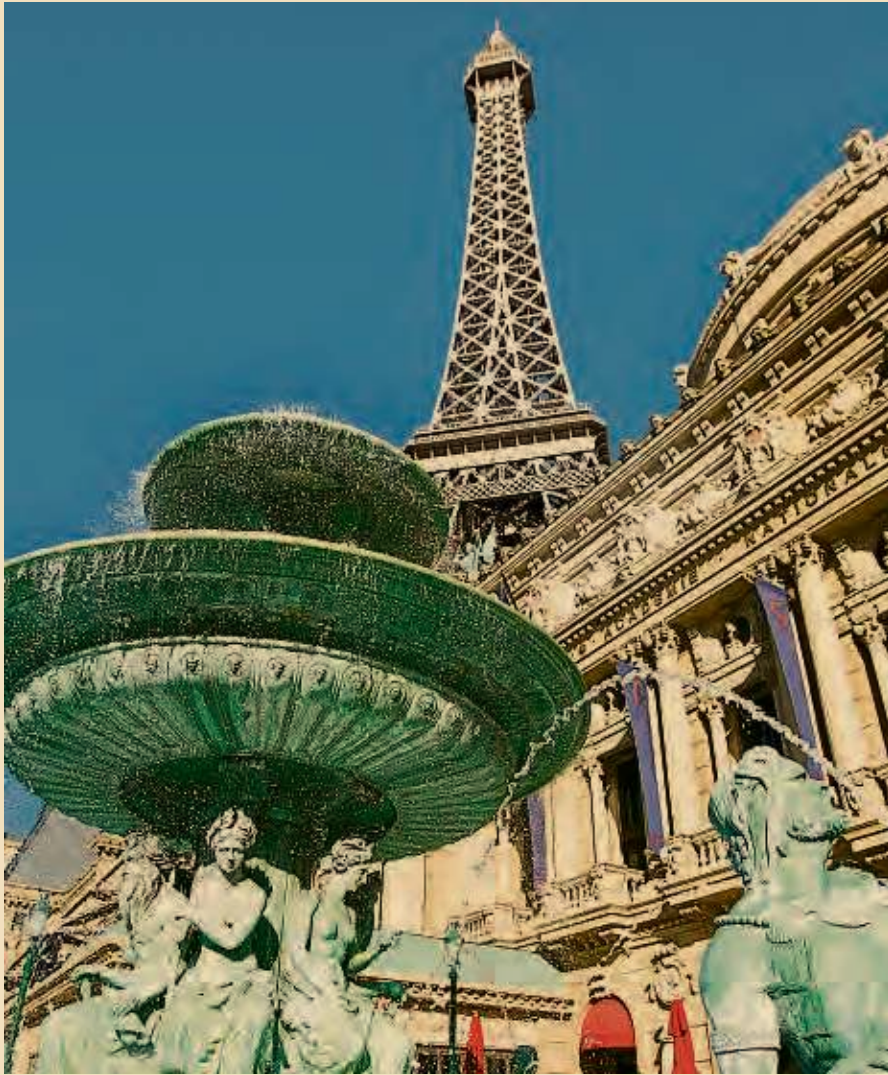
Das Vorkommnis an sich ist trivial, bietet aber willkommenen Anlass für eine Reflexion über ein lange vernachlässigtes Medienthema. Während nämlich seit Conchita Wursts Song-Contest-Sieg alle Gazetten von Berichten über Homosexuelle und Transgenderleute förmlich übergehen, ist die sexuelle Identität von bzw. der Sex mit Bankomaten ein Tabuthema geblieben. Wahrscheinlich hat das mit der hässlichen Annahme zu tun, dass bei Beziehungen mit Bankomaten stets finanzielle Interessen mit im Spiel sein müssten.

Ein blankes Vorurteil, wie etwa das Beispiel des Wiener Zuckerbäckers Franz G. beweist, der seit zwei Jahren in einer Liebesbeziehung mit einem Bankomaten der Raiffeisen Zentralbank liiert ist („Als ich zum ersten Mal seinen Schlitz gesehen habe, hab ich mich auf der Stelle in ihn verschossen“). Dass dabei „sein“ Bankomat (Kosenname: „Spuckerl“) beim GV gelegentlich aus lauter Lust einen liebestrunken Extrahunderter ausgibt, tut da nichts zur Sache.

Das österreichische Recht kennt auch keinen Tatbestand, der den Verkehr mit volljährigen Bankomaten unter Strafe stellen würde. Selbst renommierte Moraltheologen können in dieser

Art von Sex nichts Verwerfliches erkennen. Die Frage der Empfängnisverhütung stellt sich nicht, daher aus katholischer Sicht kein Problem, wenn jemand persönlich mehr auf kantigeren Sex steht und sich statt einer Gummipuppe lieber einen Bankomaten ins Bett holt.

Ein Sonderfall sind vielleicht jene Österreicher, die am Wochenende im kleinen Grenzverkehr nach Krumau oder Brunn fahren und sich dort in der Nacht ein Pantscherl mit einem Bankomaten der tschechischen Sparkasse anfangen. Die tschechischen Polizisten sehen das nicht so gern. Aber andererseits: Solange der Sex einvernehmlich stattfindet, wieso denn nicht?



Ein bisschen Paris, ein bisschen Venedig. Das Bild Europas wird weltweit gerne kopiert, ob das nun die Spaßmetropole Las Vegas (links) oder „The Venetian Hotel und Casino“ in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Macau in China ist. Allein, das gesellschaftliche Ideal bleibt dabei auf der Strecke.

Postkarten aus der Alten Welt

Die europäische Stadt: Niemand kann sie genau definieren, doch sie wird weltweit eifrig kopiert – von Florida bis Schanghai, von Brasilien bis Las Vegas. Die Geschichte eines Exportschlagers. Von **Maik Novotny**

Wirklichkeit und Postkartenbilder“, so besangen die nostalgischen Robo-Romantiker von Kraftwerk bei ihrem umjubelten Burgtheater-Auftritt letzte Woche in ihrem Stück *Europa Endlos* den Kontinent, den sie auf der LP *Trans Europa Express* durchfuhren. Ein Attest, das heute mehr denn je auf die europäische Stadt zutrifft. Denn die realen Stadtbilder von Venedig, Paris oder Barcelona sind als tausendfach reproduziertes Produkt zur sofort erkennbaren Marke geworden.

Wie der berühmte Fall der 2012 eröffneten Kopie des Weltkulturerbe-Ortes Hallstatt in der chinesischen Provinz Guangdong zeigt, lassen sich diese Bilder leicht kopieren – inklusive Palmen und Londoner Telefonzelle. Am anderen Ende des Globus werben die Hotel-Kasino-Komplexe der US-Spaßmetropole Las Vegas mit ebenso fröhlich verzerrten Versionen von Stadtbildern wie Paris, Venedig oder Monte Carlo. Einmal verkleinert mit halb so großem Eiffelturm, ein andermal als reine Motto-Dekoration für Hotelburgen wie bei den 36 Stockwerken des nach dem beschaulichen Gardasee-Dorf benannten *Bellagio*. Die europäische Stadt ist ein Exportschlager.

Schon zu kolonialen Zeiten benannten die Eroberer und Pioniere aus der Alten Welt ihre neu gegründeten Siedlungen praktischerweise einfach nach den alten. Die USA sind voll davon: So findet sich Zürich in Kansas, Rom im Staate New York, Moskau in Idaho, neun verschiedene Hamburgs in sämtlichen US-Bundesstaaten und sogar ein Vienna in Virginia.

Andere österreichische Städte haben eher unglamouröse Na-

mensvetter: Salzburg schaffte es nur zu einem Straßenzug in Newport Beach, Kalifornien. Und Innsbruck, New York, ist nicht mehr als ein Skigebiet, das nach kaum mehr als einem Jahrzehnt Ende der 1970er-Jahre schon wieder aufgegeben wurde. Doch dafür finden sich weltweit stolze 191 Schweizen.

Andere benannten die Städte in pioniergeistgetränkter Eitelkeit gleich nach sich selbst, wie der deutsche Auswanderer Hermann Blumenau. Heute zählt das 1850 gegründete Blumenau im südbrasilianischen Bundesstaat Santa Caterina rund 300.000 Einwohner. Die ungewöhnliche Gründungsgeschichte wird mit einiger Verspätung Ende des 20. Jahrhunderts mit „echt“ deutschen Fachwerkbauten unterstrichen – etwa mit einer Kopie des Rathauses von Michelstadt im Odenwald aus dem 15. Jahrhundert im XXL-Format.

Nicht nur Namen und Wahrzeichen werden kopiert, sondern auch ganze Städte. So entsteht seit 2001 am Stadtrand von Schanghai unter dem Motto „One City, Nine Towns“ eine Reihe neuer Städte für insgesamt eine Million Einwohner, von denen jede mit dem Look einer westlichen Stadt stilisiert ist. So kommt Gaoqiao New Town als Klein-Niederlande mit Windmühle daher, andere hingegen in typisch deutscher, britischer, italienischer und auch amerikanischer Optik.

Lässt sich das Erfolgsmodell Europa tatsächlich exportieren? Ganz so einfach sei das nicht, meint Vittorio Magnago Lampugnani, Professor für Geschichte des Städtebaus an der ETH Zürich, im Gespräch mit dem STANDARD. „Diesen Städten fehlt die Authentizität. Die Städte, die wir lieben, spiegeln ein gesellschaftli-

ches Ideal wider, eine Idee des Zusammenlebens, die über das Funktionale weit hinausgeht. Das spiegelt sich auch im Stadtraum wider: Der Campo in Siena ist das repräsentative Wohnzimmer der Stadt und wird auch so bewirtschaftet.“

Doch was ist nun abseits von Wahrzeichen und Fassaden die Essenz der europäischen Stadt? Bauliche und kulturelle Dichte? Die Patina aus jahrhundertlangem Um- und Überbauen? Von der Unesco geheiligte Innenstädte? Oder vielleicht eine besondere Urbanität, was auch immer das sein mag? Dazu gibt es so viele Theorien, wie es Stadtforscher gibt, und die Bücher über die europäische Stadt füllen Regale. Manche sehen den Begriff als Mythos, andere, wie der Soziologe Hartmut Häussermann, sprachen ihm überhaupt jede aussagekräftige Relevanz ab.

„Der Begriff *Europäische Stadt* ist aus meiner Sicht nur bedingt brauchbar“, relativiert auch Lampugnani. „Erstens unterscheiden sich etwa italienische Städte er-

heblich von spanischen oder skandinavischen, denn sie alle haben einen ausgeprägten Eigencharakter. Zweitens ist auch die Abgrenzung zur islamischen Stadt oder zur indischen recht schwierig. Die klare Aufteilung von öffentlichen und privaten Bereichen, die hohe Dichte und der menschliche Maßstab, der auch für den Fußgänger erlebbar ist, haben Städte von Rom bis Wien und Stockholm und von Isfahan bis Delhi gemeinsam. Deswegen halte ich den Eurozentrismus hier für fragwürdig.“

„European Village Style“

Vielleicht sind es also nur Idealvorstellungen einer „irgendwie europäischen“ Stadt, die weltweit ihre Anhänger finden. Ein so erfolgreiches wie umstrittenes Modell lässt sich vor allem in Florida begutachten: Orte wie die Walt-Disney-Stadt Celebration oder die dicht bebaute Reißbrettstadt Seaside gelten als Paradebeispiele des sogenannten „New Urbanism“, der ab Anfang der 1980er-Jahre die Abkehr von Einfamilienhausteppi-

chen zwischen zehnspurigen Freeways hin zu dörflich anmutenden Siedlungen verkündete. Die Rede ist von „European Village Style“.

Dass diese Städte oft aussahen wie zuckersüße, perfekte Kunstwelten unter einer Truman-Show-Schneekugel, brachte ihnen reichlich Hohn und Spott ein. Trotzdem wurde der New Urbanism bald in die Alte Welt zurückimportiert. So entsteht seit 1993 im englischen Dorchester nach Plänen des Architekten Leon Krier die Siedlung Poundbury als Sammelsurium von Versatzstücken vermeintlich typisch britischer Kleinstadtbauten des 18. und 19. Jahrhunderts. Die Realität passt sich der nostalgischen Postkarte an. Ideengeber für diese konservative Selbstkopie ist niemand geringerer als Prince Charles. Kein Wunder, dass das Projekt bis heute bei Architekten und Laien umstritten ist.

„Poundbury ist in der Theorie eine gute Idee, denn es ist eine fußgängerfreundliche und räumlich einnehmende kleine Stadt“, sagt Vittorio Magnago Lampugnani. „Aber die Imitation eines englischen Dorfes mit Konstruktionen, die wir heute gar nicht mehr beherrschen, gibt dem Ganzen einen falschen Zug. Das Konzept wäre auch mit moderater Modernität umsetzbar gewesen.“

So umstritten diese nostalgische Variante der europäischen Stadt ist – die Gefahr droht ihr von ganz anderer Seite: Die Innenstädte von London, Berlin und Paris sind heute so attraktiv für Bewohner und Investoren, dass es immer weniger bezahlbare Wohnungen gibt. So könnte der Exportschlager Europäische Stadt ironischerweise ausgerechnet in seiner Originalversion an seinem eigenen Erfolg scheitern – wenn die Stadt zum Freilichtmuseum wird und Realität und Postkartenbild bald nicht mehr zu unterscheiden sind.



So soll Europa aussehen – zumindest laut Prince Charles: Planstadt Poundbury im englischen Dorchester

Ohne Europa kein globaler Kunsthandel

Etwa 80 Prozent der weltweit versteigerten Kunstwerke haben europäischen Ursprung.

Die für 2013 global ausgewiesenen Kennzahlen des internationalen Kunstmarktes sind beachtlich: 2,5 Millionen Beschäftigte in 308.000 Unternehmen, die insgesamt mehr als 47 Milliarden Euro umsetzten. Gegenüber den USA (38 Prozent) und China (32 Prozent) liegt der Anteil Europas laut der jüngsten Tefaf-Studie (siehe Grafik) „nur“ bei 26,5 Prozent. Das war nicht immer so, im Gegenteil, denn genau genommen muss Europa als Geburtsstätte des Kunstmarktes in seiner gegenwärtigen Form bezeichnet werden.

Hier verzeichnete der Kunsthandel in der Renaissance eine erste Hochblüte und schmiedeten Ständevertreter später Allianzen in Form gemeinsamer Verkaufsevents. Infolge entwickelte man Messeformate, die – wie die Art Basel dokumentiert – teilweise erfolgreich ins Ausland exportiert wurden (Miami Beach, Hongkong).

Vor allem aber nahm hier die Erfolgsgeschichte der Auktionsbranche ihren Anfang: 1707 wurde in Wien das Dorotheum gegründet, 1744 schwang erstmals Sotheby's-Gründer Samuel Baker ebenso in



London den Auktionatorenhammer wie James Christie 1766. Wie viel die beiden Marktführer in Europa (Kontinental & UK) im Vergleich zu den Standorten in den USA und Asien jährlich erwirtschaften? Auf Anfrage gibt Sotheby's mit Verweis auf die Börsennotierung des Unternehmens keine Zahlen bekannt.

Ein Blick auf die Auktionsumsätze 2013 (5,23 Mrd. Dollar) zeigt, dass der Europa-Anteil bei 36 Prozent (oder 1,89 Mrd. Dollar) liegt (USA 46 Prozent, Asien 17 Prozent). Bei Kontrahent Christie's steuert Europa, bemessen am Umsatz aus allen Geschäftsbereichen (inkl. Online und Private Sales, 7,1 Mrd. Dollar), knapp 30 Prozent bei (USA 39 %, Asien 14 %).

Jedoch: Gute 80 Prozent der gehandelten Kunstwerke haben europäischen Ursprung, bestätigt Christie's-Europachef Dirk Boll. Dazu stellen europäische Käufer mit 53,8 Prozent die Kerngruppe der Klientel (USA 30,5 Prozent, Asien 15,7 Prozent), und selbst bei den weltweit gehandelten Sparten Impressionist & Modern sowie zeitgenössischer Kunst liegt ihr Anteil bei etwa 33 Prozent. (kron)

Marktanteil nach Umsatz	
USA	38
China	32
Rest der Welt	4
Europa	26,5
Großbrit.	19
Frankreich	4
Schweiz	1
Deutschland	1
Italien	1
Schweden	0,5
	in Prozent

Quelle: Tefaf-Studie 2014 **DER STANDARD**



Selbstporträt des verliebten Grafen Nikolaus Esterházy (o.), das im Hintergrund jene Kutsche zeigt, mit der seine – von Heinrich Friedrich Füger als „Hebe“ gemalte – Braut Marie-Françoise Roisin (li.) auf Reisen ging.

Fotos: Villa Grisebach

Berliner Melange

Das Auktionshaus Villa Grisebach vereint (vorübergehend) ein Ensemble historischer Miniaturen aus der Sammlung des Grafen Esterházy. Von **Olga Kronsteiner**

Verglichen mit zeitgenössischen Großformaten, die in ihrer stilistischen Buntheit und mit ihrem oftmals simplen Wiedererkennungswert auf dem internationalen Kunstmarkt um die Aufmerksamkeit kaufkräftiger Klienten buhlen, nimmt sich die Gattung Miniaturen bescheiden aus. Kaum eines dieser Porträts misst mehr als acht Zentimeter in Höhe oder Breite, die Dargestellten sind dem Durchschnittsbetrachter wiederum mehrheitlich unbekannt.

Dabei handelt es sich zumeist um Ebenbilder historischer Persönlichkeiten, Angehöriger regierender Häuser oder der Aristokratie. Ab dem späten 18. Jahrhundert waren diese Minibilder als „Konversations- und Erinnerungsobjekte“ beliebt, „schmück-

ten private Kassetten, wurden an Ketten am Herzen getragen oder in kleinen Kabinetten gesammelt“, schildert Stefan Körner. Seit 2012 ist der Kunsthistoriker beim Berliner Auktionshaus Villa Grisebach für die Sparte „Orangerie“ verantwortlich, die zu sammlerischem Crossover verführt: über assoziative Geschwister, Erlesenes der Kategorien angewandter und bildender Kunst mit künstlerischen, historischen und inhaltlichen Verknüpfungen. Eine Berliner Melange, wenn man so will.

Bei seinen Beutezügen quer durch Europa entdeckt Körner immer wieder außergewöhnliche Objekte österreichischer Provenienz, so auch im Vorfeld der kommenden Woche (29. Mai) anberaumten Auktion. Dort wartet ein Quartett, das ehemals zur Mi-

niaturensammlung des Grafen Nikolaus Esterházy (Forchtensteiner Linie) gehörte. Im 20. Jahrhundert war die Kollektion über Plünderungen des Schlosses im ungarischen Csákvár in die redensartigen Winde verstreut worden.

Vier dieser Miniaturen – deren Verbindung über rückseitige Gravuren zweifelsfrei erwiesen ist – finden nun – aus französischem, amerikanischem und österreichischem Privatbesitz – über Berlin wieder zueinander.

Eine historische, jedoch womöglich nur kurzfristige Reunion, da die Bildnisse einzeln versteigert werden. Zu diesem Ensemble gehört etwa das von der am Münchner Hof tätigen Künstlerin Franziska Schöpfer gemalten Porträt der gräflichen Schwester Antoinette Esterházy (12.000–14.000

und das virtuos mit Silberstift auf Elfenbein gezeichnete Selbstporträt des Grafen Nikolaus Esterházy (6000–8000 Euro).

Im Hintergrund ist dort jene Kutsche zu sehen, mit der seine Braut Marie-Françoise Roisin im Mai 1799 die einzig überlebende Tochter von Marie Antoinette und König Louis XVI auf ihrer Reise ins russische Mitau begleitete. Dort war Madame Royale (de France) Marie-Thérèse Charlotte (18.000–22.000), zum Spielball der Politik degradiert, mit einem Cousin verheiratet worden.

Anders bei Nikolaus und Marie-Françoise, die Heinrich Friedrich Füger als Hebe und damit als Mundschenk der Götter porträtierte (7000–9000 Euro), deren am 1. Juni 1799 geschlossene Ehe überaus glücklich werden sollte.

Gefragte Glittergarnierung

Zeitgenössische Kunst kratzte im Dorotheum an der Zehn-Millionen-Marke

Zaungäste können nur zum Maßstab, wie komplex sich der organisatorische Aufwand hinter den Kulissen einer Auktion gestaltet, wenn, wie dienstags dieser Woche im Dorotheum, im Halbstundentakt bis kurz vor der Auktion neue Telefonaufträge eintrudeln. Eine Frage von Kapazitäten, Apparate und Leitungen sowie Personal mit Fremdsprachenkenntnissen betreffend. In Dreierreihen nahm anlässlich der Abendauktion zeitgenössischer Kunst also die aus Experten und Mitarbeitern des Hauses kompilierte Mannschaft Aufstellung. Jeder bekam ein Bietertäfelchen, sogar Chef Martin Böhm.

Dass ausgerechnet Nummer 143 am Ende des Abends kaum einen Zuschlag erhalten sollte, störte ihn keineswegs. Au contraire: denn kein Rekord, ohne glücklose Unterbieter, wie folgendes Beispiel dokumentiert. Für Paolo Scheggis *Zone Riflesse* (1965)

schmissen sich 20 Telefonbieter ins Getümmel und hatte die Konkurrenz im Saal das Nachsehen: bei 480.000 Euro (573.300 inkl. Aufgeld, exkl. Folgerecht) besiegelte Auktionator Raphael Schwarz den neuen Künstlerweltrekord (zuvor Christie's, 2013:



Paolo Scheggis Rekordbild „Zone Riflesse“ (1965).

Foto: Dorotheum

Intersuperficie nera (1965), rund 212.500 Euro netto). Sieben Zuschläge später überschritt man die Millionengrenze und bewilligte einer der übers Telefon zugeschalteten Käufer für Lucio Fontanas mit Glitter garniertes *Concetto spaziale* (1957) 920.000 Euro (1,08 Mio.) – ein Rekord für ein Werk der „barocken Phase“ des Italieners. Und der höchste Wert der Sitzung, gefolgt von 750.000 (934.230), die Expertin Patricia Pálffy namens eines europäischen Klienten für Sean Scullys Großformat *Lucia* (1992–96) deponierte.

Am Ende des Abends hatten knapp 74 Prozent des Angebotes zum Gegenwert von 7,37 Millionen Euro den Besitzer gewechselt, anderntags kamen noch 1,82 Millionen aus der Tagesauktion hinzu, womit man inklusive Nachverkäufen erstmals in der Geschichte der Sparte nach zwei Sitzungen die Zehn-Millionen-Euro-Marke überschreiten wird. (kron)

im Kinsky
Auktionshaus

Rekordpreis für Peyton
Verkauft um € 151.200

Elizabeth Peyton, Empress Elisabeth of Austria

Für unsere großen Herbstauktionen suchen wir jetzt schon hochwertige Kunstwerke.

Auktionshaus im Kinsky GmbH, Palais Kinsky
1010 Wien, Freyung 4, T +431 532 42 00, www.imkinsky.com

Als Ansporn immer ein Granat parat

Im Biosphärenpark Nockberge lässt sich eine gemütliche Zweitages tour planen, die auch Kindern Spaß macht. Sie werden hier zu Schatzsuchern. Von **Birgit Eder**

Über die sanften Kärntner Nockberge zu wandern ist mit Kindern ein Erlebnis. Denn direkt am Weg liegen ungeschliffene Granate, die jeder einsammeln darf – perfekt für junge Schatzsucher. Das Ende der zweitägigen Tour bildet ein mächtiges eisernes Tor, das mit den Halbedelsteinen gefüllt ist.

1. Tag: Von Millstatt geht's bequem mit dem Wandertaxi hinauf bis zur Sommeregger Hütte, wo wir die Tour auf den Tschiernock beginnen. Kurz oberhalb von Treffling tauchen wir aus dem Frühnebel und erfreuen uns am strahlenden Sonnenschein. Von der Hütte führt der Weg Nr. 12 anfangs nur leicht ansteigend in Richtung Hansbauer Hütte – nicht absteigen –, danach geht's steiler über den Weg Nr. 11 zum Gipfel. Dabei passieren wir den sogenannten „Stein-

Millstätter Hütte führt. Beide Hütten sind zum Übernachten geeignet. Gehzeit: 2¼–3½ h, 420 Hm bergauf, 340 Hm bergab.

2. Tag: Von der Alexander- oder Millstätter Hütte folgen wir der Beschilderung Nr. 194 zum Kaisersteig und zum Kamplnock. Wer den Weg lieber gemütlich möchte, bleibt auf dem Höhensteig Nr. 194. Wir aber wählen die Tour über den Kamplnock – Aufstieg ab der Hütte rund 45 min. Es geht über einen sehr steinigen, zum Teil erodierten Steig, der Trittsicherheit abverlangt. Schwindelfrei sollte man auf diesem Abschnitt auch sein. Die Aussicht vom Gipfelkreuz ist jedoch herrlich und der Abstieg nur mäßig steil.

Wieder auf dem Kaisersteig, im steten Auf und Ab, über das Grüne Törl (2000 m) bis zum Obermillstätter Almkreuz (2046 m). Hier besteht die Möglichkeit, über den Weg Nr. 192 über die Ortnershütte (1800 m) direkt zur Lammersdorfer Hütte abzusteigen.

Die interessantere Option ist aber der Höhensteig, der weiter auf dem Kamm bis zum Lammersdorfer Berg führt – dort steht auch das sogenannte Granattor. Dieses riesige eiserne Tor wurde mit Granatgestein gefüllt und wirkt sehr beeindruckend. Gleich nebenan steht das „Stana-Mandl“, ein überdimensioniertes Steinmanderl.

Von diesem markanten Punkt beginnen wir den Abstieg zur Lammersdorfer Hütte, wo wir uns noch bei selbstgemachtem Käse stärken. Der Millstätter Höhensteig führt noch weiter auf den Rosenkofel nach Kaning, für Kinder sind die nächsten Etappen jedoch zu weit. Gehzeit (mit Kamplnock): drei bis vier Stunden, 300 Hm bergauf, 530 Hm bergab.

Anreise: Zug bis Spittal/Drau, dann in den Bus Nr. 5138 oder 5140 nach Seeboden oder Millstatt und von dort mit dem Wandertaxi weiter. (Taxi-Info unter 04766/3700 oder www.millstaettersee.com).

Schwierigkeiten: Nur der Aufstieg zum Kamplnock ist steil und steinig und an einigen Stellen etwas ausgesetzt. Er kann aber auf dem darunterliegenden Höhenweg auch umgangen werden.

Einkehr: Sommeregger Hütte, Alexanderhütte, Millstätter Hütte und Lammersdorfer Hütte. Achtung: keine Übernachtung auf der Lammersdorfer Hütte!

Karte: Kompass WK 66, Nationalpark Nockberge-Liesertal, 1:50.000

Literatur: Birgit Eder: „Wander- und Hüttenurlaub in Bayern, Österreich und Südtirol. 32 Mehrtagestouren“. € 18,90 / 296 Seiten, wandaverlag.com



Das Granattor auf der Millstätter Alpe markiert auch einen herrlichen Blick hinab.

Foto: Birgit Eder

nernen Tisch“, einen überdimensional großen Tisch aus Marmorbruchstein, auf dem wir die Geschichte der hadischen Leit, der „Ureinwohner“ des Landes, lesen können.

Auf dem Gipfel des Tschiernock verweilen wir und genießen die Aussicht auf die schneebedeckten Riesen in den Hohen Tauern. Der höchste Punkt ist für heute erreicht, weiter geht es im gemütlichen Auf und Ab über den Hochpalfenock (2099 m) und den Tschierwegernock (2010 m). Alle drei Gipfel können auch umgangen werden. Wir aber nehmen sie auf unserer Wanderung mit, denn gleich mehrere Gipfel an einem Tag zu ersteigen ist für Kinder ein Erfolgserlebnis.

Der Abstieg erfolgt über schöne, blühende Almböden abwärts bis zur Kreuzung mit dem breiten Weg Nr. 194, der nach rechts zur Alexanderhütte und nach links zur



Minsk, das besterhaltene Freilichtmuseum für realsozialistische Architektur, wurde a

Der Proletarier

Im Buch „Minsk, Sonnenstadt der Träume“ beschreibt der Autor **Artur Klinau** Weißrusslands Hauptstadt als typisch europäisches Erbstück. Bei einem Spaziergang führt er **Ingo Petz** durch das ehemalige realsozialistische Utopia.

Der dünne Mann mit den fröhlichen Augen zieht ein letztes Mal an seiner Zigarette, räuspert sich und sagt schließlich: „Willkommen in Minsk. Willkommen in der Sonnenstadt der Träume.“ Es ist nicht besonders warm an diesem Tag. Ein graues Meer aus dichten Wolken schwimmt über der weißrussischen Hauptstadt. Sonnenstadt? Sonnenstadt der Träume? Hat man da richtig gehört?

Der Blick fokussiert Artur Klinau, der gerade in erhabenem Ton den merkwürdigen Satz gesprochen hat, und sucht nach einem Zeichen in seinem Gesicht. Eines, das bedeutet: „War nur ein Scherz.“ Aber nichts. Das Gesicht des Mannes bleibt ernst. Und dann sagt er: „Es mag für Sie komisch klingen. Aber meine Heimatstadt Minsk ist tatsächlich die Sonnenstadt der Träume. Es ist ein Ort, den es eigentlich nicht gibt. Ein Utopia.“

Klingt nach vier Konsonanten

Minsk gilt weder als lebenslustige oder multikulturelle noch als architektonisch besonders bezaubernde Metropole. Selbst Leute, die noch nie dort waren, scheinen zu wissen, dass die Zwei-Millionen-Stadt nur ein hässlicher Ort sein kann. Wer vier Konsonanten im Namen trägt, die auch von einem kurzen „i“ nicht zum Klingeln gebracht werden, hat keine guten Karten: Minsk klingt nach Osten, Sozialismus, nach Plattenbau, nach Strenge und Kühle.

Und genau hier setzt der 1965 geborene Performance- und Fotokünstler, Maler und Schriftsteller

Artur Klinau an. Er kontert diese Assoziationen mit dem wagemutigen Projekt „Minsk, Sonnenstadt der Träume“, das mit einem Fotoband begonnen hat und schließlich zu einem kleinen Buch wurde, das die Leser mit anderen Augen auf diese unbekannteste Stadt Osteuropas schauen lässt.

Es sind Seiten, die dem Leser auch Erklärungsversuche anbieten, warum Weißrussland ein bedeutender Teil Europas ist. Klinaus Buch unternimmt einen virtuellen Ritt durch die komplexe, wilde Geschichte des weißrussischen Kulturraums. Dort treffen Einflüsse aus Ost und West aufeinander, die Orthodoxie auf den Katholizismus und das Judentum; hier hinterließen das Magdeburger Stadtrecht, Barock, Renaissance und Reformation sowie das Großfürstentum Litauen, das größte Staatsgebilde im Spätmittelalter, ebenso Spuren wie die ersten demokratischen Gehversuche des polnisch-litauischen Doppelstaates. Zuletzt haben autokratische Strukturen, im Zarenreich und in der Sowjetunion, das heutige Belarus geprägt. Und gerade wegen der jüngsten Geschichte erscheint Weißrussland vielen wie ein Freilichtmuseum des Sozialismus.

„Weil wir im Fadenkreuz von West und Ost auftauchten, waren wir häufig Ziel von Aggressionen durch beide Seiten“, sagt Klinau. Kriege der Moskowiter, der Franzosen oder der Nazis verwüsteten den weißrussischen Kulturraum

und dessen Architekturen. Klinau ist sich dennoch sicher, dass seine Heimatstadt und sein Land lohnende Reiseziele für Touristen sind, die Europa als Ganzes verstehen wollen. „Wenn man es richtig anstellt, könnte man sogar viel Geld mit der Idee verdienen.“ Bis Touristenmassen die Stadt überrennen, wird aber noch viel Zeit vergehen. Erst einmal sind es vereinzelte Führungen, die Klinau durch seine Sonnenstadt anbietet – und das nur auf Weißrussisch.

Das Wissen ausgetrieben

Ganz im Gegensatz zu Alexander Lukaschenko, dem Präsidenten des Landes, der vor allem auf die sowjetische Interpretation der weißrussischen Geschichte setzt, hängt Klinau auch an den westlichen und mitteleuropäischen Traditionen seines Landes. Allerdings hätten Zarenreich und Sow-

jetunion dazu geführt, dass vielen seiner Landsleute das Wissen um das Erbe aus dem polnisch-litauischen Doppelstaat ausgetrieben wurde. Dennoch ist für ihn klar: „Für uns gibt es keine Alternative zu Europa, und ich glaube, die Mehrheit meiner Landsleute wäre sogar bereit, sich in diesem Sinne umzustellen.“ Wenn Klinau von Europa spricht, meint er die EU.

Der Künstler stapft voran auf den breiten Minsker Gehsteigen und lächelt schelmisch. Dieser Mann ist ein Zauberer, der neue Wirklichkeiten aus alten Mythen seines Landes gewinnt – und dadurch auch einer der bekanntesten Weißrussen, die in Opposition zu Lukaschenko, dem „letzten Diktator Europas“, stehen. Partisanen spielen in den Mythen der Weißrussen eine große Rolle, Klinau kann man als Kunstpartisan bezeichnen. In einer repressiven Kulturlandschaft versteht er es, funkelnde Ideen mit subversiven

KTN: Wandern auf dem Millstätter Höhensteig



Goldgrüne Gabe von Zeus' Tochter

Wir lieben ihr Öl, die Oliven lieben Kreta: **Anne Katrin Feßler** besuchte die Insel mit dem besonderen Klima und folgte den Spuren einer Passion.

Kräftige Beißerchen sind von Vorteil, wenn man die erste, unbedarfte Begegnung mit Paximadi hat. Der Kreter allerdings knabbert nicht ungeduldig am griechischen „Zwieback“, er lässt ihn durchziehen, etwa für das köstliche Dakos: mit etwas Wasser, gehackten Paradeisern, Myzithra, dem unpasteurisierten Weichkäse aus Schaf- und Ziegenmilch, Oregano, Knoblauch – und freilich viel Olivenöl.

Goldgrün rinnt es aus der Flasche über die zubereiteten Wildkräuter und köstliche „Arme-Leute-Speisen“, die auch auf der Tafel eines Luxusresorts wie des Daios Cove, nahe Agios Nikolaos an der nordöstlichen Küste Kretas nicht fehlen dürfen. Auf einem der vielen Teller liegt Stamnagathi, eine wie Spinat zubereitete Zichorienart. Im Salat sind Wlita, die Blätter des Amaranths, die an eine Mischung aus Rucola und Mangold erinnern, und das „Unkraut“ Glystrida (Portulak), dessen kleine Blättchen und zarten Stiele leicht säuerlich, nussig schmecken. Das raffinierte Grünzeug suhlt sich im Öl, und man selbst ist auch unersättlich – ohne Reue, gilt doch das Olivenöl als Basis für die Langlebigkeit der Kreter.

Aber wem haben wir das grüne Gold zu verdanken? Folgt man der griechischen Mythologie, so ist es Athene. Diese tritt mit Poseidon darüber, wer von ihnen Patron der neu erbauten Stadt in Attika werden sollte. Ein Geschenk – unvergänglich und nützlich für das Volk – sollte, so Zeus, den Ausschlag geben. Der Gott des Meeres schlug mit seinem Dreizack eine Quelle in den Felsen, es floss allerdings nur Salzwasser. Die Göttin der Weisheit stieß hingegen ihren Speer in die Erde und daraus wurde ein Olivenbaum.

48 Bäume pro Kreter

Demzufolge schlug zwar der erste Ölbaum auf der Akropolis Wurzeln, auf Kreta wachen dafür pro Kopf die meisten: Gute 48 sind das bei 30 Millionen Stück, die die landschaftlich vielseitige, mal üppige, mal karge Insel in ausgedehnten Hainen überziehen. Beziffern kann man das sicherlich auch, weil die Bäume – als eine Investition in die Zukunft – ins Grundbuch eingetragen werden.

Den Kretern ist der Olivenbaum, dem weder Feuer noch Blitzschlag etwas anhaben kann, wahrlich eine Gabe der Göttin: Fast 40 Prozent der gesamten griechischen Olivenölproduktion kommen allein aus Kreta! Von insge-

samt 220.000 Tonnen pro Jahr sind das 80.000, sagt Giannis Geronymakis von Epsilon, einem Familienbetrieb, der in Vori, im Süden, sehr exklusives, biologisches Öl aus den kleinen Koroneiki-Oliven produziert.

„40 Prozent mag unglaublich erscheinen, aber es ist wahr“. Das Eiland, so Giannis, hat einfach das ideale Klima: milde Winter und ein Sommer ohne extreme Hitze. Was Olivenbäume wollen? Ein stabiles Klima ohne heftiges Auf und Ab, dazu viel Sonne, Regen im Herbst – und stickstoffreiche Böden. Statt chemischen Düngers arbeite man dafür zermahlene Hülsenfrüchte (Leguminosen) unter, sagt Giannis. „So produzieren wir womöglich weniger Öl, dafür ist die Qualität einzigartig.“

Bei Epsilon bedeutet das etwa einen Säuregehalt von nur 0,25 Prozent beim Abfüllen. Und weil man die kleinen, flakongleichen Flaschen in Holzkisten sperrt, bleibt der Säurewert extrem niedrig. Ein Geheimnis ist auch die Erntezeit: Zwar kann man je nach Sorte zwischen November und März pflücken, aber zwischen 15. Dezember und 10. Jänner ist das Öl am ausgewogensten, und Polyphenole, Antioxidantien und Vitamine haben ihr Maximum erreicht.

„Solche Bedingungen gibt es nur an wenigen Orten der Erde. Kein Wunder, dass hier seit etwa 3500 Jahren, also seit dem minoischen Zeitalter, Oliven kultiviert werden.“ Im Palast von Zakros in Ostkreta wurde in einem Brunnen ein auf etwa 1450 vor Christus datierter Becher mit ganzen Olivenkernen gefunden. Nicht ganz so viele, aber immerhin rund 2000 Jahre zählen die vier Methusalems unter den Olivenbäumen in „Kriti“. Eines dieser knorrigen Exemplare steht hier im Nordosten, in Kavoussi, kaum 30 Kilometer von Agios Nikolaos entfernt.

Dessen Alleen beschatten zwar keine Ölbäume, sondern Tamarisken und Maulbeerbäume, trotzdem kann man in diesem Küstentstädtchen am Mirabello-Golf, weiter dem heiligen Baum huldigen: Feilgeboten werden Seifen und Kosmetik oder Accessoires für Küche und Alltag aus seinem harten, wunderbar gezeichneten Holz. Und wem das noch immer nicht genügt, der lässt sich im Spa des Daios Cove Resorts eine kretische Abreibung mit Olivenöl verpassen!

Diese Reise erfolgte auf Einladung von Aegean (www.aegeanair.com) und dem Daios Cove Resort.

➔ www.daioscovcrete.com



Foto: AP / Sergei Grits

...uch weiterhin mit Neuzugängen wie der Weißrussischen Nationalbibliothek bestückt.

als Sonnenkönig

Mitteln auszudrücken. Für eines seiner Projekte hat er einen alten Koffer hergenommen und ihn mit Einmachgläsern voll Sauerkraut gefüllt. Darauf stand: „Karl Marx. Das Kapital.“ Einen anderen Koffer hat er „Lenins Werke“ genannt. Darin: Molotowcocktails.

Klinau nähert sich dem Hauptbahnhof, einem modernen Monstrum aus Glas und Marmor. Davor ragen zwei herrschaftliche Türme auf, mit zinnenhaften Aufbauten, Statuen und Schmuckelementen verziert. Das Wappen der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik schmückt noch immer den einen Turm, eine Uhr den anderen. „Das ist das Tor zu Minsk“, erklärt Klinau. „Es sollte dem Besucher zeigen, dass er ein Land betritt, in dem der Proletarier König ist. Minsk sollte Musterstadt des Sozialismus werden. Ein Ort, wo das Glück in klassizistischen, fast barocken Bauten zu Hause ist.“

Könige in Ocker, Blau und Grün

Entlang der großen Boulevards reihen sich die Stalin-Bauten dutzendweise. Vor allem an der Lebensader der Stadt, dem Prospekt der Unabhängigkeit, der sich elf Kilometer durch Minsk zieht, ra-

gen ockerfarbene, bläuliche und grünliche Gebäude auf, in denen sich der gute Kommunist wie ein König vorkommen sollte. Nachts, wenn die Gebäude angestrahlt sind, wirken sie wie die Kulisse für einen monumentalen Film.

„Nirgendwo in Europa gibt es noch eine derartige Konzentration von sozialistischen Prachtbauten – und die gehören eben auch zum europäischen Erbe“, sagt Klinau. Er zeigt auf einen gewaltigen Bau mit Säulen und Turm: die Zentrale des weißrussischen Sicherheitsdienstes, die noch wie zu Sowjetzeiten KGB heißt. Ein paar Meter weiter steht das Gum, das zentrale Staatskaufhaus, dann folgt der Oktoberplatz, auf dem der Palast der Republik, ein graues mausoleumähnliches Gebäude, dominiert. Der Künstler engagiert sich intensiv dafür, dass dieses architektonische Ensemble erhalten bleibt.

In der Ferne sieht man einen Obelisk in den Himmel ragen: ein Denkmal, das an die „Heldengestalt“ und ihre Opfer im „Großen Vaterländischen Krieg“ erinnert. Rechts daneben ragt ein schwerer, aber viel neuerer Klotz aus dem Gorki-Park: das Kempinski-Hotel. Es wurde extra für die Eishockey-WM in Minsk gebaut, die morgen, am 25. Mai, zu Ende geht. „Jetzt ist dieses einzigartige Architekturensemble zerstört“, schimpft Klinau. Tatsächlich kamen seit 1989 aber überall am zentralen Boulevard Neubauten dazu. An der 2006 eröffneten Weißrussischen Nationalbibliothek etwa ist für Laien kaum ersichtlich, dass es sich dabei nicht um eine originale Architektur aus der Sowjetzeit handelt.

In seinem Buch verknüpft der Autor die Idee der Sonnenstadt mit der realen Minsker Geschich-

te der Zerstörung: „Nur auf dem Boden des Verderbens und des Leids können Menschen den Willen entwickeln, sich in eine Utopie zu träumen“, meint er. Die Stadt, die in ihrer fast 1000-jährigen Geschichte immer wieder dem Erdboden gleichgemacht wurde, hat ihre größte Katastrophe im Zweiten Weltkrieg erlebt. Die Stadt wurde erst von den Nazis, die sie zwischen 1941 und 1944 besetzt hatten, und dann mit dem Einmarsch der Roten Armee fast völlig zerstört.

Die sozialistischen Stadtplaner konnten so ein neues Minsk errichten, in dem fast alles architektonische daran erinnern sollte, wer den Weißrussen das neue Glück versprach: der sowjetische Kommunismus. Für das Ende der Sowjetunion wurden dann tatsächlich nirgendwo sonst so viele Tränen vergossen wie in Weißrussland.

Irgendwann biegt Klinau durch ein Tor in einen der typischen Hinterhöfe ab. Die Rückseiten der Prachtbauten wirken schon weniger herrschaftlich: Nackte Wände, lange nicht gestrichen, rostige Geländer, die Verzierungen der Vorderseiten sucht man hier vergebens. „Natürlich ist das Projekt der Sonnenstadt gescheitert“, sagt Klinau in diesem Umfeld. „Es ist eine Idee geblieben, eine Illusion, die Kulisse für ein fantastisches, erhabenes und romantisches Stück. Die Mächtigen haben uns etwas vorgegaukelt, aber auch wir selbst haben uns betrogen.“

Klinau zückt seinen Flachmann aus der Jacke, nimmt einen kräftigen Schluck und sagt versöhnlich: „Auch wenn das mit dem großen Glück nicht wirklich funktioniert hat, das kleine Glück ist in Minsk nie besonders weit.“

„Nur auf dem Boden des Verderbens und des Leids können Menschen den Willen entwickeln, sich in eine Utopie zu träumen, sagt der Autor Artur Klinau über Minsk.“

Reiseinfo & Literatur

Von Wien gibt es **Direktflüge** nach Minsk mit Austrian, ab rund 350 Euro hin und zurück. Touristen erhalten bei der Botschaft der Republik Belarus ein einmonatiges **Visum** gegen „Einladung“ – diese kann aber auch von einem weißrussischen Touristikunternehmen wie etwa einem Hotel kommen. Kosten: 60 Euro. Info: austria.mfa.gov.by/de
Übernachtung: auch möglich im Bildungszentrum „IBB Johannes Rau“ – DZ ab 90 Euro –, für deutschsprachige Reisende eine der wenigen guten Infoquellen in Minsk: www.ibb-d.de/ibb_johannes_rau_minsk.html
Perfekter **Reiseführer:** Artur Klinau: „Minsk, Sonnenstadt der Träume“, € 12,- / 175 S. Edition Suhrkamp



„Arme-Leute-Essen“ und Olivenölmassagen: Unter anderem dafür wurde das Luxusresort Daios Cove geschaffen, das wegen seiner natürlichen Farben mit der Landschaft verschmilzt. Foto: Daios Cove

Eine Monarchin regiert Europa

Eine Reihe von Büchern beschäftigt sich mit Europa. Behandelt werden Fakten zur Eurokrise und Demokratiedefizite. Aus Anlass der EU-Wahl ein Überblick von **Alexandra Förderl-Schmid**.

Um mit dem besten Buch zu beginnen: *Europas Drahtzieher – Wer in Brüssel wirklich regiert*, geschrieben von Cerstin Gammelin und Raimund Löw. Dass sich die Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* und ihr Kollege vom ORF in und mit den Institutionen der EU auskennen, davon kann man als Medienkonsument ausgehen. Der Mehrwert ihres Buchs liegt in den Quellen. Das sind nicht nur Gespräche mit Entscheidungsträgern, sondern vor allem die geheimen Protokolle der EU-Gipfel, in die die beiden Autoren Einsicht nehmen konnten.

Das Wort Antici elektrisiert in Brüssel jeden, weshalb auch in diesen Kreisen das Buch herumgereicht wird. Denn die sogenannten Antici-Protokolle sind vertraulich und zeigen, wie es zur Sache geht, wenn die Staats- und Regierungschefs wirklich unter sich sind. Die Bezeichnung geht auf den italienischen Diplomaten Paolo Massimo Antici zurück, der dieses System der Protokollierung in den 1970er-Jahren erfand.

Wie die Auszüge aus diesen Mitschriften zeigen, dominieren sehr stark nationale Interessen, wenn die Repräsentanten der nunmehr 28 EU-Staaten feilschen. Da werden Untergriffe eingesetzt, es wird hart gerungen, Allianzen werden geschmiedet. Die Autoren zeichnen fast seismografisch die Eurokrise und ihre Folgen nach: Manchmal ist es schwierig, den Überblick zu bewahren, weil im Buch die Ereignisse nicht chronologisch geordnet sind.

Deutlich wird, wie sich etwa Deutschland vehement gegen die Bankenunion zur Wehr gesetzt und der konservative EU-Kommissar Michel Barnier ebenfalls zu den massiven Bremsern gehört hat. Die Frage, ob man nicht durch raschere Entscheidungen Milliarden hätte sparen können, wird beantwortet.

Die Autoren beschränken sich nicht auf Kritik und Nacherzählen, sondern machen auch konkrete Vorschläge, zum Beispiel wie ein soziales Europa aussehen könnte: indem es etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung oder eine Europa-Rente gibt. Das wollen aber die Mitgliedsstaaten nicht – schon gar nicht vor einer Wahl.

Auch Gammelin und Löw haben über Bewertungen gerungen. Die Autoren gestehen sympathischerweise ein, dass sie „beim Schreiben ein Gefühl dafür bekommen haben, wie schwierig es sein muss, unter 28 einen Kompromiss hinzubekommen. Unser Respekt vor der Ausdauer der europäischen Protagonisten ist gewachsen“.

Bei einem Befund sind sie sich einig: Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ist „die Monarchin“, sie regiert Europa. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann kommt fast gar nicht vor, was wiederum viel sagt.

Zu ähnlichen Einschätzungen über Merckels Dominanz ist bereits Robert Menasse in seinem 2012 erschienenen Buch *Der Europäische Landbote* gekommen. Auf Spuren Georg Büchners hatte er eine Kampfschrift mit dem Untertitel *Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss* geschrieben.

Dieses Buch basiert auf Menasses eigenen Erfahrungen in Brüssel und zeichnet ein positiveres Bild der EU-Institutionen – den Rat ausgenommen und hier insbesondere Merkel –, als dies einst Hans Magnus Enzensberger mit seinem Essay *Sanftes Monster Brüssel* getan hat.

Viele Zahlen und bekannte Argumente haben Robert Misik, der auf *derStandard.at* mit einem Videoblog präsent ist, und Michel Reimon für das Buch *Supermarkt Europa – Vom Ausverkauf unserer Demokratie* zusammengetragen, das bei aller Kritik auch eine positive Sicht auf Europa bietet. Die meisten Ansichten sind nicht wirklich neu und erwartbar, aber gut zusammengeschrieben. Die Buchpräsentationen verleihen dem Grünen-Politiker Reimon im Wahlkampf die Möglichkeit zu zusätzlicher Auftritte.

Deutlich trockener ist das Buch des Historikers Michael Gehler. Wie der Titel *Europa – Von der Utopie zur Realität* schon beschreibt, werden historische und philosophische Grundlagen ausgeleuchtet: von Dante Alighieri über Richard Coudenhove-Kalergi und dem Plan von George Marshall bis zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon. Es ist eher ein Nachschlagewerk denn Lesebuch.

Noch kompakter ist *Europa wohnen?*, das nach Darstellung seines Herausgebers Herwig Hösele *Statements, Informationen, Daten & Fakten* bietet. In dem bei Leykam erschienenen Bändchen sind auch Einschätzungen von EU-Korrespondenten (darunter Tho-

mas Mayer vom STANDARD) und Kandidaten enthalten, von denen zwei nicht mehr zur Wahl stehen: Andreas Mölzer und Ulrike Haider. So schnell können Entwicklungen in Europa verlaufen.



Cerstin Gammelin, Raimund Löw, „Europas Drahtzieher – Wer in Brüssel wirklich regiert“, € 20,60 / 384 Seiten, Econ-Verlag, Berlin, 2014



Robert Misik, Michel Reimon, „Supermarkt Europa – Vom Ausverkauf unserer Demokratie“, € 7,90 / 128 Seiten, Czernin-Verlag, Wien, 2014



Michael Gehler, „Europa – Von der Utopie zur Realität“, € 14,95 / 424 Seiten, Haymon Taschenbuch, Innsbruck/Wien, 2014



Sodbrennen nach dem Schaumrollenverzehr

Tränenkrüglein, traulicher Schmollwinkel: Dichter lieben das Tagbuchschreiben. Und das Publikum kann nicht genug davon lesen. Von **Oliver Pfohlmann**

Warum hält jemand Tag für Tagfest, was er erlebt hat? Wird einem damit das gelebte Leben nicht zur Last? Beispiele dafür gibt es: „Man ist die Vergangenheit förmlich los und lebt nun wohlgenut und unbedenklich in der Gegenwart und in die Zukunft hinein“, schrieb einst fröhlich Thomas Mann seinem Freund Otto Grautoff, nachdem er, 21-jährig, seine frühen Tagebücher in den Ofen geworfen hatte. Durchgehalten hat Mann seine Tagebuchabstinentz allerdings nicht. Bis an sein Lebensende verzeichnete er akribisch Alltagsbanalitäten wie Sodbrennen oder den Verzehr einer Schaumrolle beim Konditor für 1,75 Mark. Heute umfassen seine erhalten gebliebenen Journale in der S.-Fischer-

Ausgabe zehn dicke Bände – ein Werk, für das Michael Maar glatt „die Hälfte seiner Bibliothek“ opfern würde. In einer „kleinen Promenade“ versucht der Berliner Literaturkritiker am Beispiel berühmter Tagebücher eine Antwort auf die Frage zu finden, warum so viele – und gerade so viele Schriftsteller – ein Diarium führten und führen. Und ebenso, warum die täglichen Notate fremder Leben beim Publikum eine solche Faszination auslösen.

In der Tat lässt sich inzwischen von einem veritablen Boom des Tagebuchs auf dem Buchmarkt sprechen: Immer neue Journale werden publiziert, darunter nicht nur Wiederentdeckungen wie das Traumtagebuch Arthur Schnitzlers. Sondern zunehmend auch

die von Gegenwartsautoren, wie das Tagebuch *Arbeit und Struktur* Wolfgang Herndorfs, über das Maar schreibt: „Es gibt in der Geschichte des Tagebuchs nichts, was ihm gleichkäme an Takt, Wärme, dunklem Witz, Sarkasmus und stillem Grauen.“

Auf seine zwei Fragen findet Maar jeweils gleich mehrere Antworten, die man aber kaum als überraschend bezeichnen kann. Für den Leser, so Maar, sei in diesem Genre auf einzigartige Weise das Allerprivateste verbunden mit der großen Geschichte. Man denke nur an Kafkas Eintrag vom 2. August 1914: „Deutschland hat Rußland den Krieg erklärt. Nachmittags Schwimmschule.“ Vor allem aber enthalten Tagebücher die tröstliche Botschaft, dass wir „als Sündensäcke doch alle Brüder und Schwestern sind.“ Vorausgesetzt freilich, der Verfasser sei sich selbst gegenüber wirklich ehrlich. Weshalb für Journale die Regel gelte: je offener und scho-

nungsloser, desto besser, so Maar – um sogleich an Gegenbeispiele zu erinnern wie die auf Fiktion und Rollenspiel setzenden Tagebücher Max Frischs.

Vielfältig können auch die Funktionen eines Diariums für seinen Verfasser sein: Ging es Viktor Klemperer im Dresdner „Judenhaus“ vor allem um die Dokumentation unmenschlicher Verhältnisse, so anderen um ein Ventil für ihre Emotionen. Weshalb Gottfried Keller sein Journal als seinen „traulichen Schmollwinkel“ bezeichnete, Schnitzler als „Spucknapf meiner Stimmungen“ und Peter Rühmkorf als „Tränenkrüglein“ und „Rotzlapfen“.

Von jeher sind Tagebücher der Ort, wo all die erlittenen oder auch nur eingebildeten Kränkungen und notorisch unzulänglichen Huldigungen der Mitmenschen festgehalten werden können. Sie sind aber auch, der Ort großer Erkenntnisse, etwa von heimlichen erotischen Neigungen, man denke

nur an August von Platen oder eben Thomas Mann: „Warum schreibe ich das alles? „Um es noch rechtzeitig vor meinem Tode zu vernichten? Oder wünsche (ich), daß die Welt mich kenne?“

Offenbar das zweite. Freilich kann einen die Lust am Bekennen in Teufels Küche bringen, sobald Unbefugte mitlesen. Mancher schützt sich mit einer „Geheimschrift“ wie Elias Canetti, der sich einer Kurzschriftvariante bediente, oder flüchtet sich in einen Fremdsprachenmix wie Samuel Pepys, was den englischen Voyeur und Schürzenjäger aber dennoch nicht vor dem Zorn seiner Gattin retten sollte. Das Problem, wie sich intime Aufzeichnungen vor unbefugten Blicken schützen lassen, ist im Zeitalter von Facebook und NSA aktueller denn je.

Michael Maar, „Heute bedeckt und kühl“: Große Tagebücher von Samuel Pepys bis Virginia Woolf“. € 19,95 / 260 Seiten, C.H.-Beck-Verlag, München 2013



Das Ringen der Schweiz um ihr Verhältnis zur EU



Foto: Frank Schirmer



Ziel:
Gated Community
in der Nähe von Stettin
Polen



Abfahrt: Zadar
Strecke: 1514 km



Zeit: 13 h 29 min



Next Stop: Calais / Seite K47

Der Eidgenossen enger, fremder Freund

Mitten in Europa gelegen und umzingelt von der EU, aufs Engste erfolgreich mit ihr verbunden und doch ein latentes Gefühl der Bedrohung: Die Schweiz hat sich per Volksentscheid etwas Abstand von der EU verordnet und sucht jetzt nach einem Weg zurück.

Klaus Bonanomi aus Bern

In der Schweiz gehen die Uhren wieder einmal anders: Der EU-Wahlkampf ist nur ein Randthema; es geht mehr um die Frage, welches Verhältnis die Schweiz eigentlich anstrebt zu diesem Europa, das so nahe und doch so fremd ist.

Schweizerinnen und Schweizer lassen beim Shopping im grenznahen Ausland jährlich fünf Milliarden Franken (4,1 Milliarden Euro) liegen. Sie profitieren vom besseren Preis-Leistungs-Verhältnis beim Skiurlaub in Österreich und gönnen sich dank guter Bahnverbindungen im Herzen Europas ein Wochenende in Paris, München oder Mailand. Dank Erasmus studieren mehr als 2000 Schweizer an europäischen Unis. Die Wirtschaft funktioniert nur



dank ausländischer Bauarbeiter, Pflegerinnen, Ingenieure und Erntehelfer. Die Exporte gehen zu 60 Prozent nach Europa.

Aber so eng die persönlichen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen der Schweiz und dem benachbarten Europa sind, so fremd ist die EU der Schweiz geblieben. Zwar hat man das gegenseitige Verhältnis mit bilateralen Verträgen ordentlich geregelt, die vom wirtschaftlichen Austausch über Verkehrsfragen und Forschungszusammenarbeit bis hin zur Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz fast alle wirtschaftlichen und politischen Themen umfassen. Doch für viele Schweizer ist „Brüssel“ gleichbedeutend mit bürgerferner Bürokratie, mit undemokratischer Machtballung und mit neoliberaler Technokra-

tie. Und seit 2002, seit zwischen der Schweiz und der EU der freie Personenverkehr gilt, assoziieren viele Schweizer mit „EU“ auch: Konkurrenz am Arbeitsplatz, Lohndumping auf der Baustelle, steigende Wohnungsmieten und ein Gedränge in der Straßenbahn. Jedes Jahr wuchs die Schweizer Bevölkerung um ein Prozent – vor allem dank Zuwanderern aus der EU.

Doch am 9. Februar hat das Schweizer Volk Stopp gesagt und mit hauchdünner Mehrheit beschlossen, die Zuwanderung zu begrenzen. Bis Ende Juni will der Bundesrat ein Konzept vorlegen, wie er den Widerspruch zwischen freiem Personenverkehr, der der EU sakrosankt ist, und Zuwanderungsbeschränkungen mittels Kontingenten, die das Schweizer Volk nun in die Verfassung geschrieben hat, auflösen will.

Der Konflikt scheint unüberbrückbar. Die *Zürcher Sonntags-Zeitung* titelte: „Bundesrat auf Kollisionskurs“. Gemäß der Zeitung sucht der Bundesrat nun mit der EU-Kommission Neuverhandlungen über die Personenfreizügigkeit; darauf wird Brüssel aber nicht einsteigen können und mit

der Kündigung der bilateralen Abkommen drohen; daraufhin wird der Bundesrat eine neue Volksabstimmung ansetzen und auf ein Ja hoffen. Wie bei den Dänen, die 1992 den Maastricht-Vertrag mit 50,3 Prozent ablehnten: Man lässt die Abstimmung wiederholen, bis das passende Resultat herauskommt. Auch die Schweizer sag-

ten mit 50,3 Prozent Nein zur Zuwanderung; doch der Bundesrat kalkuliert offenbar damit, dass die Stimmbürger wohl einsehen, dass es eine Zuwanderungsbegrenzung nur um den Preis der totalen Zerrüttung der Beziehungen zur EU gibt. Dies will in der Schweiz aber niemand, egal wie nahe oder fern er der EU steht.

Join the leading network of managers in CEE

Global Executive MBA, Start: April
Triple-crown accreditation. 2 degrees.
3 international residencies (Asia, CEE, USA).
Jointly offered with the University of Minnesota.

Professional MBA, Start: October
Double accredited.
Specialization options e.g. in Finance, Controlling, Energy Management, Marketing & Sales, Project Management, Entrepreneurship & Innovation, ...

WU Executive Academy
Vienna University of Economics and Business
mba@wu.ac.at, +43-1-313 36-4816
executiveacademy.at/mba

Scholarships available!

GUTE FRAGE:

WIE STEIGERE ICH DEN UMSATZ?



BESSERE FRAGE:

WIE MAXIMIEREN WIR DEN GEWINN?



Business Process Engineering

Die besseren Fragen führen zu einer Steigerung des Geschäftserfolges.

Akademische Lehrgänge - berufsbegleitendes Fernstudium in Kooperation mit der Ferdinand Porsche FernFH

www.humboldt.at

